

Forum
Empirische
Sozialforschung

KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



Regionale Vielfalt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den
politischen Einstellungen in Deutschland

Sabine Pokorny

Regionale Vielfalt 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den
politischen Einstellungen in Deutschland

Sabine Pokorny

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Gestaltung und Satz: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-628-1

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Methode	5
3. Zufriedenheit mit der Demokratie	7
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in Deutschland	13
5. Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Leben	18
6. Politisches Interesse	23
7. Links-Rechts-Selbsteinstufung	28
8. Regionale Gefühlslagen	33
8.1 Sicherheitsgefühl	33
8.2 Emotionale Gestimmtheit	39
9. Gesellschaftlicher Pessimismus	45
10. (Rechts-)Populismus	53
10.1 (Rechts-)populistische Einzeleinstellungen	53
10.2 (Rechts-)Populismus als Gesamtphänomen	62
11. Schlussbemerkung	71
Literatur	72
Die Autorin	74



Einleitung

Nach 30 Jahren Deutscher Einheit ist die Frage nach Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland noch immer präsent. Die Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben die Präsenz des Themas noch verstärkt. Zusätzlich stellt der Glücksatlas der Deutschen Post 2019 fest, dass die Lebenszufriedenheit in den ostdeutschen Bundesländern geringer ist als in den westdeutschen Ländern (Grimm/Raffelhüschen 2019: 31 ff.).

Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind schon lange Gegenstand der Forschung (vgl. exemplarisch Davidov/Siegers 2010, Belok/Faus 2017, Faus/Storks 2019, Falter et al. 2000, Rattinger et al. 2007, Faus et al. 2015). Die meisten Studien können jedoch maximal Unterschiede zwischen Bundesländern untersuchen. Im Glücksatlas der Deutschen Post werden manche Bundesländer noch in kleinere Regionen unterteilt, jedoch nicht alle. Dabei zeigen die Wahlergebnisse der letzten Jahre, dass es nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West oder zwischen den Bundesländern gibt, sondern auch innerhalb der Bundesländer. Diese regionalen Vielfalten sind bislang noch nicht umfassend untersucht worden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte sich deshalb diesen regionalen Vielfalten zu verschiedenen thematischen Aspekten widmen. Die vorliegende Studie geht der Frage nach, wie sich die regionale Vielfalt¹ politischer Einstellungen in Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung darstellt.

Untersucht werden die Zufriedenheit mit der Demokratie, mit der Wirtschaftslage in Deutschland und mit dem eigenen Leben. Dabei zeigt sich, dass alle drei sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Zusätzlich werden das Interesse an Politik, die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala sowie die Beurteilung der Sicherheitslage in der eigenen Wohngegend analysiert. Des Weiteren werden die Ergebnisse für drei Einstellungsdimensionen vorgestellt: gesellschaftlicher Optimismus/Pessimismus, emotionale Gestimmtheit und (rechts-)populistische Einstellungen.

1 Warum sollte die Region, in der man lebt, politische Einstellungen oder politisches Verhalten beeinflussen, obwohl es durch das Internet im Allgemeinen und die sozialen Medien im Besonderen heutzutage möglich ist, sich überregional zu vernetzen? Müsste das regionale Umfeld dadurch nicht an Einfluss verlieren? Eine Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter Facebooknutzern zeigt jedoch, dass Facebook kaum für Politik genutzt wird (vgl. Pokorny 2019). Es handelt sich um ein Medium mit Fokus auf dem privaten Austausch. Für das Internet insgesamt gilt das freilich nicht. In besagter Umfrage geben 71 Prozent der Internetnutzer an, im Internet politische Inhalte zu lesen oder anzusehen (vgl. Pokorny 2019: 3). Doch auch in Zeiten des Internets nehmen wir unsere analoge Umwelt wahr. Politische Informationen oder Diskussionen im Internet haben in aller Regel Ereignisse aus der analogen Welt zum Gegenstand. Zudem gehen die meisten Menschen immer noch außerhalb des Internets zur Arbeit, zum Bäcker oder zum Sport und begegnen dort ihrem analogen Kontext, der darüber einen Einfluss entfalten kann. Diese Effekte können in zahlreichen Studien nachgewiesen werden. Der Kontext, in dem wir leben, hat einen Einfluss auf unsere politischen Einstellungen und unser politisches Verhalten (vgl. für Deutschland z. B. Pokorny 2012, Förster/Kaukal 2016, Dülmer/Ohr 2008, Faas 2010).



Methode

Die vorliegende Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zu politischen Einstellungen in Deutschland ermöglicht eine regionale Analyse. Dabei wird einerseits nach Ost- und Westdeutschland sowie den einzelnen Bundesländern unterschieden. Andererseits können die Ergebnisse aber auch auf der Ebene der Raumordnungsregionen dargestellt werden. Dazu wurden von Kantar Emnid 5.585 telefonische Interviews zwischen dem 26. September und 17. Dezember 2018¹ mit der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung ab 18 Jahren geführt.² Die Stichprobe wurde dabei so gezogen, dass in jedem der aktuell 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte mindestens zehn Personen befragt wurden. Für die grafischen Darstellungen regionaler Verteilung sind damit nicht in jedem Kreis ausreichend Befragte vorhanden. Daher wurden die Kreise für die nachfolgenden grafischen Auswertungen zu Raumordnungsregionen zusammengefasst.³ Diese Zusammenlegung führt allerdings dazu, dass die Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Gebieten verschwinden, da durch die Raumordnungsregionen die kreisfreien Städte mit den umliegenden Landkreisen zusammengelegt werden. Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Räumen müssen in einer separaten Auswertung analysiert werden. Die grafische Darstellung erfolgt dennoch auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte, da das Kartenmaterial nicht für die Raumordnungsregionen vorliegt. Für zusammengelegte Kreise bedeutet das, dass sie alle denselben Anteil zugeordnet bekommen wie die übergeordnete Raumordnungsregion.

Ein Teil der Raumordnungsregionen wies trotzdem noch eine zu geringe Fallzahl auf, weshalb teilweise zwei (in einem Fall drei⁴) Raumordnungsregionen wiederum zusammengelegt wurden. Bremen weist nun die geringste Fallzahl auf (N=32), auf eine Zusammenlegung mit benachbarten Regionen wurde aber verzichtet. Alle anderen Regionen weisen nach Zusammenlegung mindestens 47, die meisten zwischen 50 und 100 Befragte auf. Einzelne Regionen sind mit über 100 Fällen vertreten.⁵ Bei der Interpretation der Verteilungen für Bremen sollte also die geringe Fallzahl bedacht werden. Für alle anderen Regionen wurde durch die Zusammenlegung eine für diese Art der Auswertung ausreichende Fallzahl erreicht.⁶

Wenn nicht anders angegeben, bezieht sich Westdeutschland immer auf die alten Bundesländer inklusive West-Berlin und Ostdeutschland auf die neuen Bundesländer inklusive Ost-Berlin. Für die grafische Darstellung der Regionen kann auf Basis des vorhandenen Kartenmaterials leider nicht zwischen West- und Ost-Berlin unterschieden werden, so dass hier die Verteilung für ganz Berlin eingetragen ist.

-
- 1 Im wissenschaftlichen Bereich ist es üblich, dass Umfrageergebnisse etwa drei bis vier Jahre nach der Datenerhebung veröffentlicht werden, zum Teil auch später. Langfristige Untersuchungen politischer Einstellungen zeigen, dass diese zwar gewissen kurzfristigen Schwankungen unterliegen, sich aber nur in langen Zeiträumen grundlegend ändern. Vor allem sind von Veränderungen in der Regel alle Regionen und Gruppen betroffen, so dass sich das Verhältnis zwischen den Regionen oder Gruppen nicht verändert (vgl. für die Konstanz von Ost-West-Unterschieden z. B. Pokorny im Erscheinen).
 - 2 20 Prozent der Stichprobe wurde über Mobilfunk geführt, 80 Prozent über Festnetz (Dual-Frame-Ansatz). Die Umfrageergebnisse sind repräsentativ für die deutsche wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren.
 - 3 Dafür wurden die Raumordnungsregionen des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung verwendet. Zum Zeitpunkt der Analysen lagen nur die Raumordnungsregionen 2014 vor, so dass diese als Grundlage dienten. Inzwischen gibt es die Raumordnungsregionen 2017, die sich aber nicht wesentlich voneinander unterscheiden.
 - 4 Dabei handelt es sich um die Raumordnungsregionen 502 (Soest, Hochsauerlandkreis), 512 (Paderborn, Höxter) und 513 (Olpe, Siegen-Wittgenstein).
 - 5 Die meisten Fälle hat Berlin mit 240 Befragten.
 - 6 Bei der Auswertung nach Regionen werden nicht alle Antwortkategorien einzeln betrachtet, sondern Zustimmung bzw. Ablehnung jeweils zusammengelegt. Dadurch sind die einzelnen Zellen in der Regel mit mindestens 20 Fällen besetzt, was belastbare Schlüsse zulässt.



Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Zufriedenheit mit der Demokratie ist wichtig für die Stabilität des politischen Systems, da sie sich u. a. auf das Wahlverhalten auswirken kann. Je unzufriedener ein Bürger mit der Demokratie ist, desto höher ist z. B. seine Wahrscheinlichkeit, für eine rechtsextreme Partei zu stimmen (vgl. Arzheimer 2008: 287). Auch andere neue Parteien können teils von Unzufriedenheit profitieren, da sie Nichtwähler mobilisieren können und so die Wahlbeteiligung steigern. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland ist im Langzeitvergleich recht hoch (vgl. Pokorny im Erscheinen). In der vorliegenden Studie geben 37 Prozent der Deutschen an, mit der Demokratie sehr oder ziemlich zufrieden zu sein.¹ Weitere 45 Prozent antworten „teils/teils“, während sich lediglich 17 Prozent sehr oder ziemlich unzufrieden mit der Demokratie äußern. In Westdeutschland fällt die Demokratiezufriedenheit dabei mit 40 Prozent fast doppelt so hoch aus wie in Ostdeutschland mit 22 Prozent. Zugleich ist in den neuen Ländern die Unzufriedenheit fast doppelt so hoch wie in den alten Ländern: In den alten Bundesländern sind 15 Prozent mit der Demokratie unzufrieden, während das 28 Prozent der Befragten in den neuen Ländern angeben. Es gibt also deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bezüglich der Zufriedenheit mit der Demokratie. Das ist wenig überraschend, da auch andere Studien zu diesem Befund kommen, wenn auch zum Teil mit unterschiedlichen Frageformulierungen und Antwortskalen (vgl. z. B. Pokorny im Erscheinen, Belok/Faus 2017: 12).

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland*

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?

	Gesamt	West	Ost
Sehr zufrieden	10	10	6
Ziemlich zufrieden	27	30	16
Teils, teils	45	44	49
Ziemlich unzufrieden	11	10	16
Sehr unzufrieden	6	5	12

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

* Rundungsbedingt ergeben die Werte in den Grafiken und Tabellen manchmal mehr oder weniger als 100 Prozent. Dies gilt für alle Grafiken und Tabellen dieser Publikation.

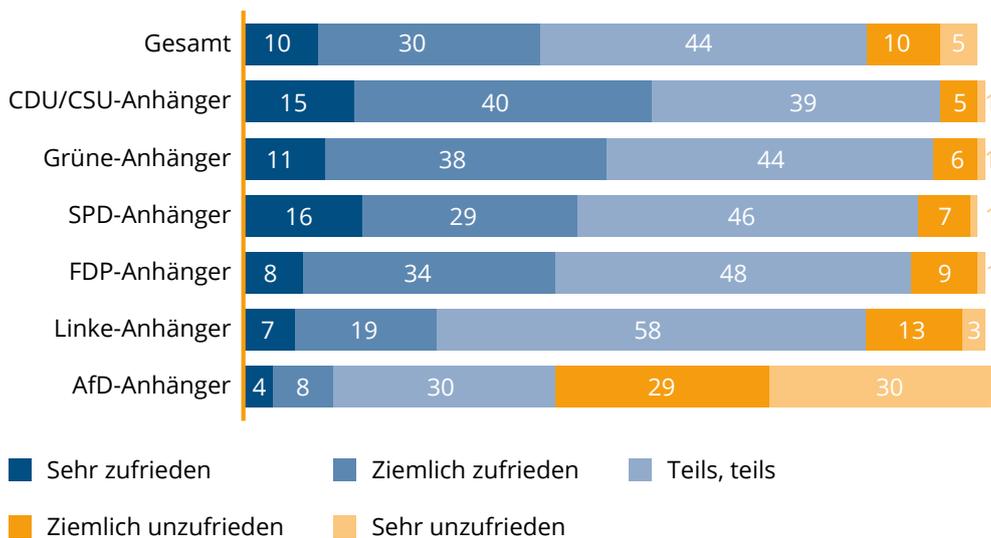
Innerhalb Ost- und Westdeutschlands zeigen sich jeweils ähnliche Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit zwischen den Parteianhängern. In beiden Landesteilen sind die Anhänger der Union am zufriedensten mit der Demokratie², gefolgt von den Anhängern der SPD und der Grünen (im Westen liegen die Grünen auf Platz zwei, im Osten die SPD). Auf Platz vier der Demokratiezufriedenheit liegen die Anhänger der FDP. Darauf folgen die Anhänger der Linken. Am unzufriedensten mit der Demokratie sind die Anhänger der AfD.

Für alle Parteianhänger gilt, dass die ostdeutschen Anhänger weniger zufrieden mit der Demokratie sind als die westdeutschen Anhänger derselben Partei. Besonders groß ist der Unterschied bei CDU/CSU, FDP und der Partei Die Linke. In den alten Ländern sind 55 Prozent der Unionsanhänger mit der Demokratie ziemlich oder sehr zufrieden, in den neuen Ländern sind es lediglich 40 Prozent. Unter den westdeutschen FDP-Anhängern finden sich 42 Prozent Zufriedene, unter den ostdeutschen Anhängern der Liberalen nur 24 Prozent. Von den Anhängern der Linken gibt im Westen nur rund ein Viertel an, mit der Demokratie zufrieden zu sein. Im Osten gilt das sogar nur für gut jeden zehnten Anhänger der Linken.

Bei den Anhängern der AfD ist der Unterschied zwischen West und Ost zwar recht gering, sie fallen aber in beiden Landesteilen durch eine sehr niedrige Demokratiezufriedenheit auf. In Westdeutschland sind rund 12 Prozent der AfD-Anhänger mit der Demokratie zufrieden. Damit sind die westdeutschen AfD-Anhänger ähnlich (un-)zufrieden mit der Demokratie wie die ostdeutschen Linken-Anhänger. In Ostdeutschland sind die AfD-Anhänger mit 6 Prozent noch weniger zufrieden. Obwohl die Anhänger der Linken und der AfD die geringste Demokratiezufriedenheit aufweisen, unterscheiden sie sich auch deutlich. Die Anhänger der Linken sind – im Osten wie im Westen – nicht mehrheitlich unzufrieden mit der Demokratie. Sie weisen im Vergleich zu allen anderen Anhängerschaften die höchsten Anteile an „teils/teils“-Antworten auf. Über die Hälfte (West) bzw. rund zwei Drittel (Ost) der Linken-Anhänger ist teils zufrieden, teils unzufrieden mit der Demokratie. Im Gegensatz dazu weisen die Anhänger der AfD den geringsten Anteil an „teils/teils“-Antworten auf. Sie sind dagegen mehrheitlich unzufrieden mit der Demokratie, im Osten stärker (68 Prozent) als im Westen (59 Prozent). Auch bei den FDP-Anhängern ist in den ostdeutschen Ländern der Anteil an Unzufriedenen mit 43 Prozent überdurchschnittlich hoch, während von den westdeutschen FDP-Anhängern lediglich jeder Zehnte unzufrieden ist.

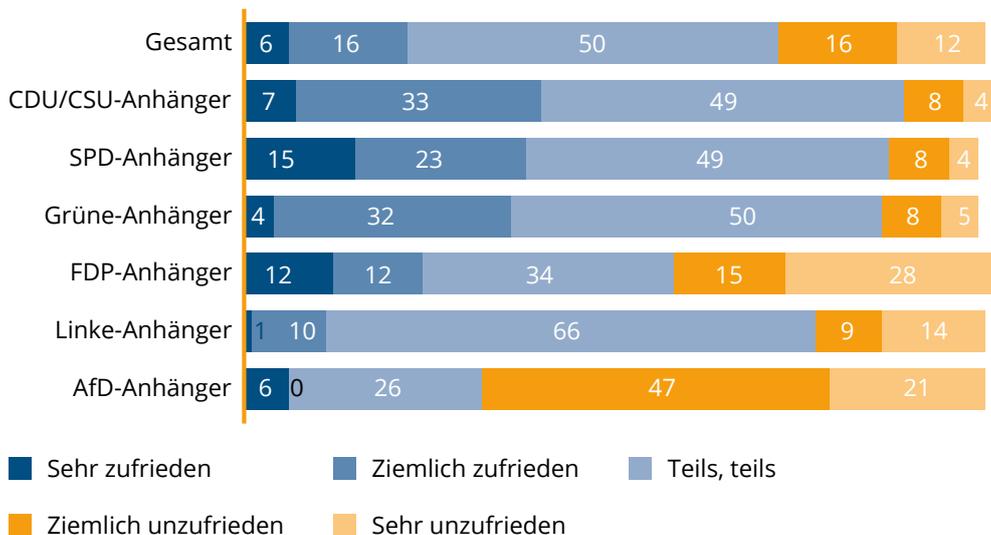


Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland – WEST –
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?



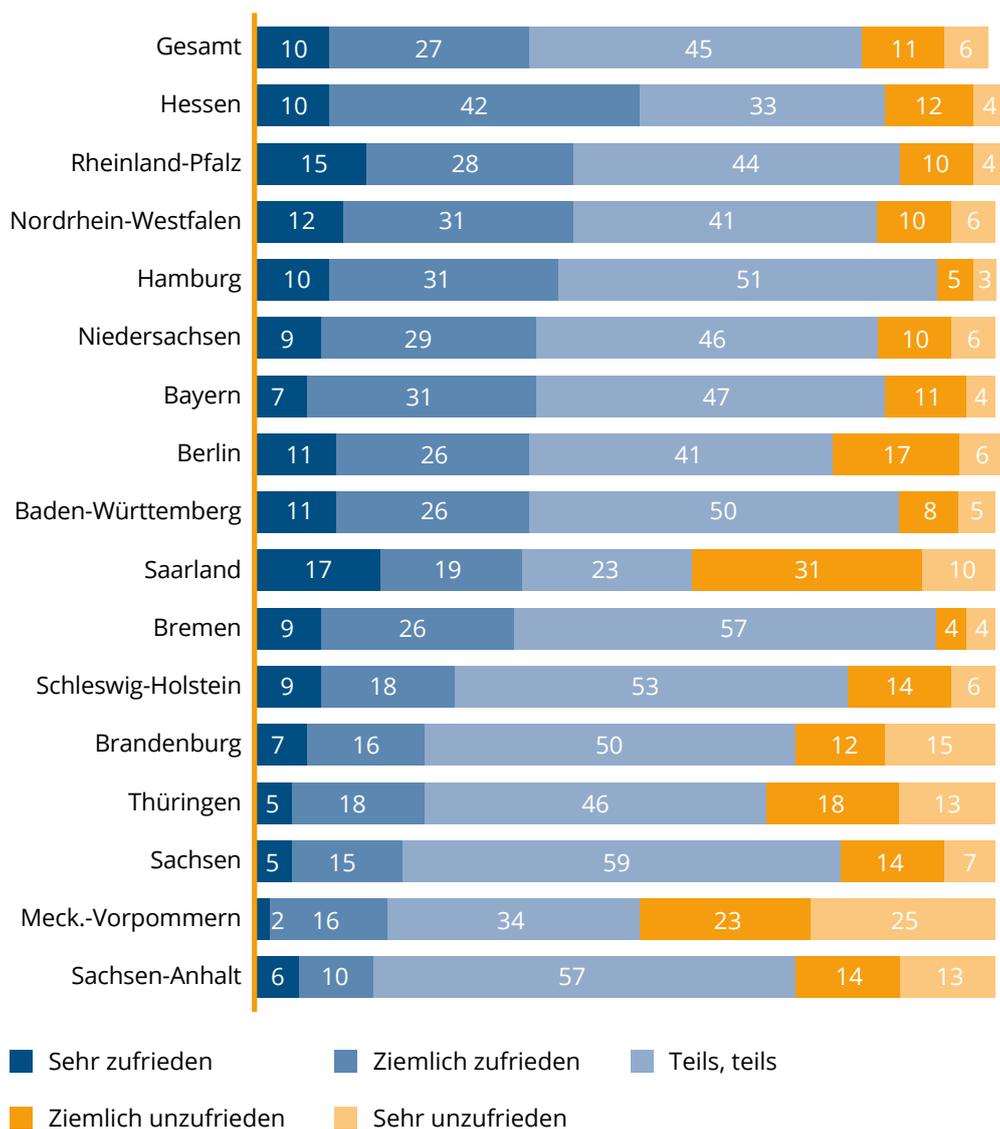
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland – OST –
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 3: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland (Bundesländer)
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht: Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, teils zufrieden/teils unzufrieden, ziemlich unzufrieden oder sehr unzufrieden?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018



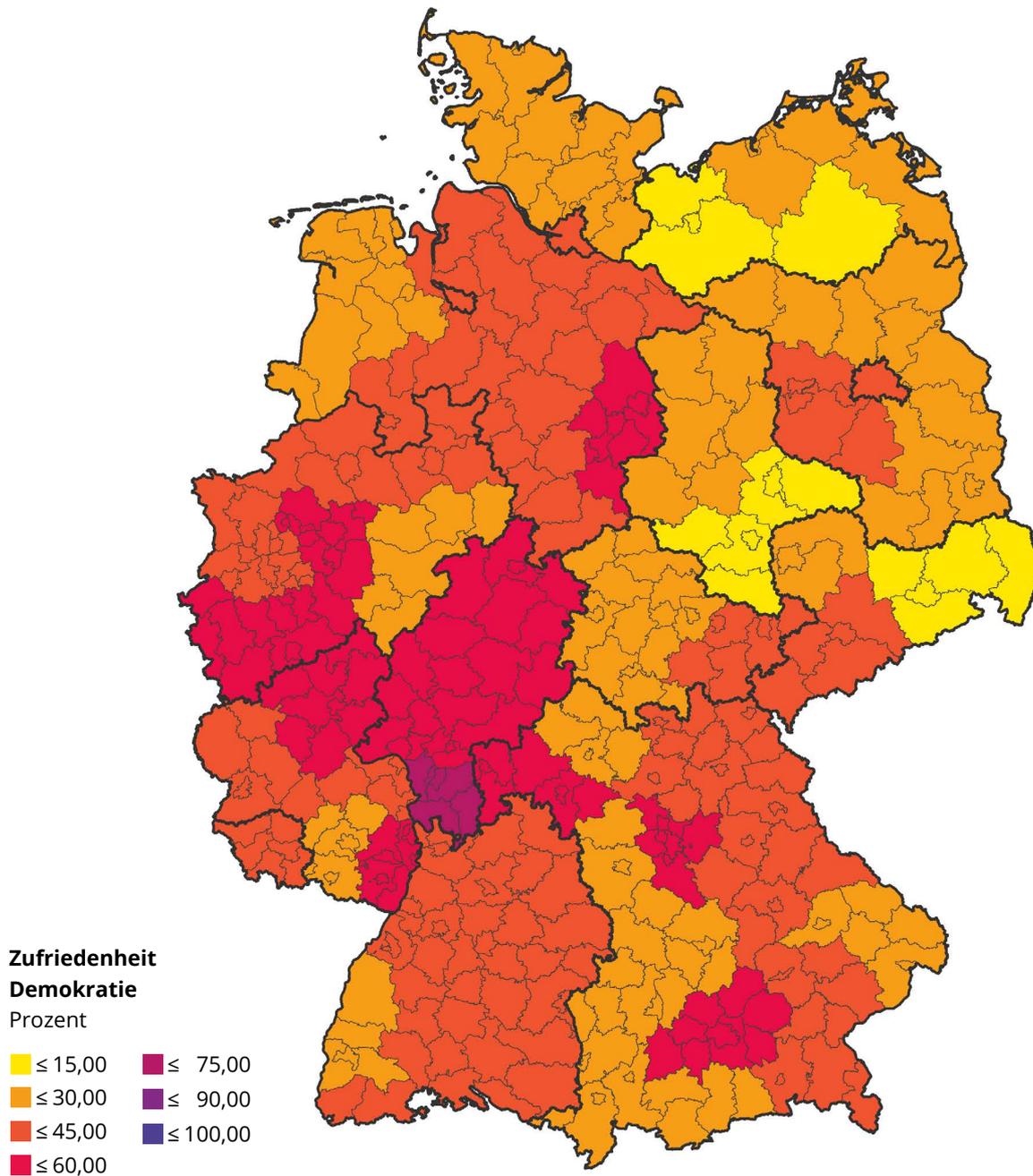
Altersunterschiede in der Demokratiezufriedenheit sind sowohl in West- als auch in Ostdeutschland sehr gering ausgeprägt, weshalb nicht näher darauf eingegangen wird. In allen Altersgruppen sind die Ostdeutschen weniger zufrieden mit der Demokratie als die Westdeutschen.

Auf Ebene der Bundesländer zeigt sich, dass die Demokratiezufriedenheit in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen am höchsten ist, dicht gefolgt von Hamburg. Die höchsten Anteile an Unzufriedenen finden sich dagegen im Saarland (41 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (48 Prozent). Im Saarland ist allerdings der Anteil an „teils-teils“-Antworten sehr gering, so dass wir gleichzeitig einen durchschnittlichen Anteil an Zufriedenheit beobachten (36 Prozent). Die wenigsten zufriedenen Bürger wohnen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Schleswig-Holstein fällt auf als dasjenige westdeutsche Bundesland, in dem am wenigsten zufriedene Menschen leben (27 Prozent). Für Schleswig-Holstein, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen gilt allerdings, dass die gering ausgeprägte Zufriedenheit nicht unbedingt mit einer hohen Unzufriedenheit einhergeht. Stattdessen gibt es – wie auch in Bundesländern mit mehr Zufriedenheit – einen hohen Anteil an Unentschlossenen („teils/teils“).

Eine detailliertere Betrachtung der regionalen Verteilung offenbart zwar auch Unterschiede jenseits von Ost-West-Differenzen, aber es fällt auf, dass die Regionen mit den höheren Anteilen Zufriedener alle in den alten Ländern liegen, während die Regionen mit der geringsten Zufriedenheit sämtlich in den neuen Ländern zu finden sind. Eine Ausnahme bildet in gewisser Weise das Saarland, in dem zwar die Zufriedenheit nicht ungewöhnlich niedrig, dafür aber die Unzufriedenheit sehr hoch ausfällt bei niedriger Unentschlossenheit. Das Saarland ist bezogen auf die Demokratiezufriedenheit folglich das Bundesland mit der größten Polarisierung.

Passend zu den Unterschieden nach Bundesländern ist der Anteil an Befragten, die mit der Demokratie zufrieden sind, im Süd-Westen von Hessen (Raum Darmstadt) am höchsten. Aber auch im restlichen West-Hessen, in weiten Teilen Nordrhein-Westfalens, in Teilen von Rheinland-Pfalz, Bayern sowie in einem kleinen Teil von Niedersachsen fällt die Demokratiezufriedenheit recht hoch aus. Am niedrigsten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und Sachsens. Die regionale Analyse zeigt aber auch, dass es innerhalb der Bundesländer Unterschiede gibt. In Brandenburg fällt beispielsweise auf, dass das Zufriedenheitsniveau zwar insgesamt eher niedrig ist, im Westen und Südwesten von Berlin aber auf dem Niveau von vielen westdeutschen Kreisen liegt.

Abbildung 4: Demokratiezufriedenheit in Prozent (sehr zufrieden/ziemlich zufrieden)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

- 1 Für den Langzeitvergleich wurden Daten des Politbarometers verwendet, in dem die Demokratiezufriedenheit nur mit zwei Ausprägungen (eher zufrieden, eher unzufrieden) erhoben wird (vgl. Pokorny im Erscheinen). Für die vorliegende Umfrage wurde die Demokratiezufriedenheit dagegen mit einer fünfstufigen Skala erhoben inklusive Mittelkategorie, wodurch die Zustimmung methodisch bedingt geringer ausfällt.
- 2 Alle Grafiken nach Parteianhängern oder Bundesländern sind sortiert nach den addierten Anteilen „sehr zufrieden“ und „ziemlich zufrieden“.



Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in Deutschland

Die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland liegt deutlich höher als die Zufriedenheit mit der Demokratie. 61 Prozent der Deutschen sind mit der Wirtschaftslage ziemlich oder sehr zufrieden. Ein knappes Drittel ist unentschlossen und lediglich 6 Prozent sind ziemlich oder sehr unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation in Deutschland. Ähnlich wie bei der Demokratiezufriedenheit sind auch hier die Westdeutschen zufriedener als die Ostdeutschen. In den alten Ländern geben fast zwei Drittel an, mit der Wirtschaftslage zufrieden zu sein, während das nur für jeden zweiten Ostdeutschen gilt. Allerdings ist in den neuen Ländern der Anteil an Unentschlossenen deutlich höher als in den alten Ländern, so dass sich die Unzufriedenheit in beiden Landesteilen auf sehr niedrigem Niveau bewegt.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland
Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland?

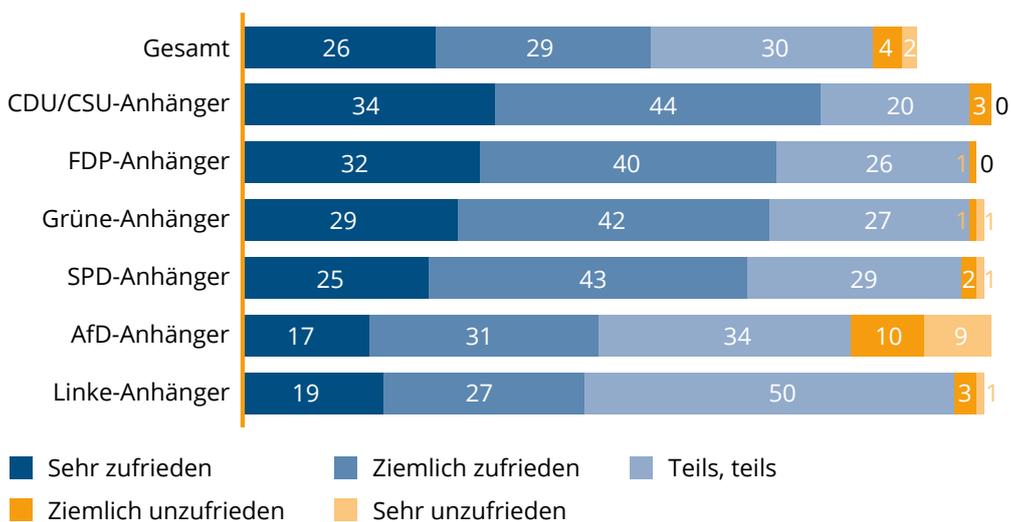
	Gesamt	West	Ost
Sehr zufrieden	24	25	20
Ziemlich zufrieden	37	38	30
Teils, teils	31	29	38
Ziemlich unzufrieden	4	4	6
Sehr unzufrieden	2	2	4

Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Auch bezüglich der Parteianhängerschaften finden sich Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Grundsätzlich gilt für alle Parteien, dass die ostdeutschen Anhänger eine geringere Zufriedenheit mit der Wirtschaft in Deutschland aufweisen als die westdeutschen Anhänger. In den alten Bundesländern befinden sich unter den Anhängern der Union die meisten Zufriedenen mit 78 Prozent, gefolgt von den Anhängern der FDP (72 Prozent), der Grünen (71 Prozent) und der SPD (68 Prozent). Die Anhänger der Linken sind deutlich weniger zufrieden mit der Wirtschaftslage: Nur 46 Prozent geben an, ziemlich oder sehr zufrieden zu sein. Trotz des relativ geringen Anteils an Zufriedenen, sind auch nur sehr wenige Linken-Anhänger unzufrieden. Stattdessen ist jeder zweite westdeutsche Anhänger der Linken teils zufrieden, teils unzufrieden mit der Wirtschaftslage. Bei der AfD ist der Anteil an Zufriedenen mit 48 Prozent ähnlich niedrig wie bei der Linken. Die westdeutschen Anhänger der AfD sind aber weniger unentschlossen, sondern ein knappes Fünftel ist dezidiert unzufrieden mit der wirtschaftlichen Situation in Deutschland.

Abbildung 5: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland – WEST –

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

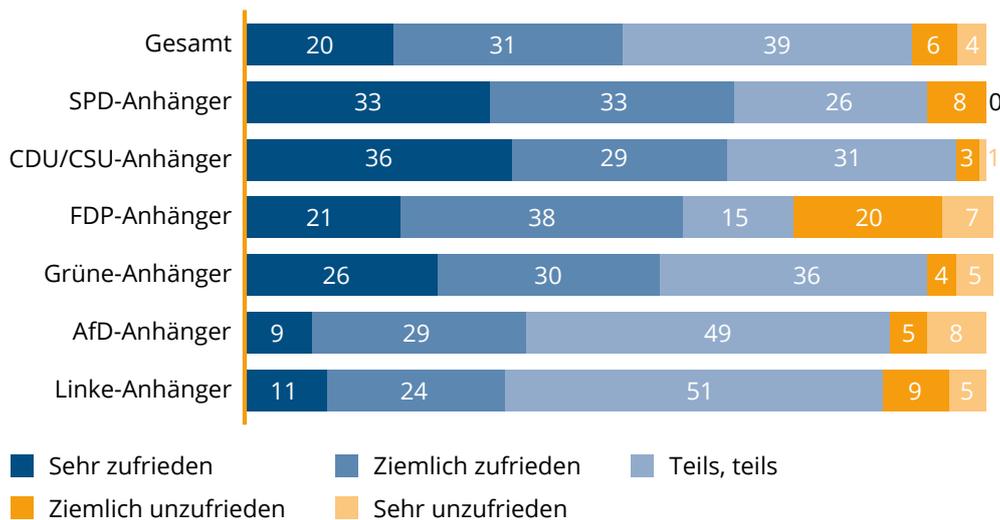
In den neuen Bundesländern sind die Anhänger von Union und SPD ähnlich zufrieden mit der wirtschaftlichen Lage. Jeweils etwa zwei Drittel geben an, zufrieden zu sein. Auf Platz drei befinden sich in Ostdeutschland die Anhänger der FDP mit 59 Prozent Zufriedenen, gefolgt von den Anhängern der Grünen (56 Prozent). In den neuen Ländern geben aber deutlich weniger FDP-Anhänger an, teils zufrieden, teils unzufrieden zu sein, als in den alten Ländern. Dafür sind die ostdeutschen FDP-Anhänger häufiger ziemlich oder sehr unzufrieden mit der Wirtschaftslage. Gut jeder vierte FDP-Anhänger ist im Osten unzufrieden mit der Wirtschaft, während das im Westen nur 1 Prozent der FDP-Anhänger sagen. Die Anteile an Zufriedenen sind in Ostdeutschland bei den Anhängern der Linken (35 Prozent) und der AfD (38 Prozent) ähnlich niedrig wie im Westen. Die Anhänger der Linken sind aber – wie auch in Westdeutschland – vor allem unentschlossen (51 Prozent) und nur zu einem geringen Teil unzufrieden (14 Prozent). In Ostdeutschland zeigt sich – im Gegensatz zum Westen – ein ähnliches Bild bei den Anhängern der AfD wie bei der Linken. Knapp jeder zweite AfD-Anhänger in Ostdeutschland ist unentschlossen in Bezug auf die Wirtschaftslage, nur 13 Prozent sind unzufrieden. Damit liegt bei den AfD-Anhängern zwar der Anteil der Zufriedenen im Osten niedriger als im Westen, der Anteil an dezidiert Unzufriedenen ist allerdings im Westen höher als im Osten, wo stattdessen die Hälfte der AfD-Anhänger teils zufrieden, teils unzufrieden ist.

In Ost- und Westdeutschland zeigen sich jeweils unterschiedliche Alterseffekte auf die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation (tabellarisch nicht ausgewiesen): Im Westen steigt die Zufriedenheit kontinuierlich mit zunehmendem Alter, der Unterschied zwischen den Jüngeren und den Älteren ist aber gering. Von den 18- bis 29-Jährigen geben 61 Prozent an, mit der wirtschaftlichen Lage zufrieden zu sein, bei den über 60-Jährigen sind es 68 Prozent. Im Osten dagegen gibt es deutliche Altersunterschiede. Bei den 18- bis 29-Jährigen sind in den ostdeutschen Ländern nur 28 Prozent mit der wirtschaft-



Abbildung 6: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage
in Deutschland – OST –

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen
Wirtschaftslage in Deutschland?



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

lichen Situation in Deutschland zufrieden. Damit ist in dieser Altersgruppe auch die Differenz zwischen Ost und West mit 33 Prozentpunkten besonders groß. Mit 61 Prozent ist die Mehrheit der jungen Ostdeutschen unentschlossen. Am höchsten ist die Zufriedenheit in der nächsten Altersgruppe von 30 bis 39 Jahren ausgeprägt mit 60 Prozent. Diese Altersgruppe ist fast so zufrieden wie die Westdeutschen. In den Altersgruppen ab 40 schwankt die Zufriedenheit in Ostdeutschland leicht und liegt bei etwa 50 Prozent.

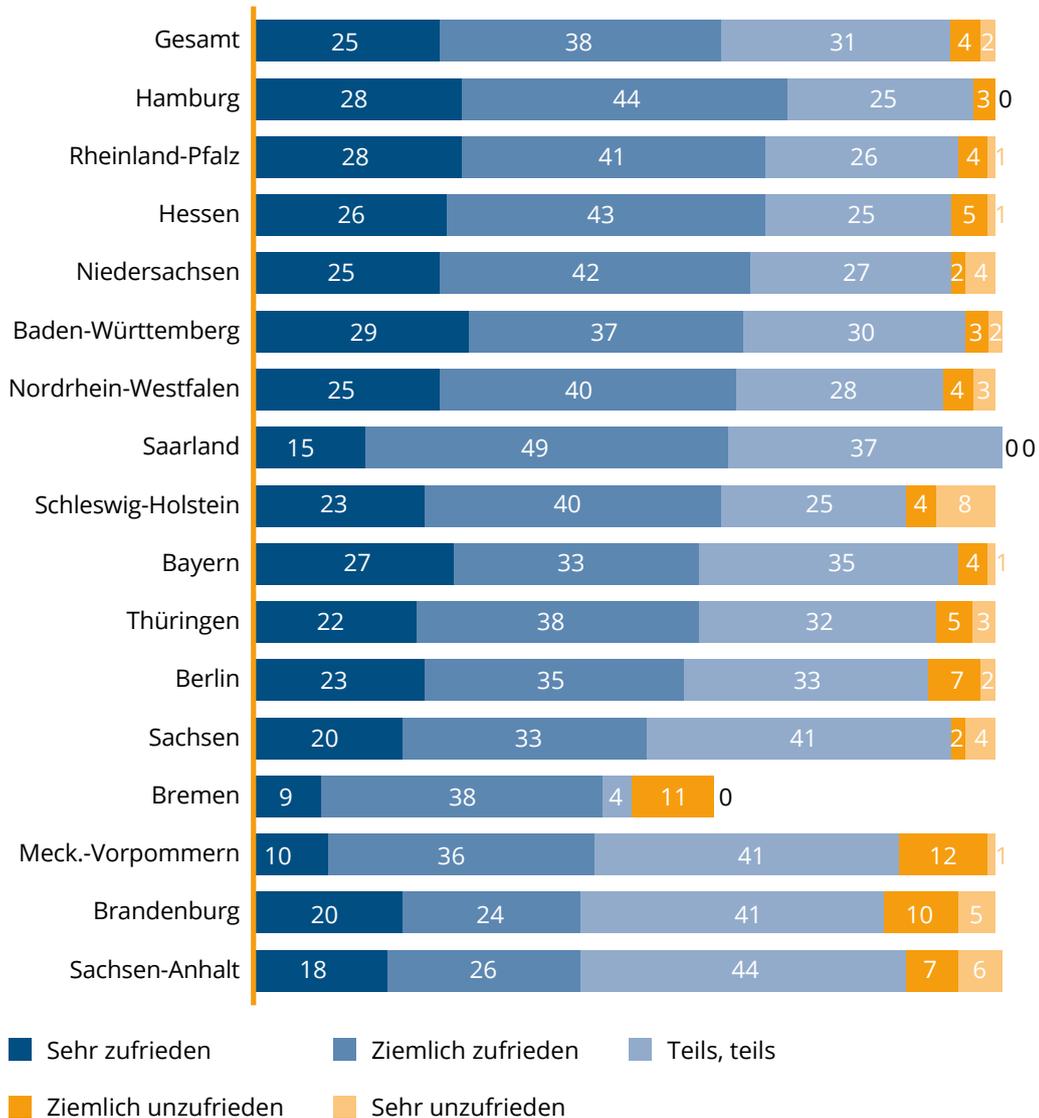
Wenig überraschend fallen bei einem Bundeslandvergleich vor allem die Unterschiede zwischen den ost- und den westdeutschen Bundesländern auf. Bis auf zwei Ausnahmen liegt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage in den alten Ländern höher als in den neuen. Die meisten wirtschaftlich zufriedenen Bürger leben in Hamburg (72 Prozent), dicht gefolgt von Hessen und Rheinland-Pfalz (jeweils 69 Prozent), wo auch mit die meisten Demokratiezufriedenen leben. Bremen ist das westdeutsche Schlusslicht bezogen auf die Wirtschaftszufriedenheit. Nur 47 Prozent der Bremer sind mit der Wirtschaftslage in Deutschland zufrieden. Aufgrund der geringen Fallzahl in Bremen und der relativ hohen Anteile an Antwortverweigerung sollte dieser Befund aber sehr vorsichtig interpretiert werden. Die deutschlandweit geringste Zufriedenheit weisen Brandenburg (44 Prozent), Sachsen-Anhalt (44 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (46 Prozent) auf. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern leben auch mit die wenigsten Demokratiezufriedenen. Thüringen liegt mit 60 Prozent Zufriedenen dagegen auf demselben Niveau wie Bayern, wo ebenfalls 60 Prozent angeben, mit der Wirtschaftslage zufrieden zu sein. Damit ist Thüringen ostdeutscher Spitzenreiter bezogen auf die wirtschaftliche Zufriedenheit.

Der Blick auf die detaillierte regionale Verteilung der Wirtschaftszufriedenheit zeigt sowohl die höhere Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage im Vergleich zur Demokratie als auch eine recht deutliche Ost-West-Differenz. Im Großteil der ostdeutschen Landkreise leben weniger Personen, die mit der Wirtschaft zufrieden sind, als in den west-

deutschen Kreisen. In Westdeutschland gibt es aber drei Regionen, in denen das Zufriedenheitsniveau ähnlich niedrig ist wie in weiten Teilen Ostdeutschlands: im Nordwesten Niedersachsens, im Süden Hessens und im Nordosten Bayerns. Hessen gehört trotzdem zu den Bundesländern mit der höchsten Wirtschaftszufriedenheit, während Bayern im westdeutschen Vergleich eher im mittleren Bereich liegt. Zusätzlich finden sich in Ostdeutschland drei Regionen, in denen ähnlich viele Zufriedene leben wie in vielen westdeutschen Regionen: in Teilen von Mecklenburg-Vorpommern, im Westen und Südwesten Brandenburgs, im Süden Sachsens sowie in Berlin. Dennoch gehören

Abbildung 7: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland (Bundesländer)

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland?

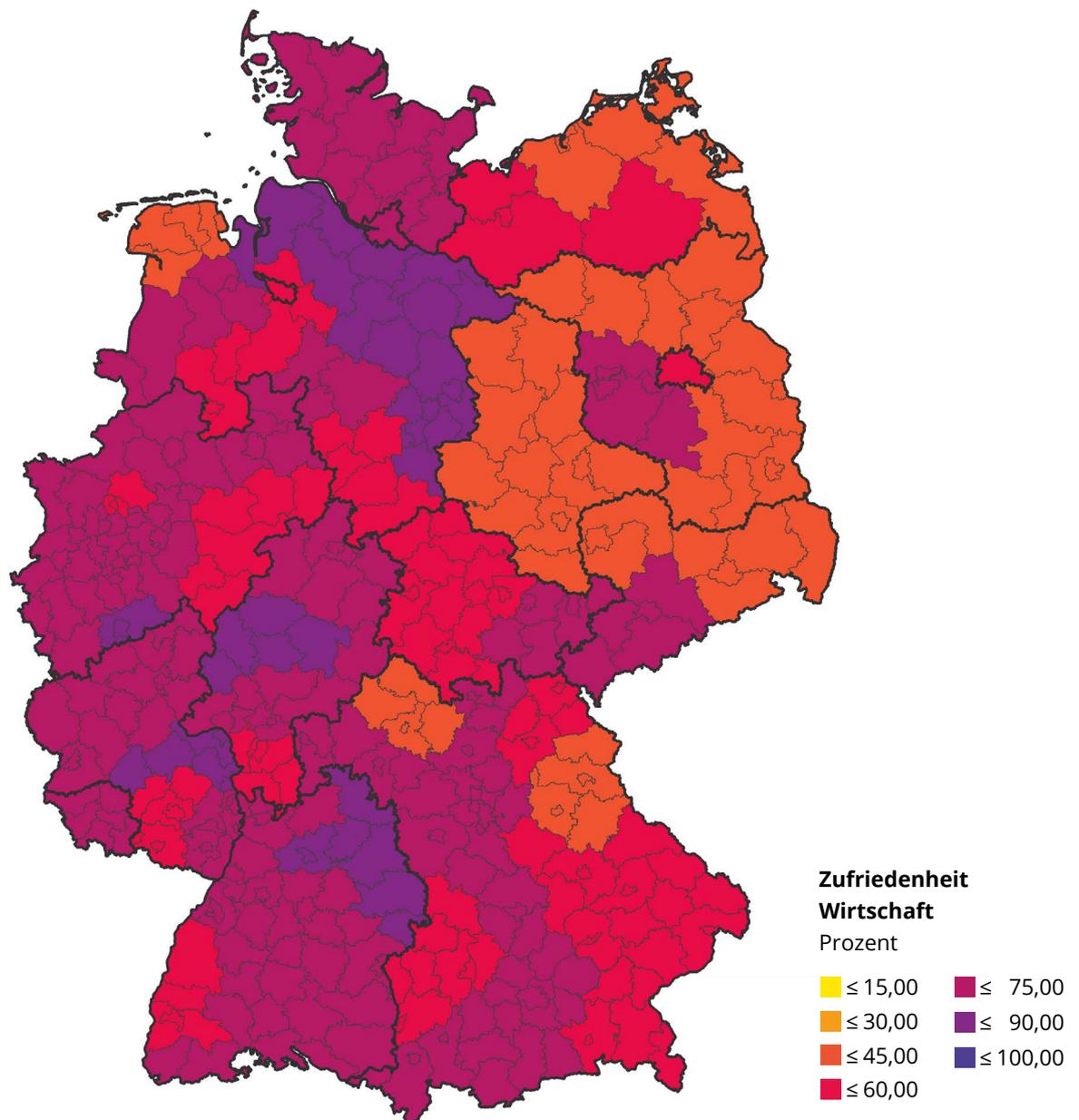


Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018



Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu den Ländern mit der geringsten Wirtschaftszufriedenheit. Die Regionen Mecklenburg-Vorpommerns mit einer höheren wirtschaftlichen Zufriedenheit sind überraschenderweise dieselben Regionen, die eine besonders niedrige Demokratiezufriedenheit aufweisen und die vermutlich weniger vom Ostsee-Tourismus profitieren. In Sachsen ist dagegen die wirtschaftliche Zufriedenheit in derselben Region hoch wie auch die Demokratiezufriedenheit. Gleichzeitig liegen in Brandenburg und Berlin sowohl die Zufriedenheit mit der Wirtschaft als auch die mit der Demokratie höher als in den meisten anderen ostdeutschen Regionen.

Abbildung 8: Zufriedenheit mit der Wirtschaft in Prozent
(sehr zufrieden/ziemlich zufrieden)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

5

Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Leben

Verglichen mit der Demokratie- und der Wirtschaftszufriedenheit ist die Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Leben am stärksten ausgeprägt. 81 Prozent der Deutschen sind mit ihrem Leben ziemlich oder sehr zufrieden. Damit ist eine große Mehrheit mit ihrem Leben zufrieden. 16 Prozent sind teils zufrieden, teils unzufrieden und lediglich 3 Prozent sind ziemlich oder sehr unzufrieden mit ihrem Leben. Laut Glücksatlas der Deutschen Post ist die Lebenszufriedenheit 2019 auf dem höchsten Stand des Untersuchungszeitraumes von 2004 bis 2019 (vgl. Grimm/Raffelhüschen 2019: 26 ff.). In Westdeutschland sind 82 Prozent zufrieden, in Ostdeutschland 78 Prozent. Damit ist der Unterschied in der Lebenszufriedenheit zwischen den alten und den neuen Bundesländern sehr gering ausgeprägt. Die niedrigere Zufriedenheit mit der Demokratie und der Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern scheint sich nicht negativ auf die Lebenszufriedenheit auszuwirken. Dieser Befund steht im Einklang mit anderen Untersuchungen (vgl. z. B. Belok/Faus 2017: 7). Der Glücksatlas 2019 berichtet allerdings von deutlicheren Unterschieden zwischen West und Ost, die jedoch im Zeitverlauf deutlich geringer geworden sind (vgl. Grimm/Raffelhüschen 2019: 27).

Tabelle 3: Zufriedenheit mit Ihrem gegenwärtigen Leben

Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigen Leben?

	Gesamt	West	Ost
Sehr zufrieden	39	40	35
Ziemlich zufrieden	42	42	43
Teils, teils	16	15	18
Ziemlich unzufrieden	2	1	3
Sehr unzufrieden	1	1	1

Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

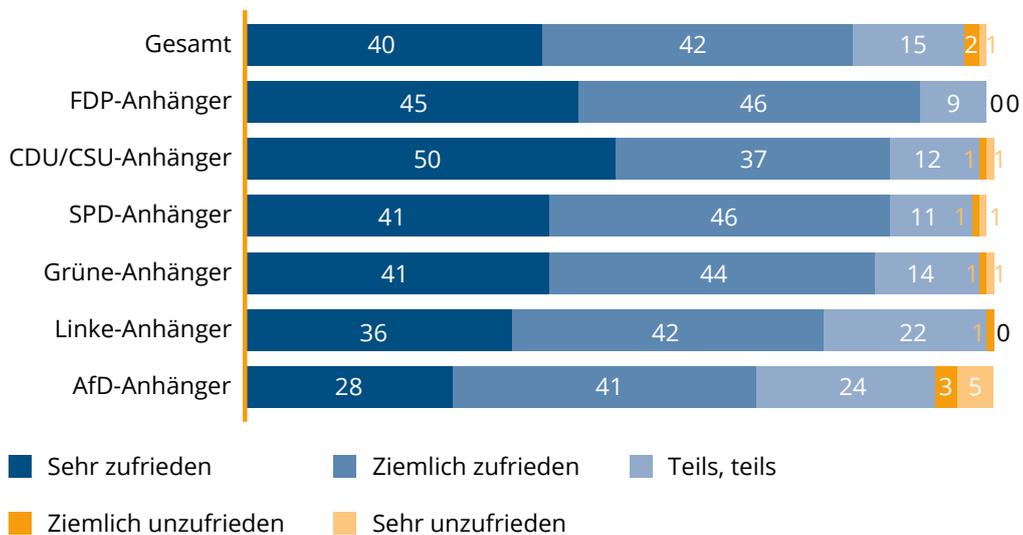
In West- wie Ostdeutschland sind die FDP-Anhänger am zufriedensten mit ihrem Leben. 91 (West) bzw. 92 (Ost) Prozent der FDP-Anhänger geben an, sehr oder ziemlich zufrieden zu sein. Im Osten liegen die Grünen-Anhänger mit 91 Prozent gleichauf, dicht gefolgt von den Anhängern der SPD (89 Prozent) und der Union (86 Prozent). Im Westen ist die Reihenfolge nur geringfügig anders: Die Anhänger von Union und SPD liegen mit je 87 Prozent Zufriedenen gemeinsam auf Platz zwei, dicht gefolgt von den Anhängern der Grünen (85 Prozent). In beiden Landesteilen finden sich unter den Anhängern der Linken und der AfD weniger Personen, die mit ihrem Leben zufrieden sind, als unter den anderen Anhängerschaften. In den alten Ländern sind 78 Prozent der Linken-Anhänger mit



ihrem Leben zufrieden, in den neuen sind es sogar nur 69 Prozent. Unter den AfD-Anhängern geben sowohl im Osten als auch im Westen 69 Prozent an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein. Damit sind die Linken-Anhänger die einzigen, bei denen es deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. In Ostdeutschland unterscheiden sich die Anhänger der Linken nicht von denen der AfD bezogen auf die Lebenszufriedenheit,

Abbildung 9: Zufriedenheit mit Ihrem gegenwärtigen Leben – WEST –

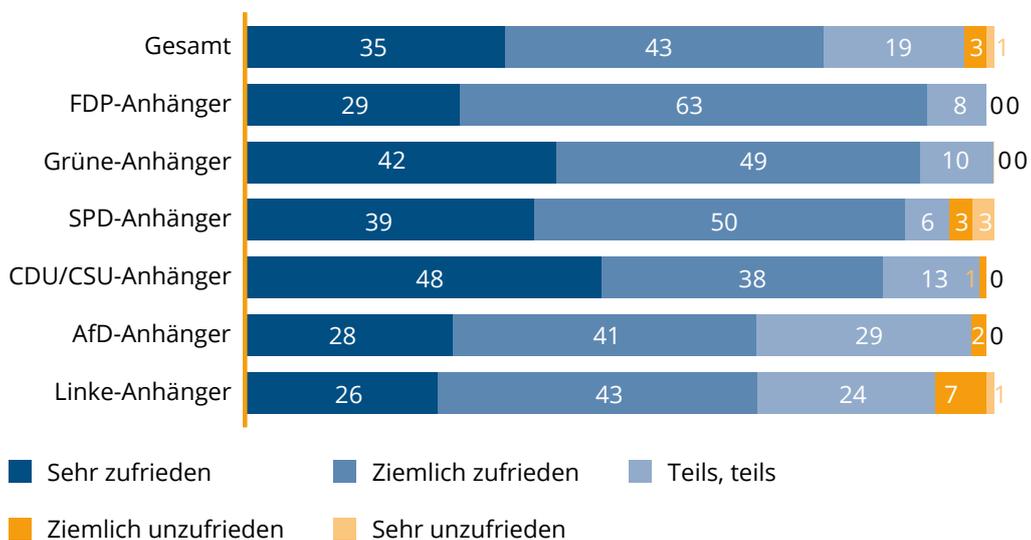
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigen Leben?



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 10: Zufriedenheit mit Ihrem gegenwärtigen Leben – OST –

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigen Leben?



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

während die AfD-Anhänger im Westen mit Abstand am wenigsten zufrieden mit ihrem Leben sind. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass mit gut zwei Dritteln auch bei den AfD-Anhängern in beiden Landesteilen die Mehrheit mit ihrem Leben zufrieden ist.

Bei der Lebenszufriedenheit gibt es nur in zwei Altersgruppen Ost-West-Unterschiede: bei den 18- bis 29-Jährigen und bei den 50- bis 59-Jährigen (tabellarisch nicht ausgewiesen). Erstere sind im Osten (+13 Prozentpunkte) zufriedener als im Westen, während es bei Letzteren umgekehrt ist. Sie sind im Osten (-17 Punkte) deutlich unzufriedener als im Westen. In Westdeutschland zeigt sich nahezu kein Alterseffekt. Einzig die über 60-Jährigen sind mit 86 Prozent noch leicht zufriedener als die anderen Altersgruppen (80 bzw. 81 Prozent). In Ostdeutschland gibt es dagegen deutliche Altersunterschiede. Am zufriedensten sind die 18- bis 29-Jährigen. 93 Prozent der jüngeren Ostdeutschen geben an, mit dem gegenwärtigen Leben zufrieden zu sein. Damit ist diese Altersgruppe in Ostdeutschland deutlich zufriedener als in Westdeutschland, wo 80 Prozent der 18- bis 29-Jährigen sehr oder ziemlich zufrieden sind. In den beiden nächsten Altersgruppen geht die Lebenszufriedenheit im Osten leicht zurück, liegt aber auf ähnlichem Niveau wie in Westdeutschland (30 bis 39 Jahre: 83 Prozent; 40 bis 49 Jahre: 80 Prozent). Bei den 50- bis 59-Jährigen gibt es die wenigsten Zufriedenen bezogen auf das eigene Leben. Nur 63 Prozent der 50- bis 59-jährigen Ostdeutschen sind mit ihrem Leben zufrieden. Im Vergleich mit der jüngsten untersuchten Altersgruppe liegt die Lebenszufriedenheit damit 30 Prozentpunkte niedriger. Und auch im Vergleich mit derselben Altersgruppe in Westdeutschland fällt der Unterschied groß aus, denn unter den 50- bis 59-jährigen Westdeutschen sind 80 Prozent mit ihrem Leben zufrieden. Bei den über 60-jährigen Ostdeutschen steigt die Lebenszufriedenheit dann wieder auf 82 Prozent an. Die geringste Zufriedenheit findet sich in Ostdeutschland also in der Generation, die bei der Wiedervereinigung zwischen 20 und 29 Jahren alt war. Diejenigen, die nach der Wiedervereinigung geboren wurden, sind hingegen besonders zufrieden mit ihrem Leben. Das lässt hoffen, dass auch zukünftige Generationen in Ostdeutschland eine genauso hohe Lebenszufriedenheit aufweisen werden wie in Westdeutschland.

Da die Lebenszufriedenheit insgesamt sehr hoch ist, gibt es eher geringe Unterschiede zwischen den Bundesländern. Die höchste Lebenszufriedenheit findet sich in Niedersachsen und Hessen mit jeweils 87 Prozent. In Hessen sind damit die Demokratiezufriedenheit, die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und die Lebenszufriedenheit besonders hoch. Am niedrigsten ausgeprägt ist die Lebenszufriedenheit in Mecklenburg-Vorpommern mit 69 Prozent, womit das Bundesland zum Gegenstück Hessens wird: In Mecklenburg-Vorpommern sind alle drei Zufriedenheiten – mit der Demokratie, der Wirtschaft und dem Leben – im deutschlandweiten Vergleich besonders niedrig. In den anderen ostdeutschen Bundesländern sind mehr Personen mit ihrem Leben zufrieden: 83 Prozent in Thüringen, 81 Prozent in Sachsen, 76 Prozent in Brandenburg und 75 Prozent in Sachsen-Anhalt, das damit denselben Anteil an Zufriedenen aufweist wie Hamburg.

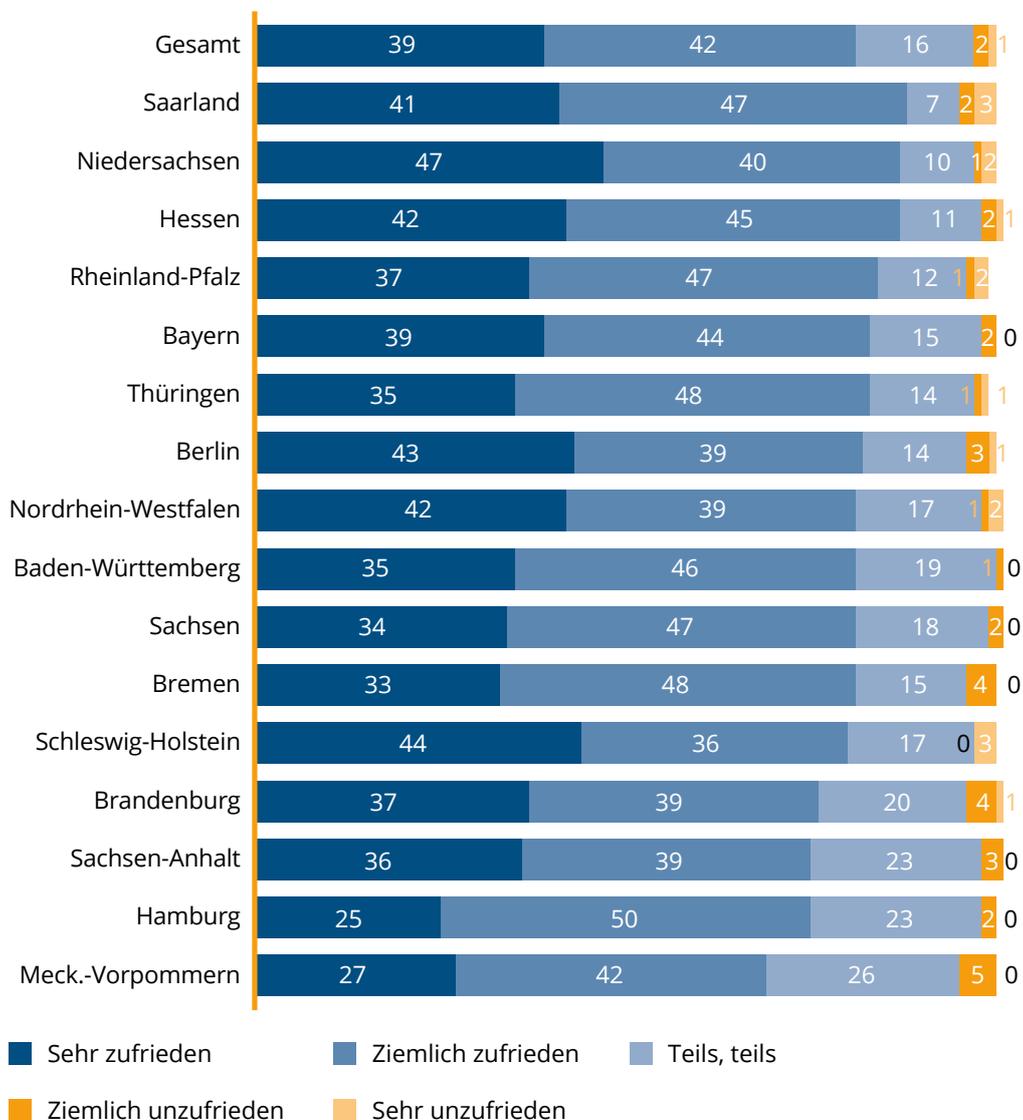
Auch die grafische regionale Verteilung macht deutlich, dass die Lebenszufriedenheit in Deutschland insgesamt sehr hoch ist und es nur geringe regionale Unterschiede gibt. Auffällig ist allerdings Mecklenburg-Vorpommern, das insgesamt Schlusslicht bei der Lebenszufriedenheit ist, denn Mecklenburg-Vorpommern ist zweigeteilt.¹ In den nordöstlichen Kreisen ist die Lebenszufriedenheit besonders hoch. Zwischen 90 und



100 Prozent der Bürger sind hier mit ihrem Leben zufrieden. Dagegen ist die Lebenszufriedenheit in den südwestlichen Kreisen besonders niedrig. Dort geben nur 30 bis 45 Prozent der Menschen an, mit ihrem Leben zufrieden zu sein. In Letzteren ist auch die Demokratiezufriedenheit niedriger ausgeprägt (nicht jedoch die Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage). Im Westen fällt zusätzlich eine Region im Norden Bayerns auf (Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Stadt- sowie Landkreis Schweinfurt). Hier ist die Lebenszufriedenheit zwar höher als im Süden Mecklenburg-Vorpommerns, aber niedriger als in allen übrigen Regionen Deutschlands.

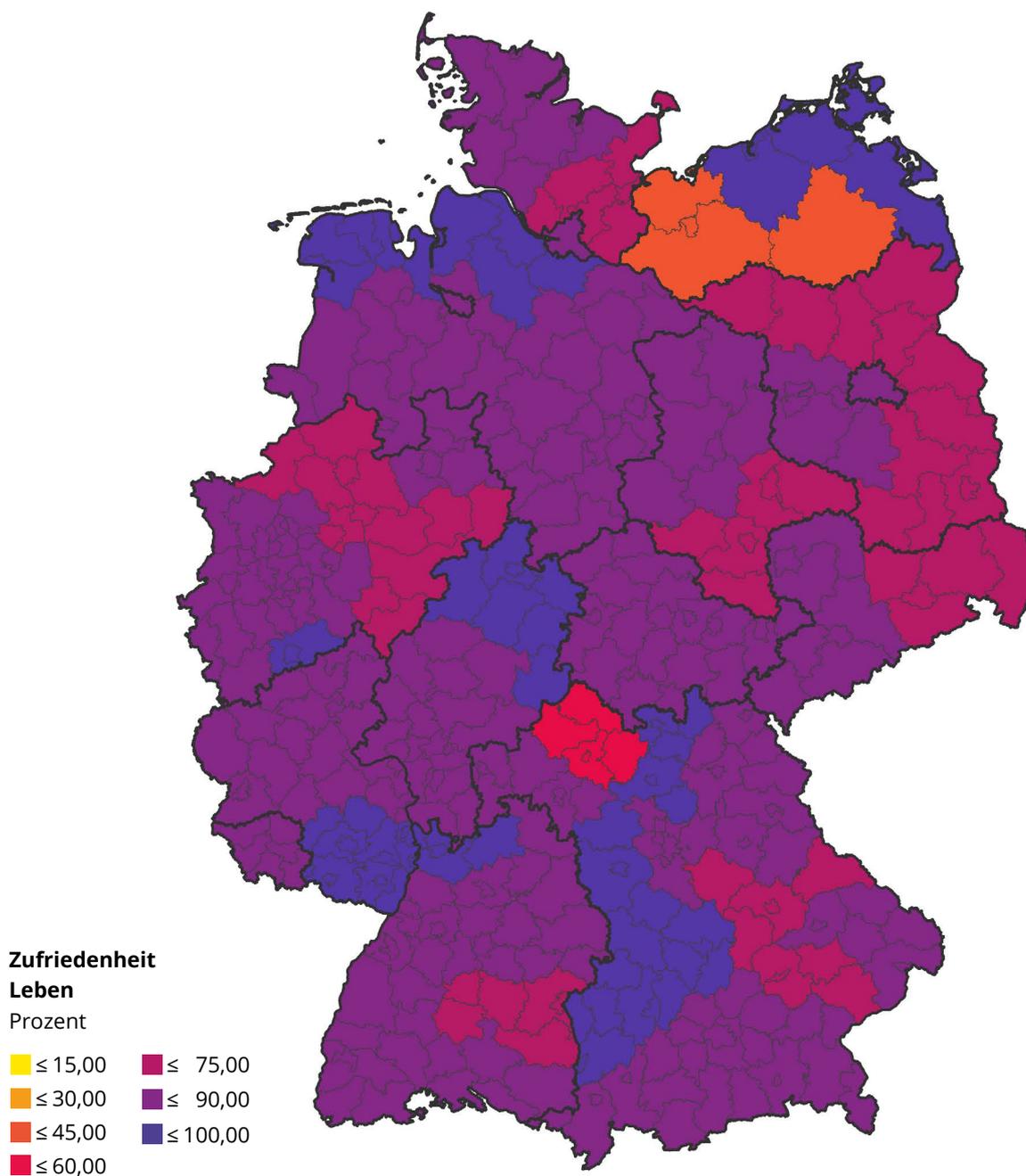
Abbildung 11: Zufriedenheit mit Ihrem gegenwärtigen Leben (Bundesländer)

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigen Leben?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 12: Zufriedenheit mit dem eigenen Leben in Prozent
(sehr zufrieden/ziemlich zufrieden)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

1 Diese Zweiteilung ist zum Teil methodisch bedingt: Durch die geringe Fallzahl in den einzelnen Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns wurden drei Landkreise sowie drei Landkreise und ein Stadtkreis zu einer Region zusammengefasst, um belastbare Aussagen zu treffen. Dadurch ist leider keine stärkere räumliche Differenzierung möglich, die eventuell eine leicht andere Verteilung ergeben hätte.

6

Politisches Interesse

Das politische Interesse ist in Deutschland insgesamt recht hoch ausgeprägt. 58 Prozent der Deutschen geben an, stark oder sehr stark an Politik interessiert zu sein. Ein knappes Drittel ist etwas politisch interessiert und nur eine kleine Minderheit von 11 Prozent interessiert sich kaum oder gar nicht für Politik. Die Unterschiede zwischen Ost und West fallen beim politischen Interesse eher gering aus. In Ostdeutschland (23 Prozent) sind etwas mehr Menschen sehr stark an Politik interessiert als im Westen (18 Prozent). In der Summe interessieren sich aber nahezu gleich viele Bürger in Ost (59 Prozent) und West (58 Prozent) stark oder sehr stark für Politik.

Tabelle 4: Interesse an Politik

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

	Gesamt	West	Ost
Sehr stark	19	18	23
Stark	39	40	36
Etwas	31	31	29
Kaum	7	7	7
Gar nicht	4	4	5

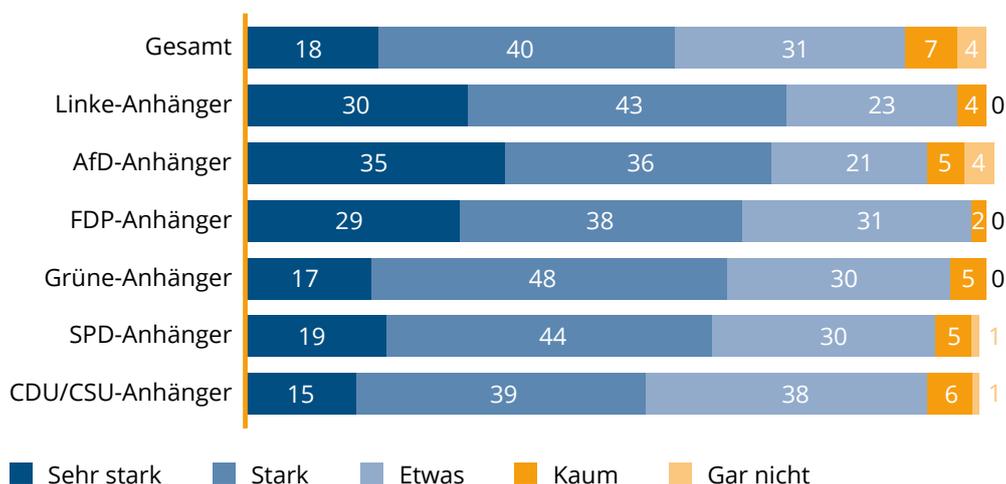
Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zeigen sich einige Unterschiede zwischen den Parteianhängern beim politischen Interesse. In Westdeutschland interessieren sich die Anhänger der Union am wenigsten für Politik. Gut jeder zweite CDU/CSU-Anhänger ist (sehr) stark an Politik interessiert. Im Osten sind die Unionsanhänger mit 57 Prozent etwas stärker politisch interessiert als im Westen. Noch etwas stärker politisch interessiert sind die westdeutschen Anhänger der SPD (63 Prozent), der Grünen (65 Prozent) und der FDP (67 Prozent). Letztere weisen auch einen deutlich höheren Anteil an politisch sehr stark Interessierten auf. In Ostdeutschland sind die Anhänger der Grünen und der FDP dagegen deutlich weniger an Politik interessiert. Nur gut jeder zweite ostdeutsche Grünen- und FDP-Anhänger interessiert sich (sehr) stark für Politik. Bei den ostdeutschen FDP-Anhängern ist aber das sehr starke Politikinteresse etwas stärker ausgeprägt als bei den meisten anderen Anhängerschaften. Im Osten gesellen sich die SPD-Anhänger zu den am stärksten politisch Interessierten mit 71 Prozent. Dazu kommen in den alten wie in den neuen Ländern die Anhänger der Linken und der AfD. 73 (West) bzw. 76 (Ost) Prozent der Linken-Anhänger interessieren sich (sehr) stark für Politik. Damit sind sie in beiden Landesteilen Spitzenreiter.

Abbildung 13: Interesse an Politik – WEST –

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

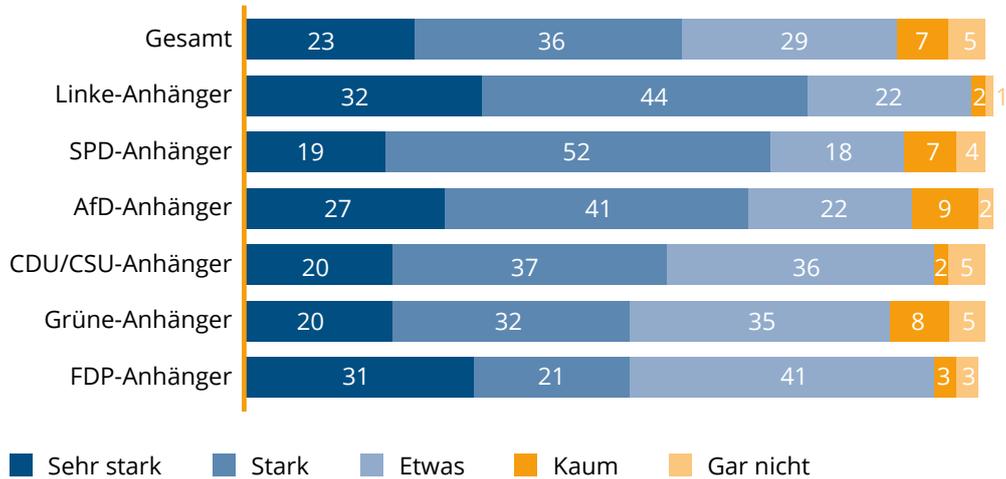
Die AfD-Anhänger sind ähnlich stark an Politik interessiert: 71 Prozent in West und 68 Prozent in Ost geben an, ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik zu besitzen. Bei den AfD-Anhängern kommt also zu einer geringen Zufriedenheit mit der Demokratie und mit der Wirtschaftslage in Deutschland auf der einen ein hohes politisches Interesse auf der anderen Seite, wodurch sie ihrer Unzufriedenheit auch politisch im Wahllokal Ausdruck verleihen. Zum Vergleich (tabellarisch nicht ausgewiesen): Nichtwähler sind sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern am wenigsten politisch interessiert. Nur 43 Prozent der westdeutschen und 26 Prozent der ostdeutschen Nichtwähler interessieren sich (sehr) stark für Politik, ein Fünftel (West) bzw. ein Viertel (Ost) der Nichtwähler ist dagegen gar nicht an Politik interessiert.

Zusätzlich gibt es interessante Altersunterschiede im politischen Interesse in West und Ost (tabellarisch nicht ausgewiesen). In den alten Ländern unterscheiden sich die jüngeren und mittleren Altersgruppen kaum voneinander. Rund jeder zweite ist (sehr) stark an Politik interessiert. In der Gruppe der über 60-Jährigen steigt das Interesse jedoch deutlich an: Zwei Drittel der über 60-Jährigen interessieren sich (sehr) stark für Politik. Damit ist das politische Interesse in Westdeutschland bei den über 60-Jährigen am höchsten.

In den neuen Ländern weist das politische Interesse eine u-förmige Altersverteilung auf mit dem niedrigsten Interesse in der Altersgruppe zwischen 40 und 49 Jahren. Das politische Interesse der Jüngeren ist deutlich stärker ausgeprägt als in den alten Ländern. 62 Prozent der ostdeutschen 18- bis 29-Jährigen geben an, sehr stark oder stark politisch interessiert zu sein. Mit zunehmendem Alter sinkt das Politikinteresse in Ostdeutschland erst einmal, bis es mit 48 Prozent bei den 40- bis 49-Jährigen seinen Tief-

Abbildung 14: Interesse an Politik – OST –

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

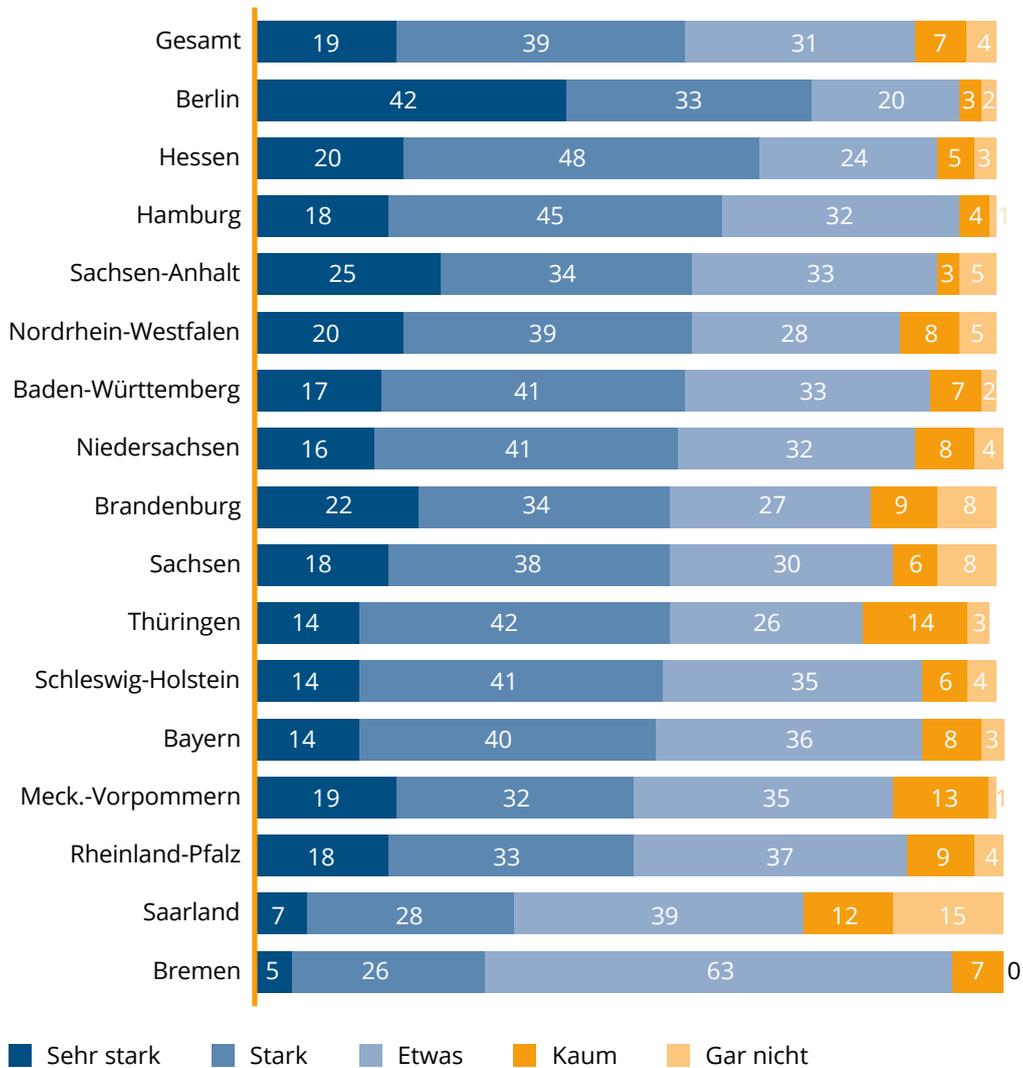
punkt erreicht hat. Danach steigt es wieder an und die ostdeutschen über 60-Jährigen sind mit 62 Prozent genauso stark an Politik interessiert wie die ostdeutschen 18- bis 29-Jährigen.

Es fällt auf, dass die Jüngeren in Ostdeutschland stärker politisch interessiert sind als in Westdeutschland. Noch deutlicher wird der Unterschied, wenn man nur diejenigen mit sehr starkem Politikinteresse betrachtet. Hier liegt die Differenz zwischen Ost und West bei den 18- bis 29-Jährigen bei 12 Prozentpunkten und bei den 30- bis 39-Jährigen immerhin noch bei 8 Prozentpunkten. Die über 60-Jährigen sind hingegen in Ostdeutschland etwas weniger stark an Politik interessiert als in Westdeutschland.

Auch die Bundesländer unterscheiden sich teils erheblich im politischen Interesse ihrer Bürger. Am stärksten politisch interessiert sind die Bewohner Berlins. 75 Prozent der Berliner interessieren sich (sehr) stark für Politik, nur 5 Prozent interessieren sich kaum oder gar nicht. Damit liegen die Hauptstädter deutlich vor allen anderen Bundesländern. Am geringsten ausgeprägt ist das Politikinteresse in Bremen und dem Saarland. Nur 31 Prozent der Bremer sind politisch (sehr) stark interessiert. Allerdings interessieren sich auch nur 7 Prozent kaum oder gar nicht für Politik. Die Mehrheit der Bremer gibt ein mittleres Politikinteresse an: 63 Prozent sind etwas an Politik interessiert. Im Saarland liegt zwar die Zahl der (sehr) stark politisch Interessierten mit 35 Prozent geringfügig höher als in Bremen, gleichzeitig sind aber 12 Prozent der Saarländer kaum und ganze 15 Prozent gar nicht an Politik interessiert. Zusammengenommen ist damit mehr als ein Viertel der Saarländer kaum oder gar nicht politisch interessiert. Somit ist das politische Interesse im Saarland mit Abstand am niedrigsten.

Abbildung 15: Interesse an Politik (Bundesländer)

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

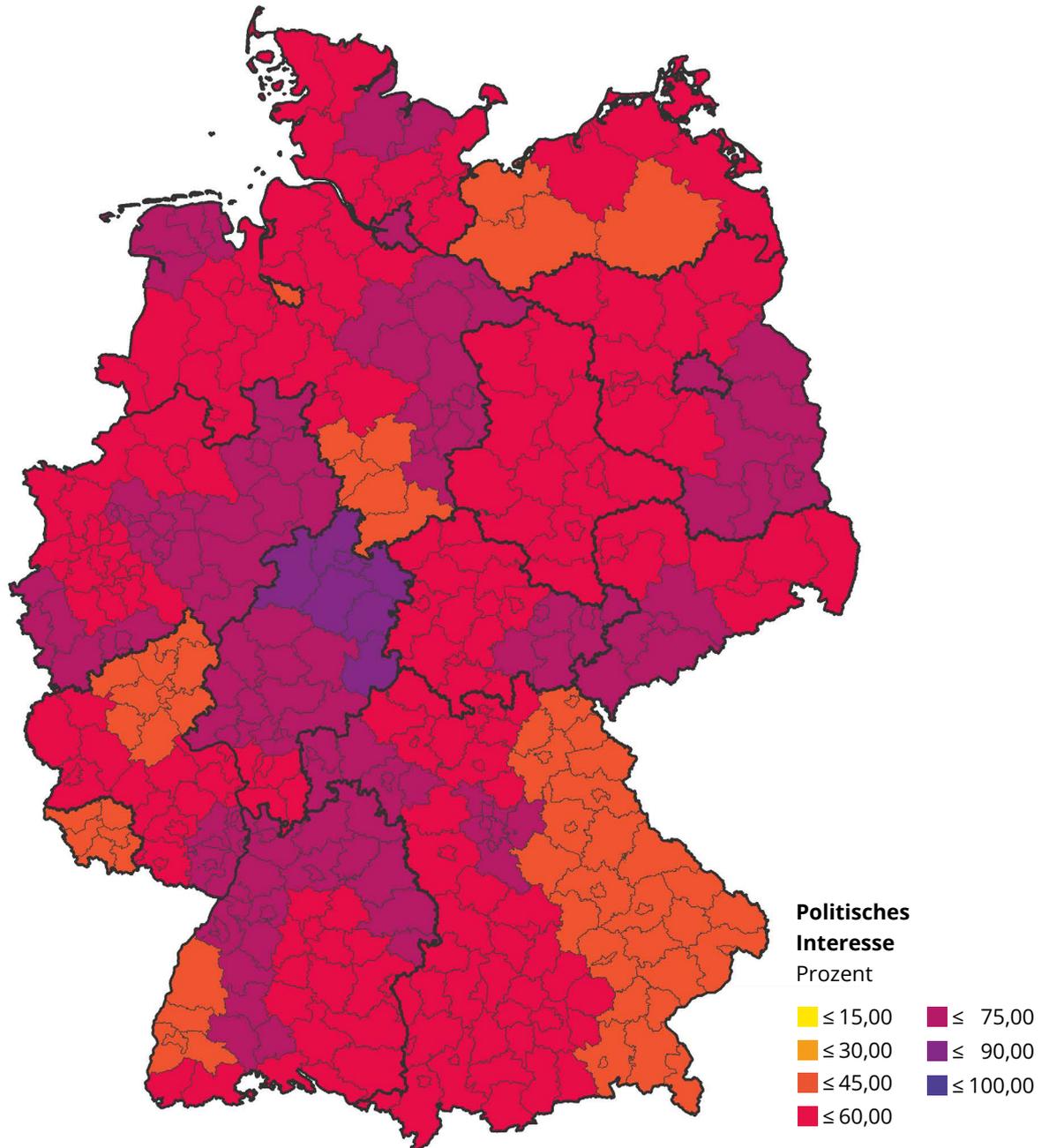


Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
 Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

In der regionalen Analyse zeigt sich, dass es neben Bremen und dem Saarland auch in den anderen Bundesländern Regionen gibt, in denen das politische Interesse eher gering ausgeprägt ist. Das gilt für den Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns, den Süden Niedersachsens, den Norden Rheinland-Pfalzes, den Südwesten Baden-Württembergs sowie den gesamten Osten Bayerns. Umgekehrt fällt Nordhessen mit einem besonders hohen Politikinteresse auf. Hier sind über 75 Prozent der Bevölkerung (sehr) stark an Politik interessiert. Damit liegt das politische Interesse in Nordhessen noch über dem in Berlin, das im Bundeslandvergleich vorn liegt.



Abbildung 16: Politisches Interesse in Prozent (sehr stark/stark)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018



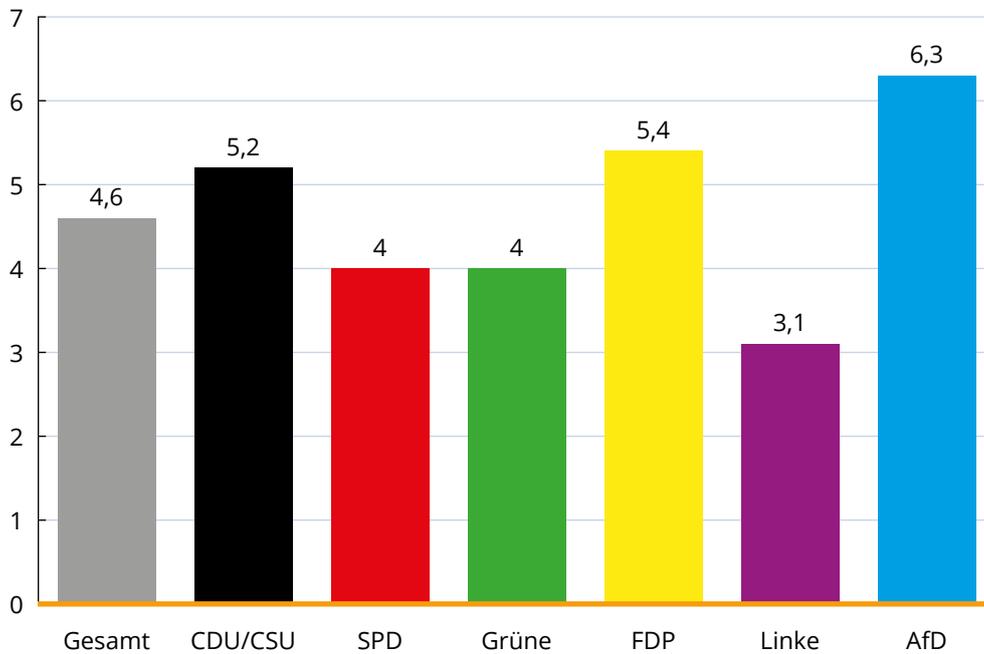
Links-Rechts-Selbsteinstufung

In der Politik wird häufig von „links“ und „rechts“ gesprochen, gleichzeitig wird aber auch immer wieder diskutiert, ob die Sortierung des politischen Raumes anhand der Links-Rechts-Skala überhaupt noch zeitgemäß ist. Die Links-Rechts-Skala ist ein-dimensional, es gibt aber auch Studien, die den politischen Raum mehrdimensional erfassen (vgl. z. B. Bornschier 2010). Das ist sicher auch sinnvoll und bildet die politische Komplexität genauer ab. Dennoch können die meisten Bürger mit den Begriffen „links“ und „rechts“ umgehen und wissen sich selbst auf dieser Skala einzustufen. Zusätzlich wird die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala schon seit Langem in Umfragen erhoben, so dass langfristige Entwicklungen nachgezeichnet werden können. Aus diesen Gründen wird auch heute noch mit der Links-Rechts-Skala gearbeitet.

Auf einer Skala von 0 (sehr links) bis 10 (sehr rechts) stufen sich die Ost- wie die Westdeutschen sehr mittig ein.¹ In den alten Ländern liegt die durchschnittliche Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala bei 4,6, in den neuen Ländern bei 4,5. Der Unterschied ist damit sehr gering. Größere Unterschiede gibt es allerdings bei den verschiedenen Parteianhängern. Die meisten Anhängerschaften verorten sich in Ostdeutschland weiter links als in Westdeutschland, allerdings ist das unterschiedlich stark ausgeprägt. Die Anhänger der Union verorten sich recht deutlich weiter links in den neuen Ländern. Dort sehen sie sich im Mittel bei 4,7, in den alten Ländern dagegen bei 5,2. Ähnlich verhält es sich bei den Anhängern der SPD. In Westdeutschland stufen sich die SPD-Anhänger bei 4 ein, in Ostdeutschland bei 3,5. Noch größer fällt der Unterschied bei den Anhängern der FDP aus: Sie verorten sich im Westen bei 5,4, im Osten dagegen bei 4,6. Im Westen positionieren sich die FDP-Anhänger damit sogar knapp rechts der CDU/CSU-Anhänger. Deutlich geringer fallen die Unterschiede bei den Anhängern der AfD und der Linken aus. Die AfD-Anhänger verorten sich im Westen bei 6,3 und im Osten bei 6,5. Damit sind die AfD-Anhänger von allen am weitesten rechts positioniert. Am anderen Ende der Skala befinden sich die Anhänger der Linken mit 3,1 im Westen und 3,2 im Osten. Sowohl die Anhänger der AfD als auch die Anhänger der Linken verorten sich damit – im Gegensatz zu den Anhängern von Union, SPD und FDP – in Ostdeutschland knapp weiter rechts als in Westdeutschland. Allerdings sind die Ost-West-Unterschiede bei den Anhängern der AfD und der Linken recht gering, so dass sie nicht überinterpretiert werden sollten.



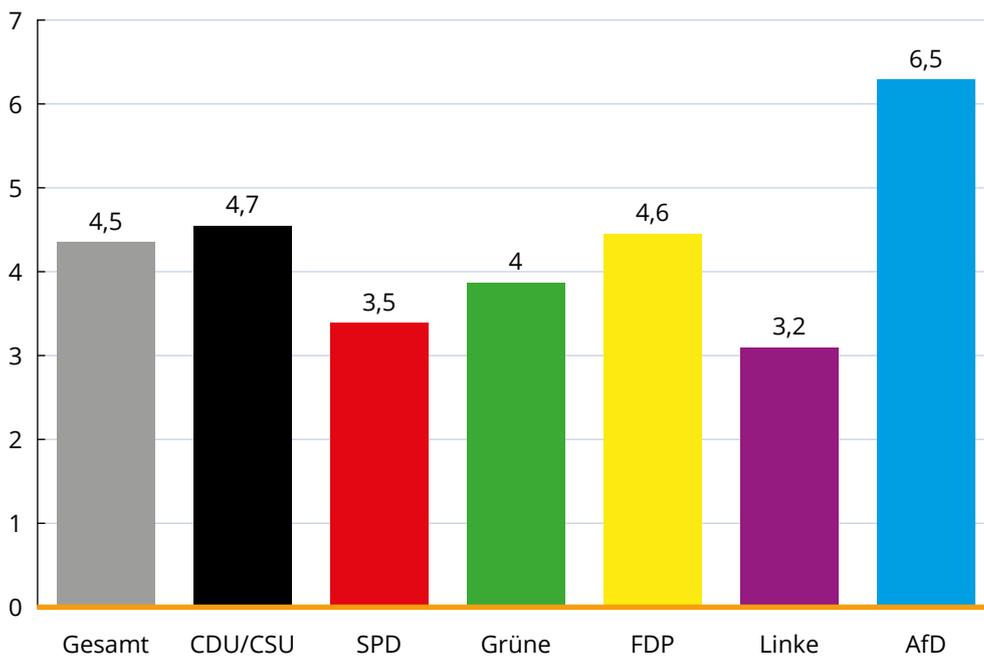
Abbildung 17: Links-Rechts-Selbsteinstufung Westdeutschland (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwerte auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts)

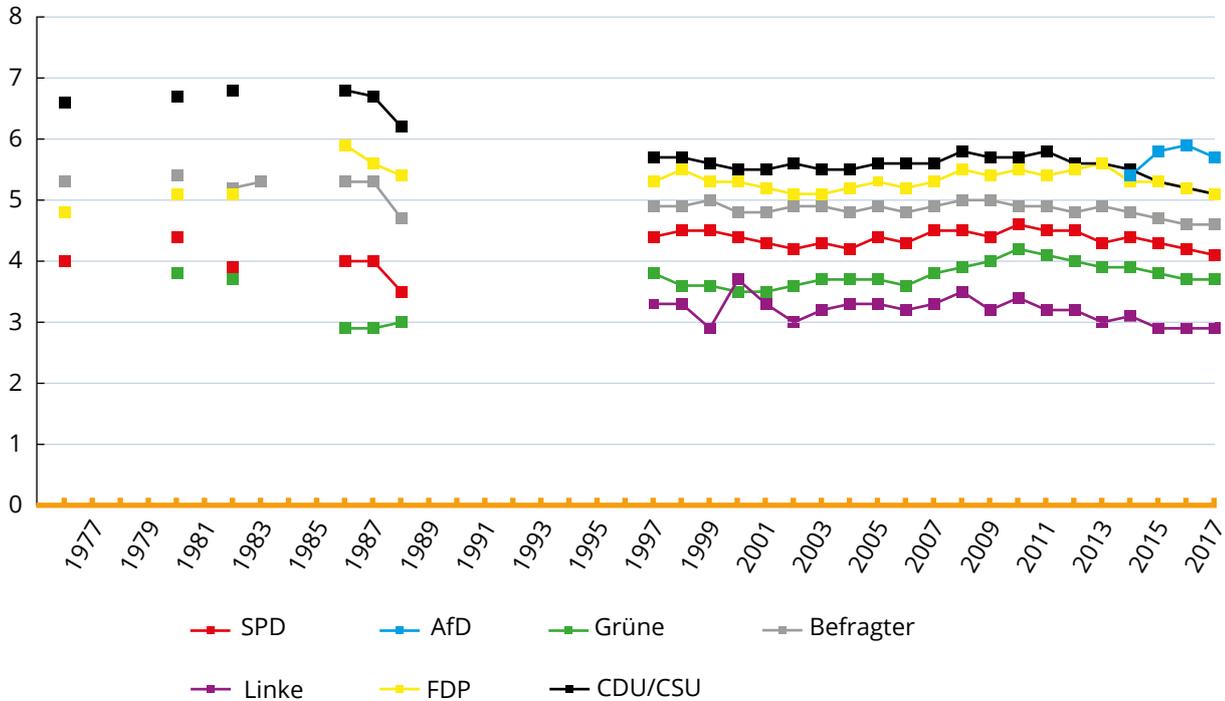
Abbildung 18: Links-Rechts-Selbsteinstufung Ostdeutschland (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwerte auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts)

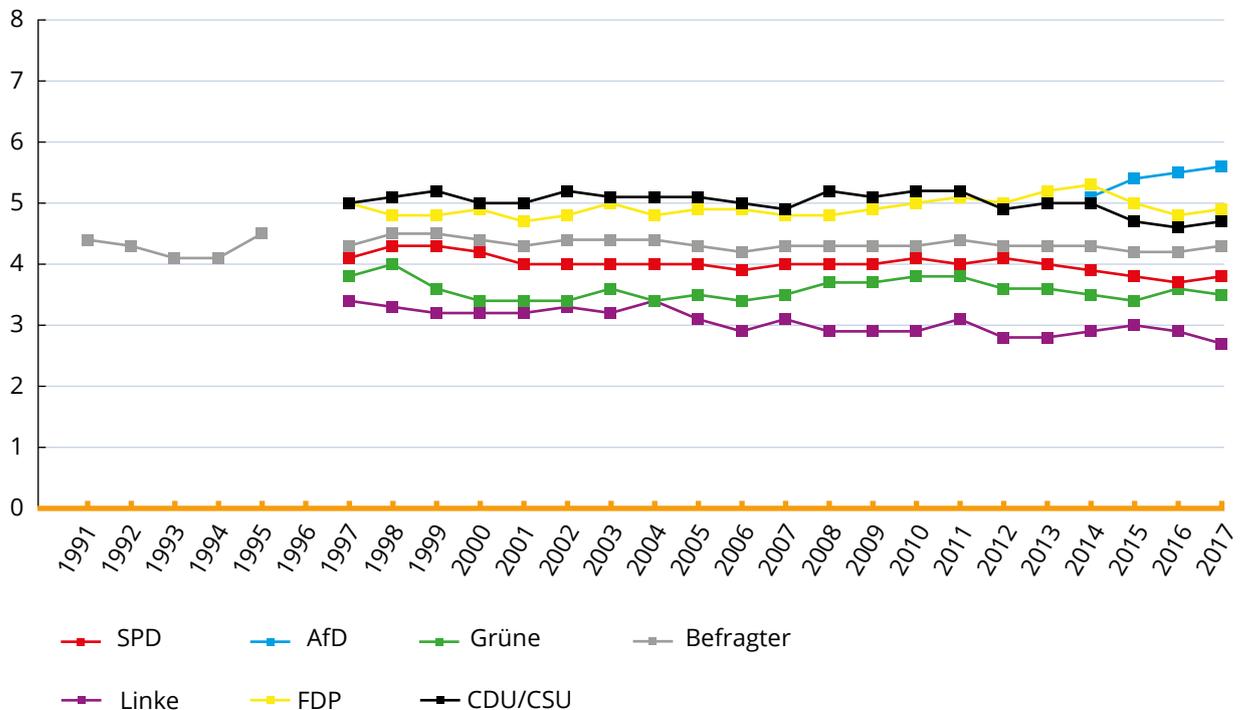
Abbildung 19: Links-Rechts-Selbsteinstufung Westdeutschland 1976 bis 2017



Quelle: Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen; eigene Berechnungen und Darstellung
 Anmerkung: Mittelwerte auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts)

Fehlen nur noch die Anhänger der Grünen: Sie unterscheiden sich nicht zwischen Ost- und Westdeutschland. In beiden Landesteilen stufen sich die Grünen-Anhänger bei 4,0 ein. Im Westen liegen sie damit gleichauf mit den SPD-Anhängern, während sie sich im Osten sogar rechts der Anhänger der Sozialdemokraten verorten. Ein Langzeitvergleich mit den Daten des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen macht deutlich, wie stark die Anhänger der Grünen in die Mitte gerückt sind, vor allem in Ostdeutschland. In Ost wie West lagen die Grünen-Anhänger bis einschließlich 2017 immer links der SPD-Anhänger. In Westdeutschland stufen sich die Anhänger der Grünen 2017 noch bei 3,7 ein und in Ostdeutschland bei 3,5. In den neuen Ländern sind die Grünen-Anhänger also von 2017 zu Ende 2018 im Durchschnitt einen halben Skalenpunkt nach rechts bzw. in die Mitte gerückt. Soweit rechts wie Ende 2018 waren die Anhänger der Grünen in Ostdeutschland noch nie. Die bisher „rechtste“ Position der ostdeutschen Grünen-Anhänger lag 1998 bei 4, 2010 und 2011 bei 3,8. In den alten Ländern stufen sie sich in diesen Jahren jedoch weiter rechts ein als 2018. 2010 verorteten sich die westdeutschen Grünen-Anhänger bei 4,2, 2011 bei 4,1 (zusätzlich in den Jahren 2009 und 2012 bei 4,0). Allerdings stufen sich in diesen Jahren die westdeutschen SPD-Anhänger auch bei 4,6 (2010) und 4,5 (2011) ein, so dass die Anhänger der Grünen immer noch links der SPD-Anhänger blieben. Anschließend rückten beide Anhängerschaften wieder weiter nach links. 2018 liegen die Grünen-Anhänger damit erstmals gleichauf bzw. rechts der SPD-Anhänger.

Abbildung 20: Links-Rechts-Selbsteinstufung Ostdeutschland 1991 bis 2017

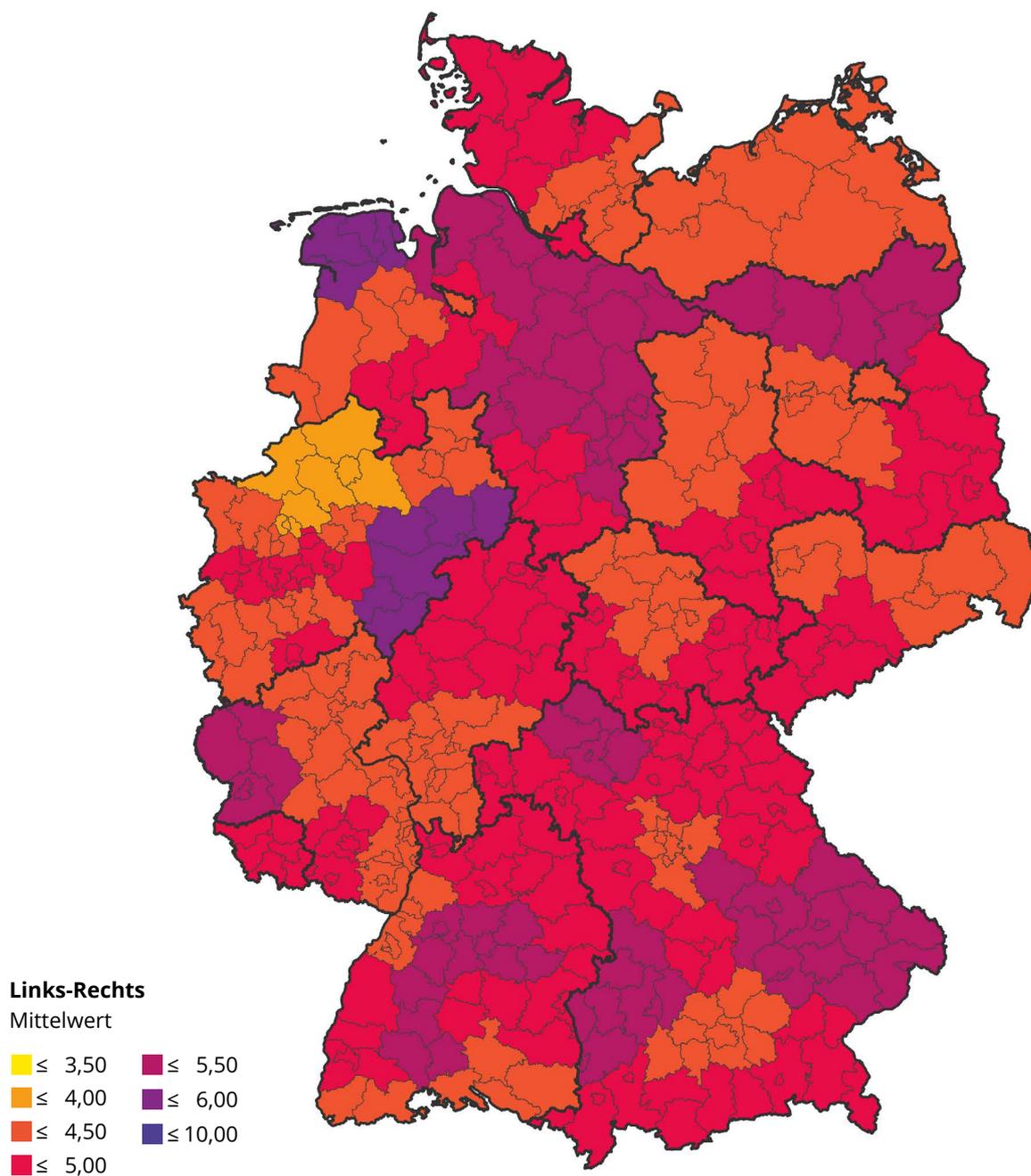


Quelle: Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen; eigene Berechnungen und Darstellung
Anmerkung: Mittelwerte auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts)

Die regionale Verteilung der durchschnittlichen Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigt, dass die meisten Landkreise im mittleren Bereich liegen. Zwei Regionen fallen durch eine besonders rechte mittlere Selbsteinstufung auf: der Nordwesten Niedersachsens und der Nordosten Nordrhein-Westfalens. Ersterer weist zusätzlich eine geringe Zufriedenheit mit der Wirtschaft und der Demokratie, aber ein recht hohes Politikinteresse auf. Kurioserweise schneidet die SPD in dieser Region besonders gut ab: Bei der Bundestagswahl 2017 haben die Sozialdemokraten im Wahlkreis Aurich-Emden 37,8 Prozent und im Wahlkreis Friesland-Wilhelmshaven-Wittmund 30,7 Prozent erzielt. Die AfD schnitt dagegen in beiden Wahlkreisen mit 9,1 Prozent unterdurchschnittlich ab.

Andererseits gibt es eine Region, in der sich die Bevölkerung im Mittel besonders links einstuft: der Norden von Nordrhein-Westfalen. In den nördlichen Wahlkreisen dieser Region (Borken, Steinfurt, Coesfeld, Warendorf) hat die CDU bei der Bundestagswahl 2017 über 40 Prozent erzielt, in den südlichen Wahlkreisen (Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bottrop) kam die SPD auf über 30 Prozent. Die durchschnittliche Links-Rechts-Selbsteinstufung eines Kreises scheint also nur bedingt geeignet zu sein, um Vorhersagen für das Wahlergebnis zu machen.

Abbildung 21: Durchschnittliche Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkungen: Wertebereich von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts)

1 Für die Berechnung der Links-Rechts-Selbsteinstufung sowohl für 2018 als auch im Langzeitvergleich danke ich ganz herzlich Thomas Marx.

8

Regionale Gefühlslagen

8.1 Sicherheitsgefühl

Für ein gutes und zufriedenes Leben ist es wichtig, sich sicher zu fühlen. Dazu kann soziale Sicherheit gehören, aber auch Sicherheit vor Kriminalität. Als Indikator für das Sicherheitsgefühl der Bürger hat die Konrad-Adenauer-Stiftung gefragt, wie sicher sich die Menschen fühlen, wenn sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in ihrer Wohngegend unterwegs sind. Insgesamt fühlt sich nur eine Minderheit unsicher. Ein knappes Viertel gibt an, sich unsicher oder sehr unsicher zu fühlen. 44 Prozent fühlen sich sicher und ein knappes Drittel sogar sehr sicher. Folglich fühlen sich drei Viertel der Bürger auch nach Einbruch der Dunkelheit sicher in ihrer Wohngegend. Damit ist das Sicherheitsgefühl insgesamt sehr hoch.

Westdeutsche fühlen sich dabei etwas sicherer als Ostdeutsche. In Westdeutschland ist die Verteilung nahezu identisch mit der gesamtdeutschen Verteilung. In Ostdeutschland fühlt sich dagegen jeder zehnte Bürger sehr unsicher und gut jeder Fünfte unsicher. Zusammen fühlt sich also fast ein Drittel der Ostdeutschen (sehr) unsicher bei Dunkelheit in der eigenen Wohngegend. Allerdings fühlt sich mit zwei Dritteln trotzdem die Mehrheit sicher oder sehr sicher.

Tabelle 5: Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend

*Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?
Fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen ...?*

	Gesamt	West	Ost
Sehr sicher	32	33	25
Sicher	44	44	42
Unsicher	17	17	21
Sehr unsicher	7	6	10

Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe

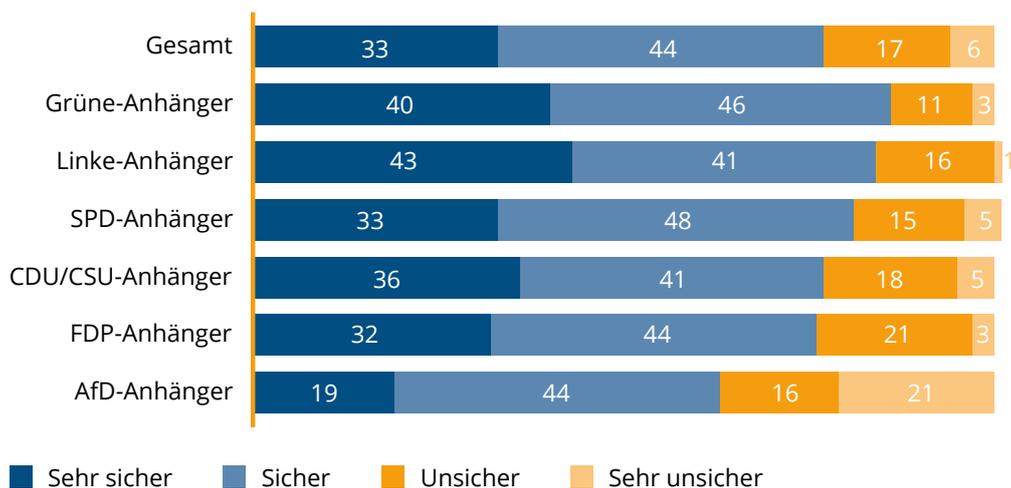
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Wie schon bei den anderen Einstellungen gibt es auch beim Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängern. In Westdeutschland fühlen sich die Anhänger der Grünen am sichersten. 86 Prozent fühlen sich sicher oder sehr sicher. Ähnlich stark ausgeprägt ist das Sicherheitsgefühl bei den westdeutschen Anhängern der Linken mit 84 Prozent. Mit leichtem Abstand folgen die Anhänger der SPD (81 Prozent). Auch gut drei Viertel der westdeutschen Anhänger von Union und FDP fühlen sich im Dunkeln sicher in ihrer Wohngegend. Deutlich geringer fällt das Sicherheitsgefühl in Westdeutschland unter den AfD-Anhängern aus. Von ihnen geben nur 63 Prozent an, sich sicher oder sehr sicher zu fühlen. Dagegen sagt gut jeder fünfte AfD-Anhänger im Westen, er fühle sich nach Einbruch der Dunkelheit sehr unsicher in seiner Wohngegend. Damit ist die Unsicherheit unter den AfD-Anhängern mit Abstand am größten. Westdeutsche Nichtwähler fühlen sich zwar etwas seltener (sehr) sicher (58 Prozent) als AfD-Anhänger, empfinden die Unsicherheit aber weniger stark (tabellarisch nicht ausgewiesen). 14 Prozent der Nichtwähler fühlen sich sehr unsicher, das sind immerhin 7 Punkte weniger als unter AfD-Anhängern.

In Ostdeutschland hingegen ist das Sicherheitsgefühl mit Abstand am stärksten ausgeprägt unter den Anhängern der FDP. 86 Prozent – und damit mehr als im Westen – der ostdeutschen FDP-Anhänger fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher. Danach folgen mit einigem Abstand die Anhänger der Union mit 71 Prozent, der SPD und der Grünen mit jeweils etwa 70 Prozent. Im Gegensatz zu den Anhängern der FDP fühlen sich die Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen damit in Ostdeutschland weniger sicher als im Westen. Das gilt auch und in besonderem Maße für die Anhänger der Linken. In Westdeutschland gehören sie zusammen mit den Grünen zu denen mit dem stärksten Sicherheitsgefühl, im Osten dagegen ist ihr Sicherheitsgefühl schwächer ausgeprägt als bei den meisten anderen Anhängerschaften. Gut zwei Drittel der ostdeutschen Linken-Anhänger fühlen sich in ihrer Wohngegend sicher, ganze 15 Prozent fühlen sich dagegen sehr unsicher (im Westen: 1 Prozent). Noch geringer ausgeprägt ist das Sicherheitsgefühl in Ostdeutschland nur bei den Anhängern der AfD. Nur 16 Prozent der ostdeutschen AfD-Anhänger fühlen sich sehr sicher, weitere 45 Prozent fühlen sich sicher (gesamt: 61 Prozent). Zwar fühlen sich etwas weniger AfD- als Linke-Anhänger sehr unsicher, insgesamt ist die Unsicherheit unter AfD-Anhängern aber mit 39 Prozent stärker ausgeprägt. Im Gegensatz zum Westen fühlen sich Nichtwähler im Osten sogar sicherer als AfD-Anhänger. 77 Prozent der ostdeutschen Nichtwähler fühlen sich nach Einbruch der Dunkelheit sicher oder sehr sicher in ihrer Wohngegend (tabellarisch nicht ausgewiesen). Damit ist das Sicherheitsgefühl in Ostdeutschland unter Nichtwählern höher als unter Wählern von Union, SPD und Grünen.

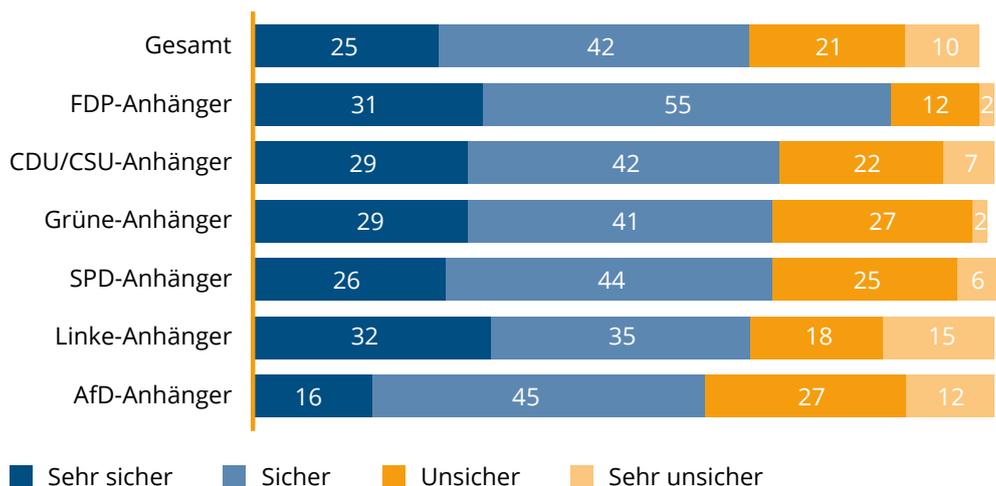


Abbildung 22: Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend – WEST –
*Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?
Fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen ...?*



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 23: Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend – OST –
*Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?
Fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen ...?*



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

In Westdeutschland sind Altersunterschiede bezüglich des Sicherheitsgefühls sehr gering (tabellarisch nicht ausgewiesen): In allen Altersgruppen unter 60 Jahren liegt das Sicherheitsgefühl etwa gleich hoch bei rund 80 Prozent. Erst die über 60-jährigen Westdeutschen fühlen sich mit 71 Prozent leicht weniger sicher. In den ostdeutschen Bundesländern dagegen gibt es eine umgekehrt u-förmige Altersverteilung. Das höchste Sicherheitsgefühl weisen die Altersgruppen zwischen 30 und 39 sowie zwischen 40 und 49 auf mit 88 und 80 Prozent. In der jüngsten Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren sowie in den Altersgruppen über 50 Jahren fühlen sich hingegen nicht ganz zwei Drittel der Ostdeutschen in ihrer Wohngegend sicher.

Zusätzlich gibt es einen Geschlechtereffekt (tabellarisch nicht ausgewiesen): Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland fühlen sich Männer sicherer als Frauen. In Ostdeutschland ist der Unterschied zwischen Männern und Frauen allerdings noch größer als im Westen. Im Westen fühlen sich 86 Prozent der Männer und 69 Prozent der Frauen in ihrer Wohngegend sicher, im Osten sind es 82 Prozent der Männer und lediglich 57 Prozent der Frauen. Besonders niedrig ist das Sicherheitsgefühl unter ostdeutschen Frauen ab 50 Jahren, von denen sich nur etwas weniger als die Hälfte in ihrer Wohngegend bei Dunkelheit sicher fühlt. In Westdeutschland weisen Frauen ab 60 Jahren mit 60 Prozent das geringste Sicherheitsgefühl auf.

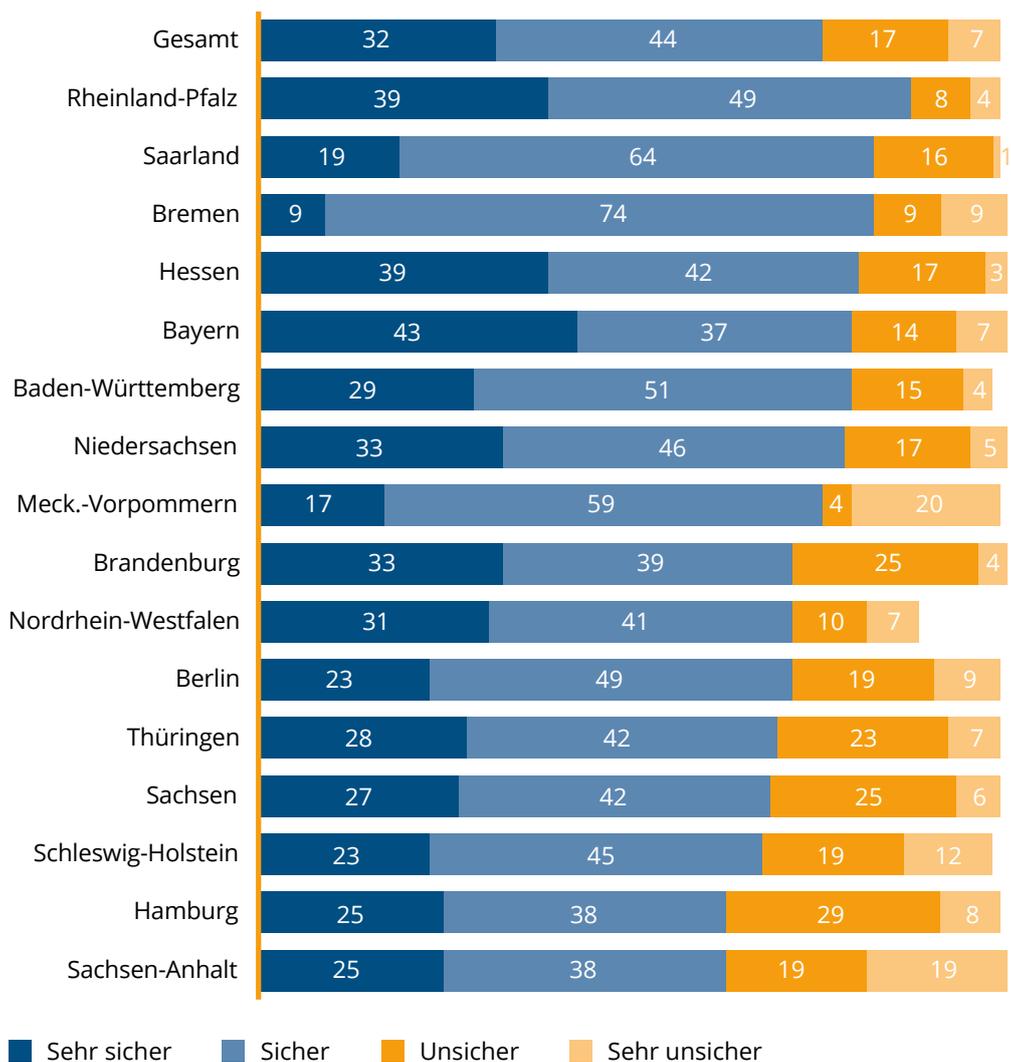
Nach Bundesländern differenziert leben in Rheinland-Pfalz die meisten Menschen, die sich sicher oder sehr sicher fühlen. 88 Prozent der Rheinland-Pfälzer fühlen sich in ihrer Wohngegend auch bei Dunkelheit sicher. Am geringsten ausgeprägt ist das Sicherheitsgefühl in Hamburg und Sachsen-Anhalt mit jeweils 63 Prozent. In Hamburg fühlt sich allerdings nur eine kleine Minderheit sehr unsicher mit 8 Prozent, in Sachsen-Anhalt sind es dagegen 19 Prozent und damit fast jeder Fünfte. Ähnlich verhält es sich in Mecklenburg-Vorpommern. Hier fühlen sich zwar drei Viertel der Bürger sicher, gleichzeitig fühlen sich aber 20 Prozent sehr unsicher. Auch in Schleswig-Holstein ist der Anteil an Bürgern, die sich sehr unsicher fühlen, mit 12 Prozent zweistellig und damit im Vergleich der Bundesländer recht hoch. Bremen fällt ebenfalls auf. Hier fühlen sich mit 9 Prozent die wenigsten Menschen sehr sicher. 74 Prozent fühlen sich aber sicher, so dass das gesamte Sicherheitsgefühl bei über 80 Prozent liegt.

Die detaillierte regionale Verteilung zeigt, dass die Regionen mit dem höchsten Sicherheitsgefühl alle in Westdeutschland liegen und hier vorwiegend im Süden, genauer gesagt in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. Die Regionen mit dem geringsten Sicherheitsgefühl liegen hingegen mit einer Ausnahme in den ostdeutschen Bundesländern. Am geringsten ist das Sicherheitsgefühl im Norden Sachsens. Aber auch in Teilen Sachsens-Anhalts und Brandenburgs fällt das Sicherheitsgefühl geringer aus. In Westdeutschland ist das Sicherheitsgefühl nur in der Region Dortmund, Hamm, Unna auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Die These, die Unsicherheit sei vor allem in den östlichen Grenzregionen stark ausgeprägt, bestätigt sich nicht. Insgesamt zeigt die regionale Verteilung aber auch, dass das Sicherheitsgefühl überwiegend hoch ausgeprägt ist und sich die meisten Bürger auch nach Einbruch der Dunkelheit zu Fuß in ihrer Wohngegend sicher fühlen.



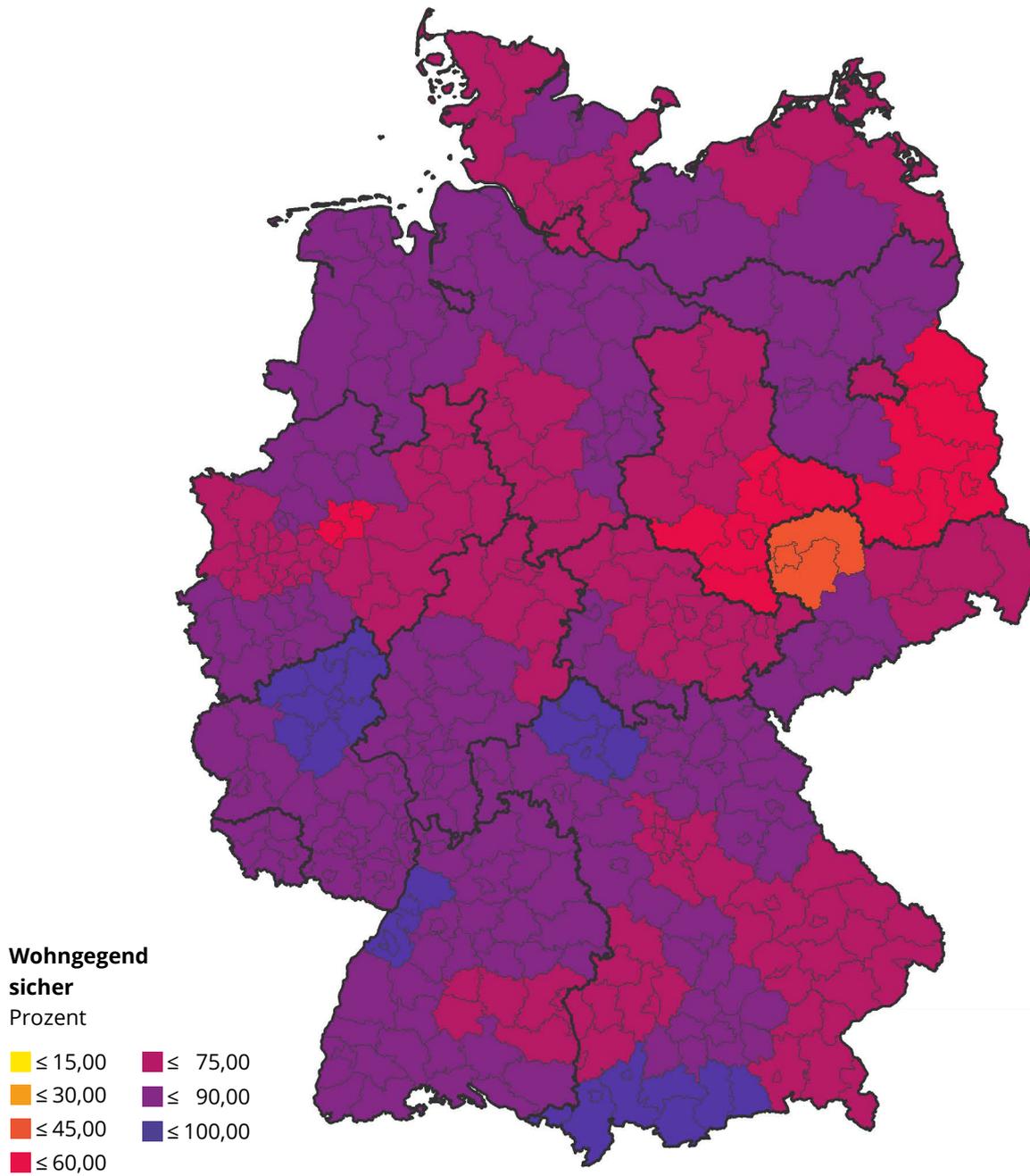
Abbildung 24: Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend (Bundesländer)

Wie sicher fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen – wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?
Fühlen Sie sich – oder würden Sie sich fühlen ...?



Fehlende Werte zu 100 %: Weiß nicht/keine Angabe
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 25: Sicherheitsgefühl in der Wohngegend in Prozent (sehr sicher/sicher)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018



8.2 Emotionale Gestimmtheit

Neben dem Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohngegend wurde auch die Häufigkeit verschiedener emotionaler Zustände in der letzten Woche (bezogen auf den Zeitpunkt der Befragung) erhoben, also wie oft die Bürger ruhig und gelassen, zufrieden, glücklich, wütend, niedergeschlagen, gleichgültig oder ängstlich waren, viel Energie hatten oder sich überfordert fühlten (Antwortkategorien: sehr oft, oft, manchmal, nie). Diese Gefühlslagen werden sowohl einzeln als auch zusammengefasst zu einem Index betrachtet.

In der Einzelbetrachtung zeigt sich, dass die positiven Gefühlslagen häufiger vorkommen als die negativen. Etwa drei Viertel der Deutschen war oft oder sehr oft ruhig und gelassen sowie zufrieden. Des Weiteren waren rund zwei Drittel glücklich oder hatten viel Energie. Die negativen emotionalen Zustände werden nur von einer Minderheit genannt. Lediglich gut jeder Zehnte war oft oder sehr oft wütend, fühlte sich niedergeschlagen oder überfordert. Am seltensten hatten die Menschen das Gefühl, dass ihnen alles egal ist (8 Prozent) oder waren ängstlich (6 Prozent).

Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind sehr gering. Tendenziell finden sich aber die positiven emotionalen Zustände leicht häufiger in West- und die negativen Emotionen leicht häufiger in Ostdeutschland. Die Differenzen liegen aber nur bei 5 Prozentpunkten oder weniger, so dass sie hier nicht im Detail interpretiert werden.

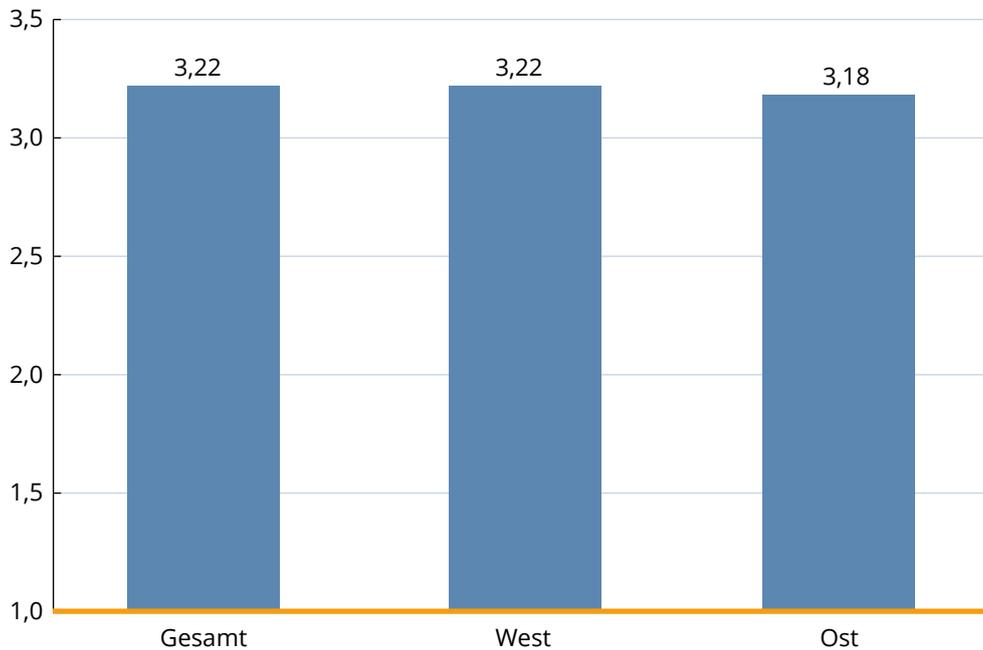
Tabelle 6: Häufigkeit verschiedener emotionaler Zustände

Wie oft in der letzten Woche ...?

Anteile „sehr oft“ + „oft“	Gesamt	West	Ost
Waren Sie ruhig und gelassen	75	75	75
Waren Sie zufrieden	74	76	69
Waren Sie glücklich	67	68	63
Hatten Sie viel Energie	64	65	61
Waren Sie wütend	13	12	16
Haben Sie sich niedergeschlagen gefühlt	12	11	15
Fühlten Sie sich überfordert	10	10	10
Hatten Sie das Gefühl, dass Ihnen alles egal ist	8	8	7
Waren Sie ängstlich	6	5	7

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 26: Durchschnittliche positive emotionale Gestimmtheit (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

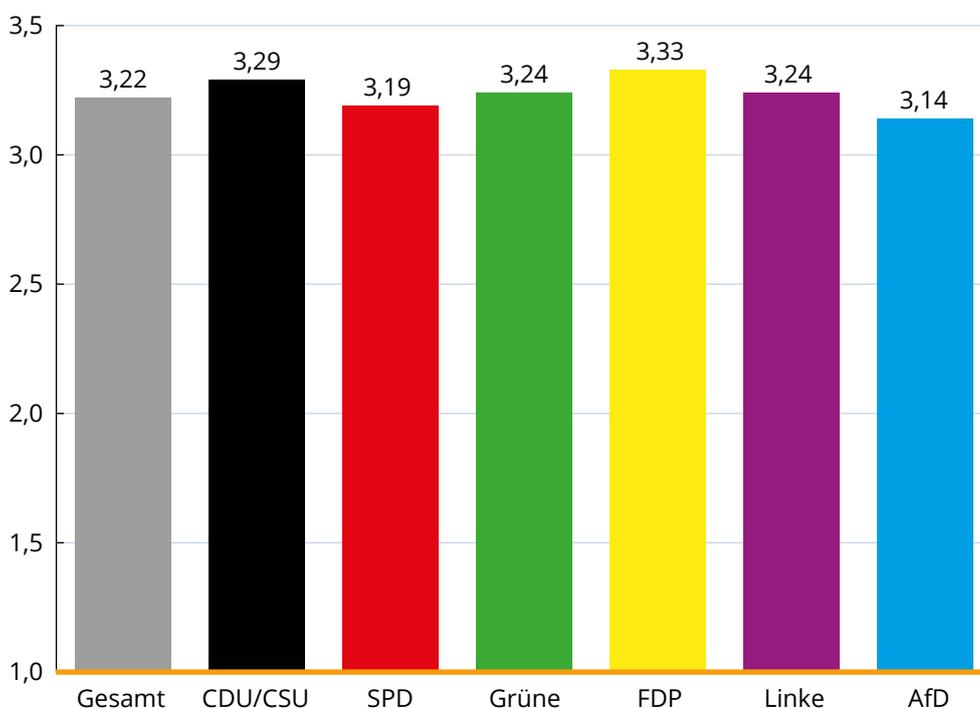
Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 bis 4

Für die weiteren Analysen werden die einzelnen emotionalen Zustände zu einem Mittelwertindex zusammengefasst. Dazu werden die Einzelaussagen so kodiert, dass hohe Werte für häufige positive Emotionen und seltene negative Emotionen stehen (Skalenbereich von 1 bis 4). Je höher also der Indexwert ist, desto häufiger hat sich eine Person „gut“ gefühlt und desto seltener hat sie sich „schlecht“ gefühlt.¹

Der Gesamtmittelwert für den Index emotionaler Zustände liegt bei 3,22 und damit zwischen den Antwortkategorien „oft“ und „sehr oft“ für die positiven und zwischen „manchmal“ und „nie“ für die negativen Gefühle. Im Durchschnitt haben die Deutschen also mindestens oft positive und nur manchmal negative Emotionen empfunden. In Ostdeutschland liegt der Durchschnittswert mit 3,18 knapp unter dem westdeutschen Wert von 3,22. Obwohl der Unterschied sehr gering ist, ist er statistisch auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant. Die Ostdeutschen sind also emotional etwas negativer gestimmt als die Westdeutschen.



Abbildung 27: Durchschnittliche positive emotionale Gestimmtheit nach Parteianhängern in Westdeutschland (Mittelwerte)

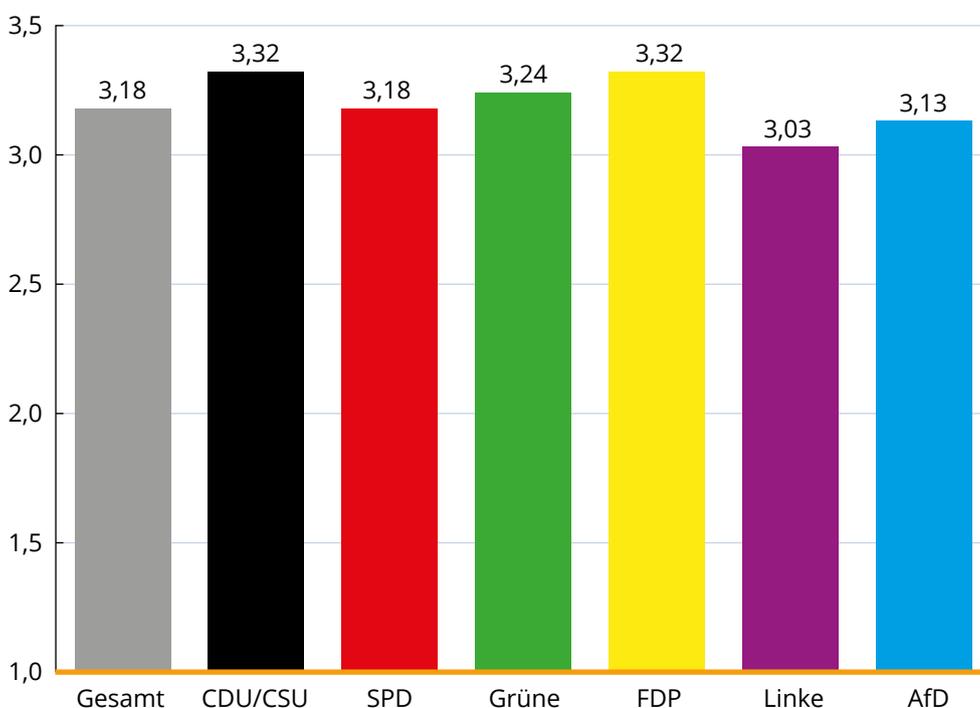


Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018
Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 bis 4

Die Parteiunterschiede fallen – vor allem in Westdeutschland – eher gering aus. Alle Parteianhängerschaften liegen im Mittel bei einem Skalenwert über 3 und sind damit mehrheitlich positiv gestimmt. Am häufigsten empfinden die westdeutschen FDP-Anhänger positive Gefühle, gefolgt von den Anhängern der Union. Danach folgen im Westen gleichauf die Anhänger der Grünen und der Linken. Knapp dahinter befinden sich die SPD-Anhänger, Schlusslicht bilden die Anhänger der AfD. Auch wenn die Unterschiede gering sind, empfinden die westdeutschen AfD-Anhänger etwas seltener positive Gefühle als die Anhänger anderer Parteien.

In Ostdeutschland weicht die Reihenfolge der Parteianhänger leicht vom Westen ab. Die ostdeutschen Anhänger von FDP und Union sind gemeinsam am positivsten gestimmt. Ihnen folgen im Osten die Anhänger der Grünen, denen wiederum die SPD-Anhänger folgen. Die ostdeutschen AfD-Anhänger empfinden noch etwas seltener positive Gefühle. Schlusslicht bilden im Osten allerdings die Anhänger der Linken. Sie sind im Osten etwas schlechter gestimmt als im Westen.

Abbildung 28: Durchschnittliche positive emotionale Gestimmtheit nach Parteianhängern in Ostdeutschland (Mittelwerte)



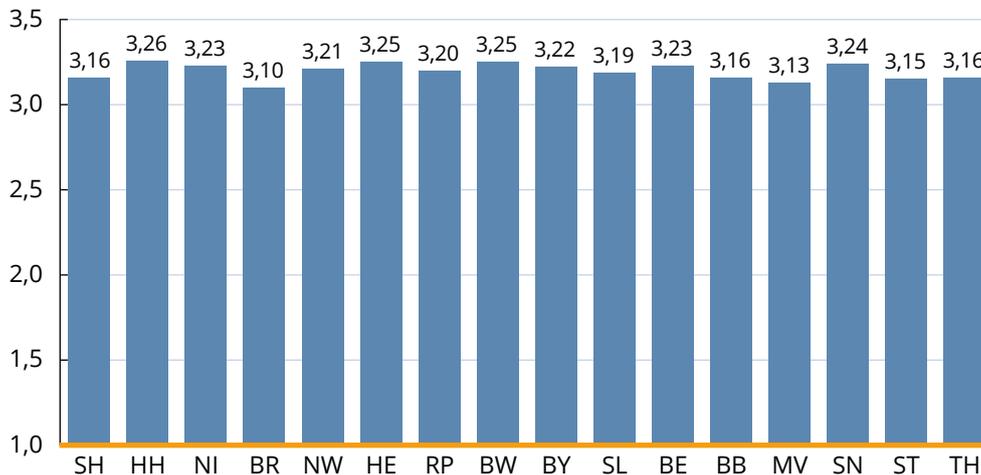
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018
Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 bis 4

Unterschiede zwischen den Altersgruppen gibt es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland und sie sind in beiden Landesteilen sehr ähnlich (tabellarisch nicht ausgewiesen). Am positivsten gestimmt ist im Osten wie im Westen die Altersgruppe zwischen 30 und 39 Jahren. Am wenigsten positiv gestimmt sind dagegen die 50- bis 59-Jährigen. Aber auch hier sind die Unterschiede insgesamt eher gering.

Auch zwischen den Bundesländern fallen die Unterschiede gering aus. Am positivsten ist die Stimmung in Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg. In Hessen ist auch die Zufriedenheit mit der Demokratie, der Wirtschaft und dem eigenen Leben mit am höchsten. Insofern erstaunt es nicht, dass die Hessen auch besonders gut gelaunt sind. Hamburg gehört zumindest zu den Ländern mit der höchsten Wirtschaftszufriedenheit. Umgekehrt ist Bremen in Bezug auf die wirtschaftliche Zufriedenheit westdeutsches Schlusslicht und die Bremer sind am wenigsten positiv gestimmt.²



Abbildung 29: Durchschnittliche positive emotionale Gestimmtheit nach Bundesländern (Mittelwerte)



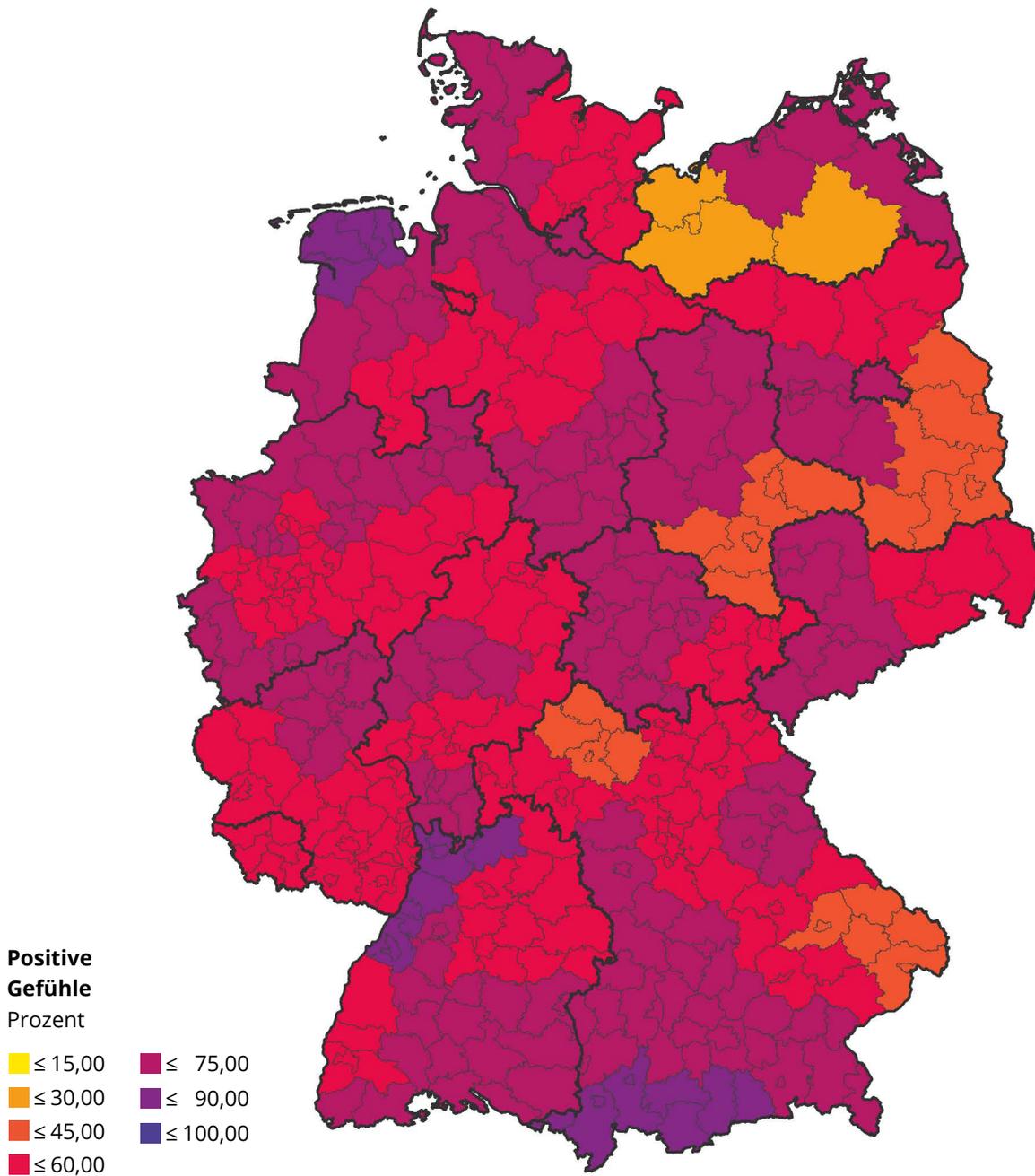
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 bis 4

Für die detaillierte regionale Verteilung wurde der Mittelwert der Skala als Grenzwert festgesetzt. Abgetragen ist der Anteil an Befragten in den jeweiligen Regionen, die einen überdurchschnittlichen Wert auf der Emotionen-Skala aufweisen. Die Grafik zeigt also den Anteil an überdurchschnittlich gut gelaunten Bürgern. Dabei wird deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern erneut zweigeteilt ist. Im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns leben am wenigsten überdurchschnittlich gut gelaunte Menschen. Im Nordosten liegt dieser Anteil deutlich höher. Ähnlich ausgeprägt war diese Zweiteilung schon bei der Lebenszufriedenheit und in geringerem Maße bei der Demokratiezufriedenheit. Einzig bei der wirtschaftlichen Zufriedenheit war die Zweiteilung umgekehrt.

Weitere Regionen mit geringerem Anteil an positiv gestimmten Bürgern sind der Südosten Brandenburgs, der Südosten Sachsen-Anhalts sowie kleinere Regionen im Norden und Osten Bayerns. Besonders viele positiv gestimmte Bürger leben dagegen im Süden Bayerns, im Nordwesten Baden-Württembergs und im Nordosten Niedersachsens. Letztere Region ist schon durch eine hohe Lebens-, aber geringe Wirtschaftszufriedenheit aufgefallen.

Abbildung 30: Anteil an Menschen mit überdurchschnittlich häufigen positiven Gefühlen in Prozent



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 bis 4; abgetragen ist der Anteil an Personen, die einen überdurchschnittlichen Indexwert aufweisen, also im Mittel einen Indexwert über 3,2156.

- 1 Cronbachs Alpha liegt bei 0,76 und damit zumindest sehr nah am theoretisch wünschenswerten Grenzwert von 0,8, ab dem eine Skala als reliabel gilt (vgl. Schnell et al. 2005: 153).
- 2 Der Mittelwertunterschied zwischen Hamburg und Bremen ist auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant. Dennoch sollte der Unterschied aufgrund der geringen Fallzahl in Bremen nicht zu stark interpretiert werden.



Gesellschaftlicher Pessimismus

Für andere europäische Länder können Untersuchungen zeigen, dass gesellschaftlicher Pessimismus für das Wahlverhalten relevant ist, vor allem für die Wahl rechtspopulistischer Parteien (vgl. Steenvoorden/Hartefeld 2018). Gesellschaftlicher Pessimismus ist dabei zu unterscheiden von individuellem Pessimismus. Bei Letzterem werden die eigenen Zukunftsaussichten negativ eingeschätzt, während bei Ersterem die Zukunft der Gesellschaft negativ beurteilt wird. Gesellschaftlicher Pessimismus kann also vorliegen, ohne dass man individuell um seine persönliche Zukunft fürchtet. Gesellschaftlich pessimistische Personen nehmen überwiegend wachsende Unsicherheiten wahr, die durch Globalisierung hervorgerufen werden (vgl. Steenvoorden/Hartefeld 2018: 31 f.).

Für Deutschland hat die Konrad-Adenauer-Stiftung das Konzept des gesellschaftlichen Pessimismus/Optimismus mit folgenden Aussagenpaaren erhoben:

1. „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich habe häufig Angst vor dem, was kommen wird“ versus „Man weiß ja nicht, was die Zukunft bringt, aber ich glaube, dass alles gut wird“.
2. „Wenn das so weitergeht, sehe ich schwarz für Deutschland“ versus „Ich vertraue darauf, dass Deutschland künftige Herausforderungen bewältigt“.

Für beide Aussagenpaare wurden die Befragten gebeten, sich für diejenige der beiden Aussagen zu entscheiden, der sie eher zustimmen. Die beiden Aussagenpaare wurden dann zu einem additiven Index zusammengefasst mit einem Wertebereich von 0 (keine pessimistische Aussage genannt) bis 2 (2 pessimistische Aussagen genannt).¹

Insgesamt überwiegt knapp eine optimistische Grundhaltung. 50 Prozent der Deutschen entscheiden sich bei beiden Paaren gegen die pessimistische und damit für die optimistische Aussage. Gut ein weiteres Viertel wählt bei einem der beiden Paare die sorgenvolle Variante, bei dem anderen Paar aber die optimistische und ist damit ein Mischtyp. Lediglich gut jeder Fünfte nennt beide Male die pessimistische Aussage. In Ostdeutschland ist der gesellschaftliche Pessimismus höher und der Optimismus geringer als in Westdeutschland. Im Westen nennt gut jeder Zweite keine pessimistische Aussage, während das im Osten nur für 41 Prozent gilt. Der Anteil an Personen mit einer pessimistischen Aussage unterscheidet sich nur geringfügig, während die Ostdeutschen mit 28 Prozent häufiger zwei pessimistische Aussagen wählen als die Westdeutschen, von denen 20 Prozent bei beiden Paaren die pessimistische Variante wählen.

Tabelle 7: Anzahl pessimistischer Aussagen nach Gebiet (4. Quartal 2018)

Anzahl pessimistischer Aussagen	Gesamt-Deutschland	West-Deutschland*	Ost-Deutschland**
- NULL -	50	52	41
- EINE -	28	28	31
- ZWEI -	22	20	28

Angaben in Prozent

Quelle: Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

* Inklusive West-Berlin

** Inklusive Ost-Berlin

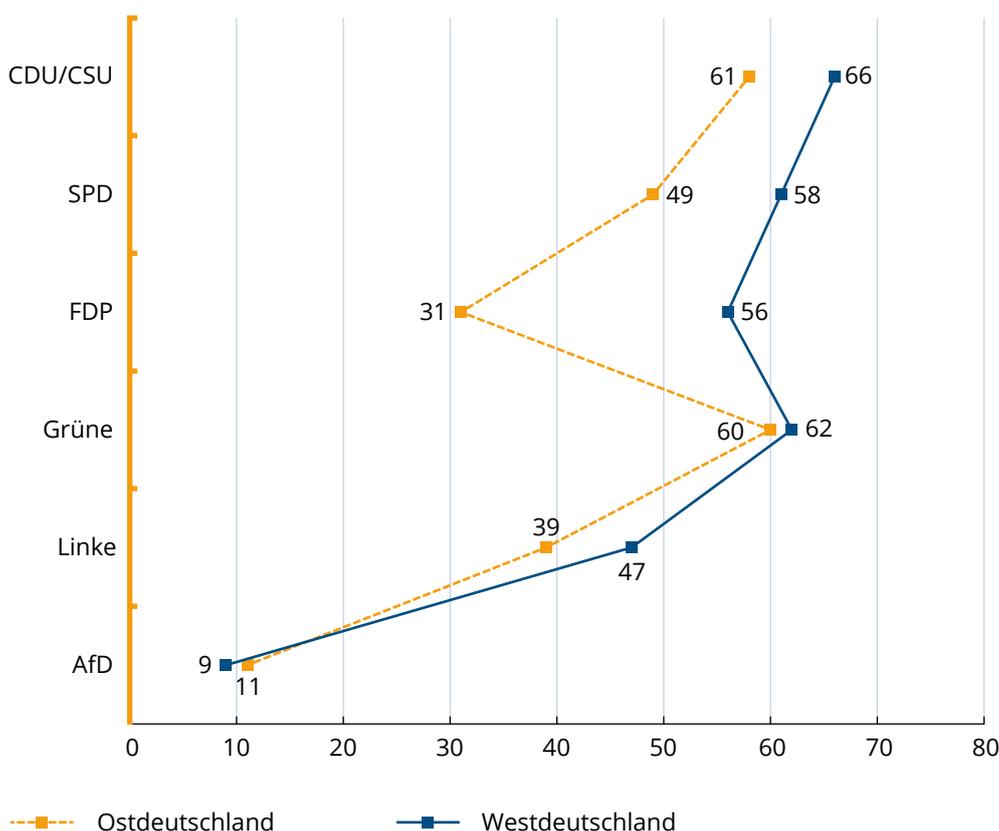
Zunächst werden die Optimisten, also diejenigen mit keiner pessimistischen Aussage betrachtet, und anschließend die Pessimisten mit zwei negativen Aussagen. Bei den Optimisten gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängern sowohl im Westen als auch im Osten. In beiden Landesteilen finden sich die meisten Optimisten unter den Anhängern der Union mit über 60 Prozent. Dicht dahinter folgen die Anhänger der Grünen mit ebenfalls gut 60 Prozent Optimisten. Ihnen folgen im Westen wie im Osten die Anhänger der SPD. Bei ihnen zeigt sich allerdings ein deutlicherer Ost-West-Unterschied, als es bei den Anhängern von Union und Grünen der Fall war. Im Osten können 49 und im Westen 58 Prozent der SPD-Anhänger als Optimisten eingestuft werden. In Westdeutschland folgen darauf die Anhänger der FDP mit 56 Prozent Optimisten. Bei ihnen gibt es den größten Unterschied zwischen den alten und den neuen Ländern, in denen nur 31 Prozent der FDP-Anhänger optimistisch sind. Damit liegen sie hier noch hinter den Anhängern der Linken. In Westdeutschland dagegen finden sich unter den Wählern der Linken weniger Optimisten als unter denen der FDP. 39 (Ost) bzw. 47 (West) Prozent der Linken-Anhänger können zu den Optimisten gezählt werden. Am geringsten fällt der Anteil an Optimisten unter den AfD-Wählern aus. Gleichzeitig unterscheiden sich diese nur minimal zwischen Ost und West: Lediglich 9 (West) bzw. 11 (Ost) Prozent der AfD-Anhänger sind Optimisten und haben sich bei beiden Aussagenpaaren für die optimistische Variante entschieden.

In West- wie Ostdeutschland ist gesellschaftlicher Optimismus damit unter den Wählern der Union und der Grünen am weitesten und unter den Wählern der AfD mit Abstand am geringsten verbreitet. In Ostdeutschland finden sich aber auch unter den Anhängern der FDP und der Linken etwas weniger Optimisten.



Abbildung 31: Anzahl pessimistischer Aussagen (4. Quartal 2018)

- NULL -

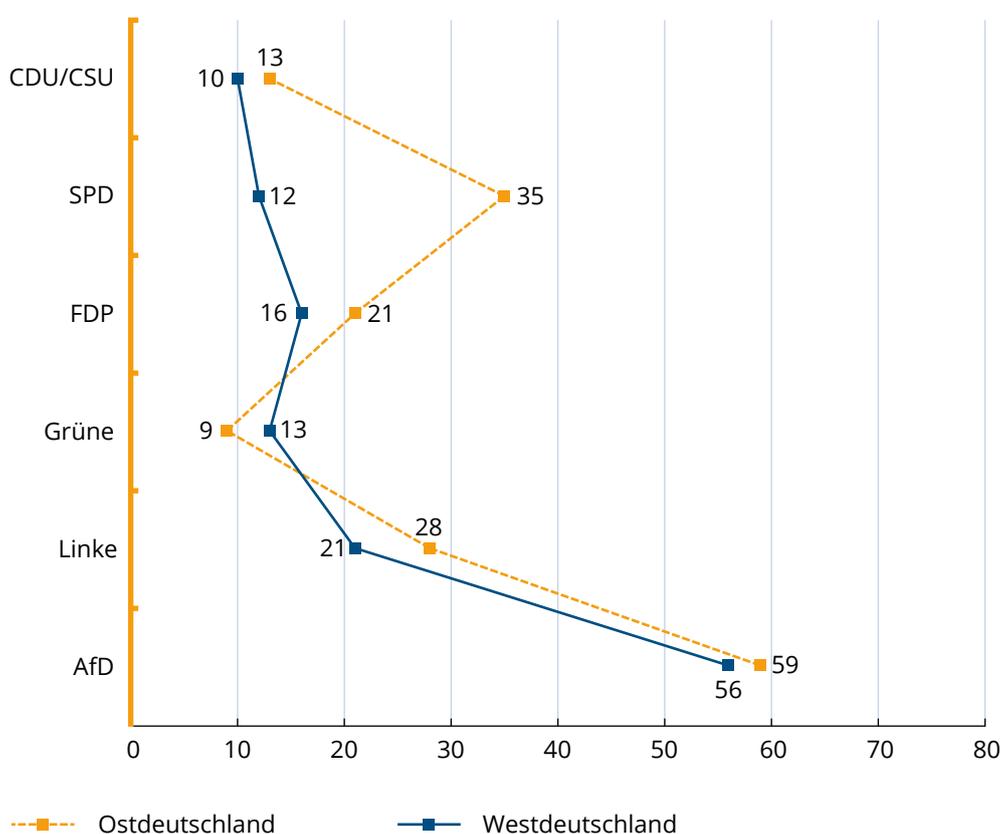


Angaben in Prozent, Westdeutschland inkl. West-Berlin, Ostdeutschland inkl. Ost-Berlin
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Bei den Pessimisten, die bei beiden Aussagenpaaren die sorgenvolle Variante gewählt haben, verhält es sich nahezu spiegelbildlich. Am geringsten ist der Anteil an Pessimisten mit rund 10 Prozent unter den Wählern der Union und der Grünen, im Westen auch unter den SPD-Wählern. Im Osten sind die Anhänger der SPD dagegen deutlich pessimistischer: Ein gutes Drittel hat beide sorgenvollen Aussagen genannt. Damit sind die ostdeutschen SPD-Anhänger pessimistischer als die Anhänger von Union, Grünen, FDP und Die Linke und bei den SPD-Anhängern findet sich der größte Ost-West-Unterschied unter den Pessimisten.² Im Westen folgen die FDP-Anhänger auf Union, SPD und Grüne, im Osten liegen sie noch vor den SPD-Anhängern. 16 (West) bzw. 21 (Ost) Prozent der FDP-Wähler können zu den Pessimisten gezählt werden. Noch etwas höher ist der Anteil an Pessimisten unter den Anhängern der Linken. Ein gutes Fünftel (West) bis ein gutes Viertel (Ost) wählt von beiden Paaren die pessimistische Aussage. Unter den AfD-Wählern gibt es mit großem Abstand die meisten gesellschaftlichen Pessimisten. 56 (West) bzw. 59 (Ost) Prozent der AfD-Wähler haben zwei pessimistische Aussagen genannt.

In Ost- wie in Westdeutschland ist damit der gesellschaftliche Pessimismus unter AfD-Anhängern am weitesten und unter Anhängern von CDU/CSU und Grünen am wenigsten verbreitet. Im Westen gibt es auch unter den SPD-Anhängern sehr wenige Pessimisten. Trotz des deutlich höheren Pessimisten-Anteils unter ostdeutschen SPD-Wählern kann man eine Zweiteilung konstatieren: auf der einen Seite die Anhänger von Union, SPD, Grüne, Linke und FDP, von denen nur eine (unterschiedlich große) Minderheit zwei sorgenvolle Aussagen nennt, und auf der anderen Seite die Anhänger der AfD, die mehrheitlich sorgenvoll in die Zukunft blicken.

Abbildung 32: Anzahl pessimistischer Aussagen (4. Quartal 2018)
 – ZWEI –



*Angaben in Prozent, Westdeutschland inkl. West-Berlin, Ostdeutschland inkl. Ost-Berlin
 Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018*

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland gibt es Unterschiede zwischen den Altersgruppen (tabellarisch nicht ausgewiesen). In beiden Landesteilen gibt es unter den jüngeren Altersgruppen (18 bis 29 Jahre und 30 bis 39 Jahre) am wenigsten Pessimisten. Zugleich ist hier der Unterschied zwischen Ost und West sehr gering. In Westdeutschland ist der gesellschaftliche Pessimismus unter den 50- bis 59-jährigen am stärksten ausgeprägt mit 28 Prozent. In Ostdeutschland ist er in allen Altersgruppen ab 40 Jahren weit verbreitet. 28 Prozent der 40- bis 49-jährigen Ostdeutschen und 39 Prozent der



50- bis 59-Jährigen Ostdeutschen zählen zu den Pessimisten. Bei den über 60-Jährigen sind es im Osten zwar weniger als in der vorigen Altersgruppe, aber mit 30 Prozent mehr als in allen übrigen Gruppen. In den beiden höchsten Altersgruppen von 50 bis 59 und über 60 Jahren ist auch der Unterschied zum Westen mit 11 und 10 Prozentpunkten besonders stark ausgeprägt.

Über die Bundesländer verteilt leben in Hamburg und Hessen die meisten Optimisten, in Schleswig-Holstein, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die wenigsten. Hessen fiel schon durch hohe Zufriedenheiten und eine gute Gefühlslage der Bürger auf und auch Hamburg war schon mehrfach unter den Bundesländern mit den höchsten Anteilen zufriedener und positiv gestimmter Bürger. Zugleich finden sich die wenigsten Pessimisten im Saarland und in Hamburg, am weitesten verbreitet ist gesellschaftlicher Pessimismus dagegen in Brandenburg und Sachsen. Hamburg und Sachsen sind damit die Bundesländer, die sich insgesamt am stärksten voneinander unterscheiden. In Hamburg leben die meisten Optimisten bei geringem Pessimisten-Anteil, während in Sachsen die wenigsten Optimisten leben bei hohem Pessimisten-Anteil. Allerdings gilt auch für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, dass die Zahl der Pessimisten recht hoch, die Zahl der Optimisten eher niedrig ist.

Tabelle 8: Anzahl pessimistischer Aussagen nach Bundesland I

	Gesamt	SH	HH	NI	BR	NW	HE	RP	BW
- NULL -	50	38	62	50	48	52	59	53	53
- EINE -	28	42	24	25	28	29	22	30	27
- ZWEI -	22	20	14	25	24	20	19	17	20

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Tabelle 9: Anzahl pessimistischer Aussagen nach Bundesland II

	Gesamt	BY	SL	BE	BB	MV	SN	ST	TH
- NULL -	50	53	47	47	42	39	38	40	42
- EINE -	28	25	45	32	27	33	32	32	35
- ZWEI -	22	22	9	21	32	28	31	28	24

Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Bei der regionalen Verteilung wird erneut erst auf die Optimisten und anschließend auf die Pessimisten eingegangen. Besonders wenige Optimisten gibt es im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns, im Nordwesten Niedersachsens und im Grenzgebiet Sachsen-Anhalt/Sachsen. Besonders viele Optimisten leben in Hamburg, im Westen Niedersachsens, in Teilen Bayerns, in kleinen Teilen Nordrhein-Westfalens und Baden-Württembergs sowie in Südhessen. Eine starke Ost-West-Teilung lässt sich nicht direkt erkennen. Dennoch liegen alle Regionen mit vielen Optimisten in

Westdeutschland und der Großteil der Regionen mit wenigen Optimisten liegt in Ostdeutschland (abgesehen vom Nordwesten Niedersachsens), so dass der etwas geringere Optimisten-Anteil im Osten durchaus sichtbar ist.

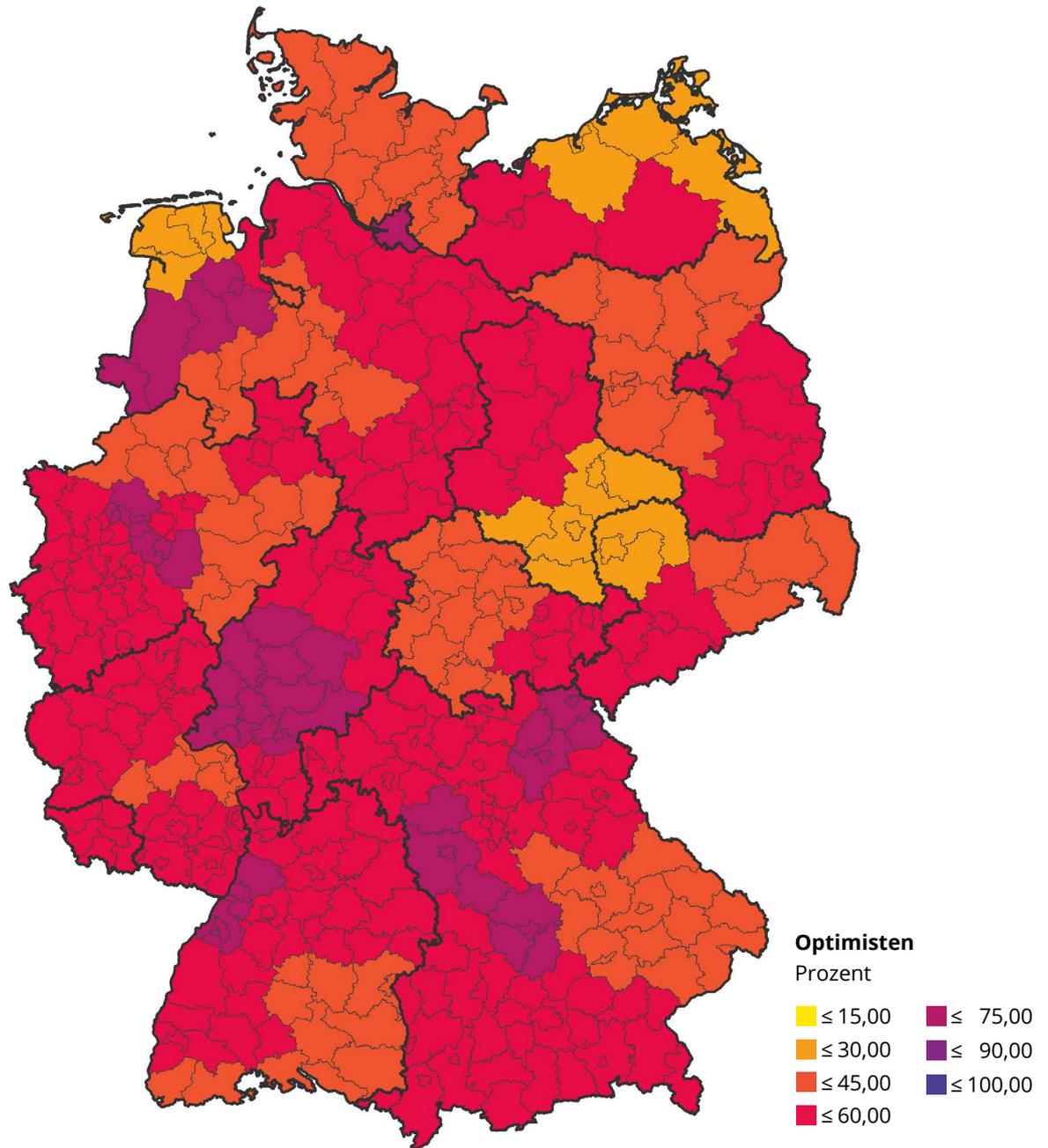
Ähnlich verhält es sich bei der regionalen Verteilung der Pessimisten. Es gibt kein so klares Ost-West-Gefälle wie beispielsweise bei der Wirtschaftszufriedenheit. Gleichzeitig liegen aber alle Regionen mit einem sehr niedrigen Anteil an Pessimisten in den alten Bundesländern, so dass sich insgesamt doch eine größere Zahl an Pessimisten in den ostdeutschen Bundesländern findet. Allerdings liegt die Region mit den meisten Pessimisten im Westen, genauer im Nordwesten Niedersachsens. Es handelt sich dabei um die Region in Niedersachsen, die auch durch einen niedrigen Anteil an Optimisten, eine eher geringe Demokratiezufriedenheit und eine niedrige Wirtschaftszufriedenheit bei gleichzeitig hoher Lebenszufriedenheit und hohem politischen Interesse aufgefallen war. Zugleich schätzen sich die Bewohner dieser Region im Mittel eher rechts ein, wählen aber überdurchschnittlich häufig die SPD. Im nächsten Kapitel wird sich zeigen, dass diese Region zusätzlich einen höheren Anteil an populistisch eingestellten Bürgern aufweist. Insgesamt also eine interessante Region, die in vielfältiger Weise auffällt und sich von den anderen Regionen unterscheidet. Gleichzeitig wird hieran deutlich, dass es keine einfachen Erklärungsmuster gibt.

Zusätzlich leben auch in anderen Teilen Niedersachsens, im Osten Nordrhein-Westfalens, in Teilen Baden-Württembergs, Bayerns, Brandenburgs, Sachsens und Sachsen-Anhalts höhere Anteile an Pessimisten.

Multivariate Analysen³ zeigen, dass Personen umso pessimistischer eingestellt sind, je unzufriedener sie mit der Demokratie sind, je unzufriedener sie mit der Wirtschaft sind, je unsicherer sie sich in ihrer Wohngegend fühlen, je negativer sie emotional gestimmt sind und je populistischer sie eingestellt sind. Das gilt für West- wie für Ostdeutschland. Bei der Lebenszufriedenheit zeigen sich unterschiedliche Einflüsse in Ost und West. In Westdeutschland spielt die Lebenszufriedenheit keine Rolle für gesellschaftlichen Pessimismus, während Ostdeutsche umso pessimistischer sind, je unzufriedener sie mit ihrem Leben sind.

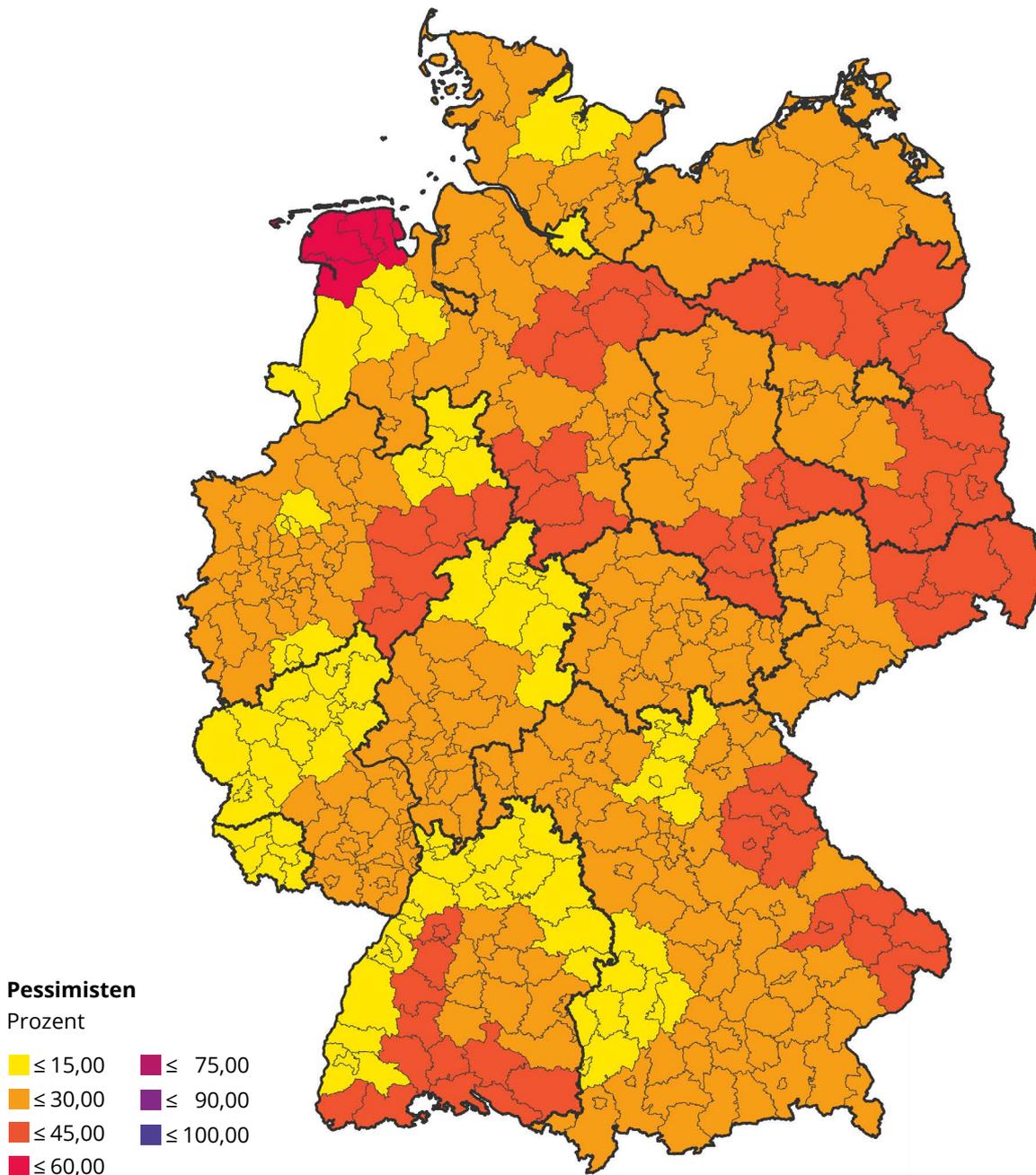


Abbildung 33: Anteil an Optimisten (Personen, die keine pessimistische Aussage gewählt haben) in Prozent



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 34: Anteil an Personen, die zwei von zwei sorgenvollen Aussagen gewählt haben, in Prozent



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

- 1 Die Korrelation zwischen den beiden (0/1-kodierten) Aussagenpaaren liegt bei $r=0,386$ und ist auf dem Ein-Prozent-Niveau signifikant.
- 2 Bei den Optimisten war der Unterschied zwischen Ost und West unter den Anhängern der FDP am größten. Da sich die FDP-Wähler bei den Pessimisten kaum unterscheiden, findet sich der spiegelbildliche Unterschied der FDP-Wähler bei den Mischtypen, also jenen, die eine pessimistische und eine optimistische Aussage gewählt haben. Gleiches gilt für die SPD-Wähler, bei denen sich der große Unterschied nur bei den Pessimisten, aber nicht bei den Optimisten findet. Sie unterscheiden sich ebenfalls bei den Mischtypen.
- 3 Hierzu wurden jeweils für Ost- und Westdeutschland lineare Regressionen mit der Häufigkeit pessimistischer Aussagen als abhängiger Variable berechnet. Die detaillierten Ergebnisse können bei Interesse bei der Autorin angefragt werden.



(Rechts-)Populismus

10.1 (Rechts-)populistische Einzeleinstellungen

Populistische Parteien konnten schon in vielen europäischen Ländern Wahlerfolge erzielen. Populismus bezieht sich aber nicht nur auf Parteien, sondern wird von Parteien aufgegriffen und spiegelt sich dadurch im Verhalten der Parteien wider. Diese Studie folgt der Definition von Cas Mudde und versteht Populismus „als eine Ideologie, die die Gesellschaft in zwei homogene und sich gegenüberstehende Gruppen teilt, ‚das reine Volk‘ und ‚die korrupte Elite‘, und [als eine Ideologie,] die betont, dass Politik Ausdruck des Volkswillens sein soll“ (Mudde 2004: 543; Übersetzung S. P.). Auf Basis dieser Definition wurde eine Skala entwickelt, mit der populistische Einstellungen in der Bevölkerung gemessen wurden. In Anlehnung an Bornschieer (2010), der zeigen kann, dass sich vor allem rechtspopulistische Parteien auf einer kulturellen Konfliktdimension positionieren und eine Anti-Zuwanderungspolitik postulieren, wurden zusätzlich Aussagen in die Skala aufgenommen, die diesen Aspekt thematisieren.

Folgende Aussagen werden einzeln untersucht und später zu einem (Rechts-)Populismus-Index zusammengefasst (Antwortskala von 5 bis 1: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu):

1. Den meisten Menschen kann man vertrauen.
2. „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.
3. Man sollte den Parteien bei Wahlen einen Denkartzettel verpassen.
4. Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.
5. Die Zuwanderung führt zu einer gefährlichen Völkervermischung.
6. Die eigentliche Meinung des Volkes wird unterdrückt.
7. Zuwanderer können nie echte Deutsche werden.
8. Als Deutscher hat man in Deutschland nichts mehr zu sagen.
9. Ich fühle mich wie ein Fremder im eigenen Land.
10. Wahlergebnisse in Deutschland werden gefälscht.
11. Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.

Die Einzelaussagen ergeben sehr unterschiedliche Zustimmungsraten und unterschiedlich stark ausgeprägte Ost-West-Differenzen.

Die Aussage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ steht als einzige Aussage bei Zustimmung für niedrigen Populismus. Fast jeder zweite Ost- wie Westdeutsche stimmt dieser Aussage zu und hält die Mehrheit der Mitbürger für vertrauenswürdig.

Alle weiteren Aussagen führen bei stärkerer Zustimmung zu höheren Populismuswerten. Der Aussage „Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen“ stimmen insgesamt 38 Prozent der Wahlberechtigten zu. In Westdeutschland liegt die Zustimmung mit 36 Prozent nur geringfügig darunter, im Osten jedoch deutlich

höher. Nahezu jeder zweite Ostdeutsche meint, die politische Elite mache, was sie wolle. Geringer fällt der Ost-West-Unterschied bei der Aussage, bei Wahlen sollte man den Parteien einen Denkmittel verpassen, aus. Insgesamt meinen dies 32 Prozent und in den neuen Bundesländern liegt die Zustimmung nur geringfügig über dem westdeutschen Niveau. Auch der Aussage „Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben“ stimmt insgesamt ein knappes Drittel zu. In Westdeutschland sind es etwas weniger (28 Prozent), im Osten deutlich mehr (39 Prozent). In den neuen Bundesländern nehmen mehr Bürger an, die Presse würde von einer herrschenden Gruppe bestimmt. Dazu passt, dass in den ostdeutschen Ländern auch weniger Bürger als in den westdeutschen Ländern glauben, Presse und Forschung seien in Deutschland frei (vgl. Neu 2019: 8). Gleichzeitig wird aber in beiden Landesteilen Presse- und Forschungsfreiheit als gleich wichtig erachtet (vgl. Neu 2019: 5).

Ein knappes Viertel der Wahlberechtigten vertritt die Auffassung, Zuwanderung führe zu einer gefährlichen Völkervermischung. In den alten Bundesländern meint das ein gutes Fünftel, in den neuen Ländern fast jeder Dritte. Damit ist die Skepsis gegenüber Zuwanderung im Osten noch höher als im Westen, wo sie aber auch deutlich ausgeprägt ist.

Meinungsfreiheit wird von über 80 Prozent der Deutschen (West wie Ost) als wichtig angesehen (vgl. Neu 2019: 5). Gleichzeitig meint aber ein gutes Fünftel der Westdeutschen und 30 Prozent der Ostdeutschen, die eigentliche Meinung des Volkes würde unterdrückt und unterstellen damit gleichzeitig, dass es „die eine“ Meinung „des einen“ Volkes gebe. Sie nehmen die Meinungsfreiheit also nicht als realisiert wahr.

Geringfügig weniger Zustimmung bekommt die Aussage „Zuwanderer können nie echte Deutsche sein“. Fast jeder fünfte wahlberechtigte Deutsche stimmt hier zu. In Westdeutschland ist die Zustimmung mit 17 Prozent kaum niedriger als im Durchschnitt, in Ostdeutschland fällt sie jedoch mit 28 Prozent noch einmal deutlich höher aus. Über ein Viertel der Ostdeutschen meint, Zuwanderer könnten nie „echte“ Deutsche werden.

Auch bei der Aussage „Als Deutscher hat man in Deutschland nichts mehr zu sagen“ zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. Insgesamt stimmen der Aussage 15 Prozent der Befragten zu, in den alten Ländern gilt das für 13 Prozent. In den neuen Ländern meint dagegen fast ein Viertel der Wahlberechtigten, als Deutscher habe man nichts mehr zu sagen.

Darüber hinaus fühlen sich 14 Prozent der Deutschen nach eigener Aussage als Fremder im eigenen Land. Hier fällt der Unterschied zwischen Ost (17 Prozent) und West (13 Prozent) mit 4 Prozentpunkten recht gering aus.

Am seltensten werden die Einstellungen vertreten, in Deutschland würden Wahlergebnisse gefälscht und die Demokratie gehöre eigentlich abgeschafft. Lediglich 7 und 4 Prozent stimmen diesen Aussagen zu. Der Glaube an gefälschte Wahlergebnisse ist in Ostdeutschland mit 11 Prozent etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (6 Prozent), der Unterschied ist aber eher gering. Auch die Abschaffung der Demokratie wird

im Osten leicht häufiger gefordert als im Westen, aber auch hier ist der Unterschied sehr gering. Insgesamt sind sowohl das Vertrauen in die deutschen Wahlergebnisse als auch die Befürwortung der Demokratie in Deutschland sehr stark ausgeprägt. Deutlich weiter verbreitet sind dagegen Kritik an Eliten, Medien und Parteien sowie eine negative Sicht auf Zuwanderung gepaart mit der Angst vor Überfremdung.

Tabelle 10: Aussagen zu verschiedenen politischen Themen

Ich lese Ihnen noch einmal verschiedene Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Anteile „stimme voll und ganz zu“ + „stimme eher zu“	Gesamt	West	Ost
Den meisten Menschen kann man vertrauen.	45	46	44
„Die da oben“ machen doch nur, was sie wollen.	38	36	47
Man sollte den Parteien bei Wahlen einen Denkkzettel verpassen.	32	31	35
Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.	30	28	39
Die Zuwanderung führt zu einer gefährlichen Völkervermischung.	24	22	32
Die eigentliche Meinung des Volkes wird unterdrückt.	22	21	30
Zuwanderer können nie echte Deutsche werden.	19	17	28
Als Deutscher hat man in Deutschland nichts mehr zu sagen.	15	13	23
Ich fühle mich wie ein Fremder im eigenen Land.	14	13	17
Wahlergebnisse in Deutschland werden gefälscht.	7	6	11
Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.	4	3	7

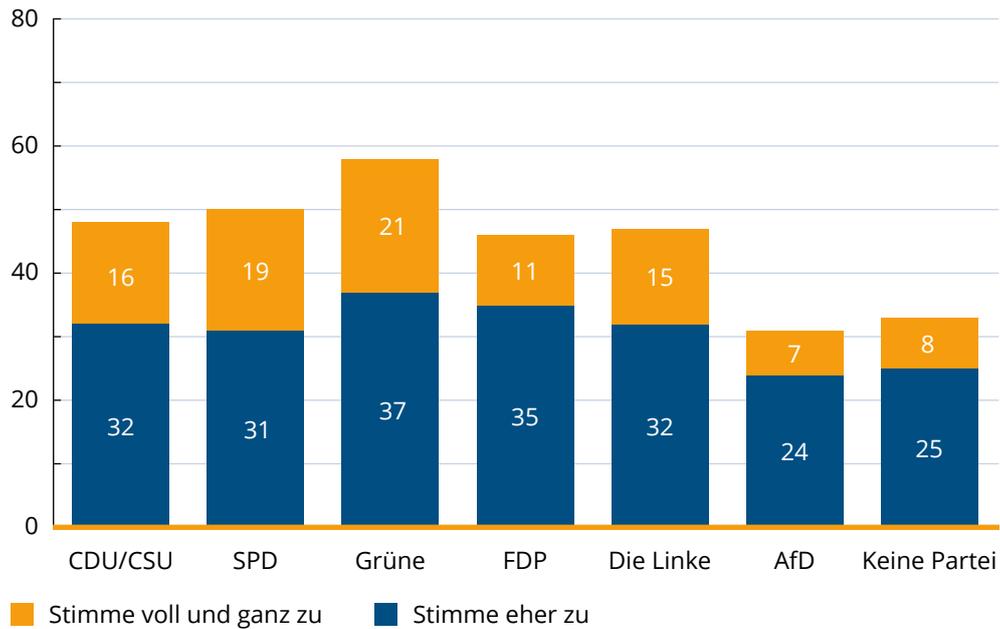
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Wenn man die Einzelaussagen zum (Rechts-)Populismus nach Parteianhängern aufschlüsselt, fällt bei nahezu jeder Einstellung ein und dieselbe Gruppe auf: die AfD-Wähler. Sie stimmen fast jeder Aussage häufiger zu als die anderen Wählergruppen. Bei fast jeder Aussage zeigt sich also eine höhere (Rechts-)Populismustendenz der AfD-Wähler im Vergleich zu allen anderen Wählerschaften. Dabei gibt es zwei Ausnahmen. Erstens stimmen AfD-Wähler der Aussage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ seltener zu. Da diese Aussage aber als einzige nicht (rechts-)populistisch formuliert ist, zeigt sich also auch hier eine höhere Tendenz zu (rechts-)populistischen Einstellungen. Zweitens möchte keine Wählergruppe die Demokratie abschaffen. Hier fällt die Zustimmung in allen Gruppen gleich niedrig aus.

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

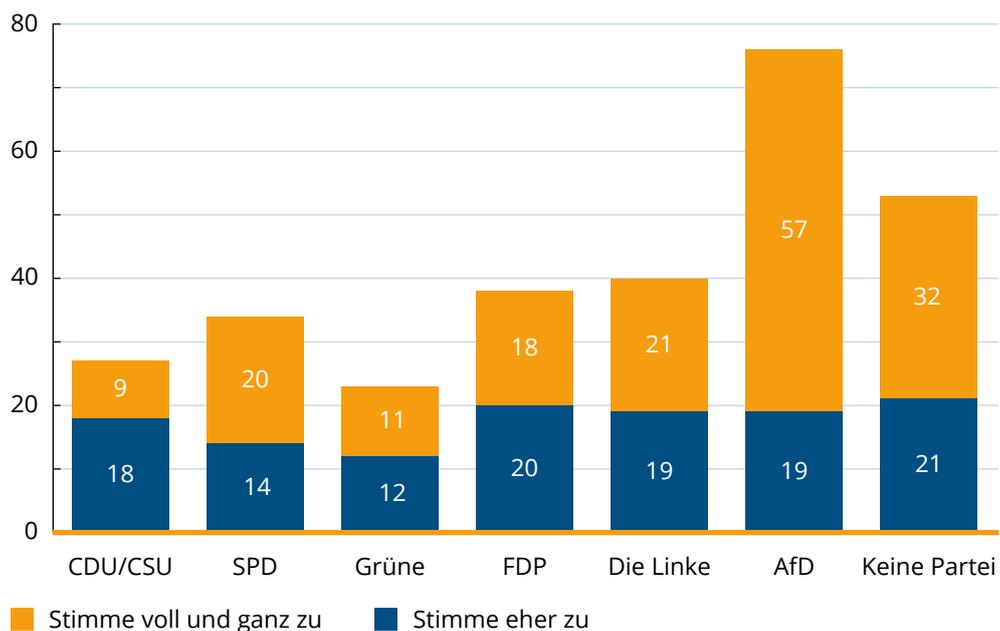
Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 35: „Den meisten Menschen kann man vertrauen.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 36: „Die da oben machen doch nur, was sie wollen.“

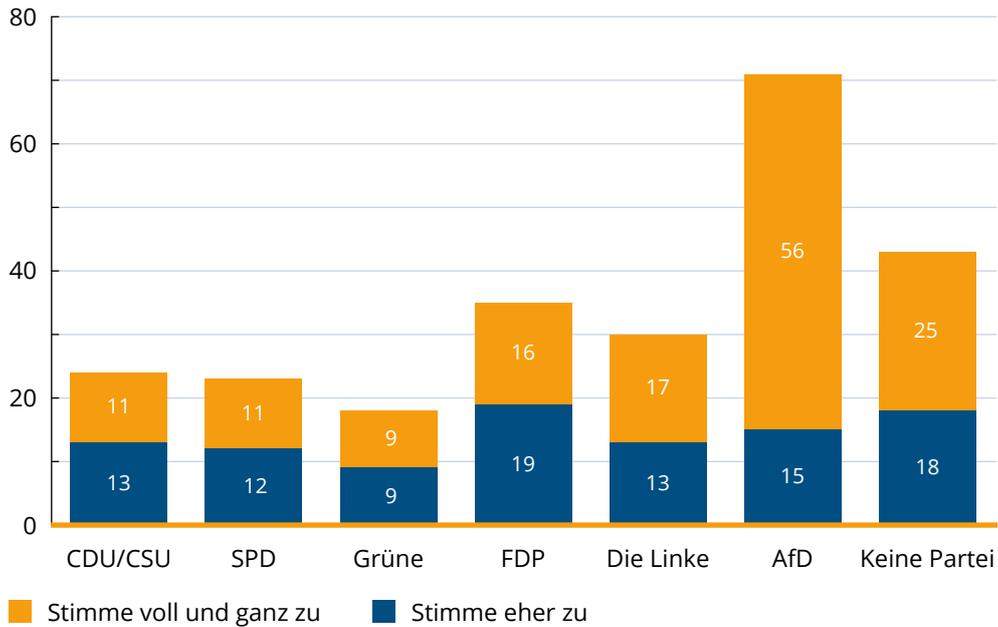


Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

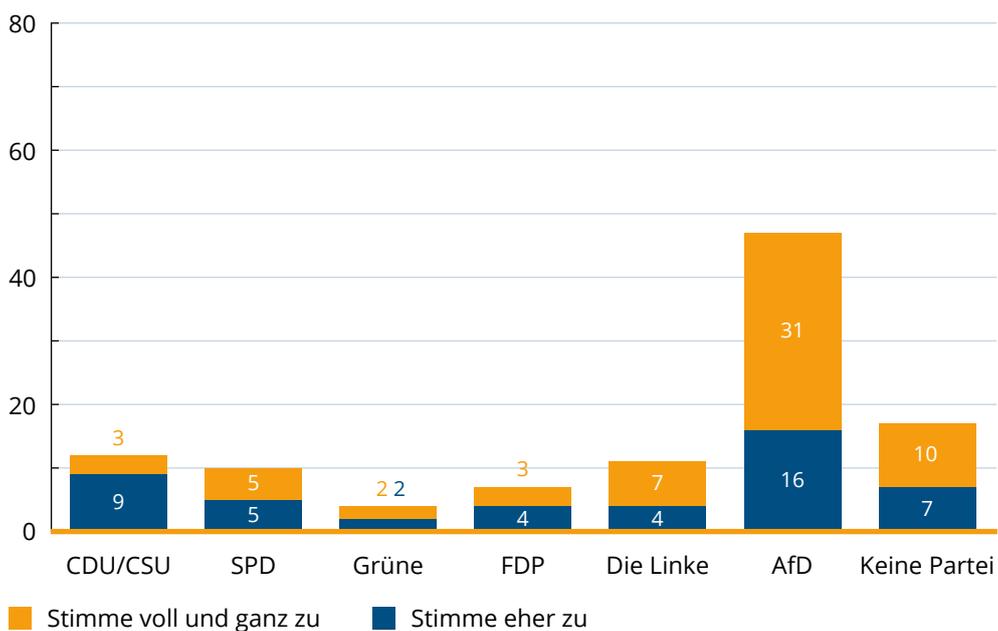
Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 37: „Man sollte den Parteien bei Wahlen einen Denktzettel verpassen.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 38: „Ich fühle mich wie ein Fremder im eigenen Land.“

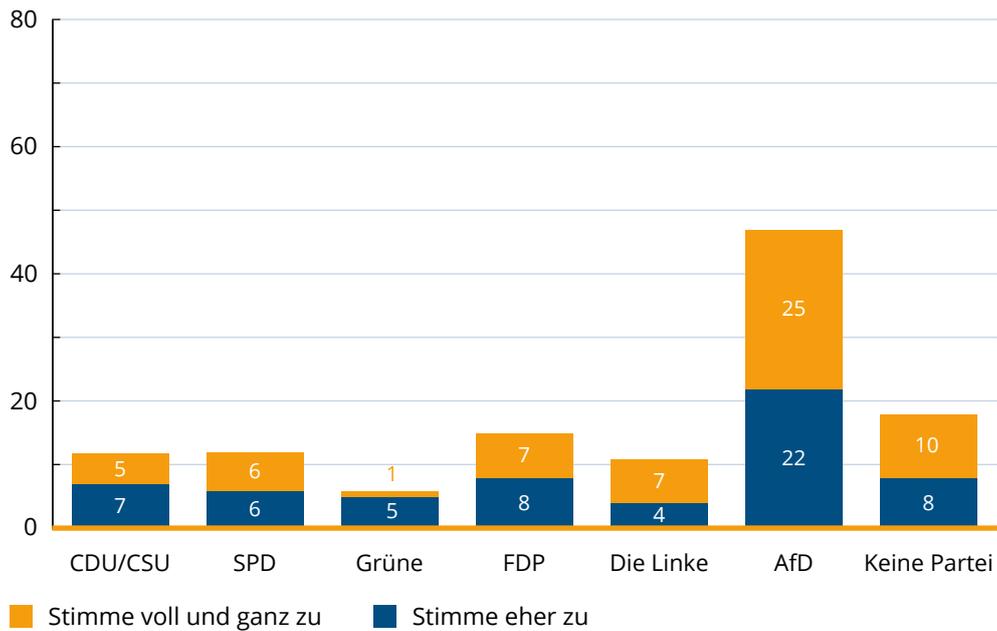


Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

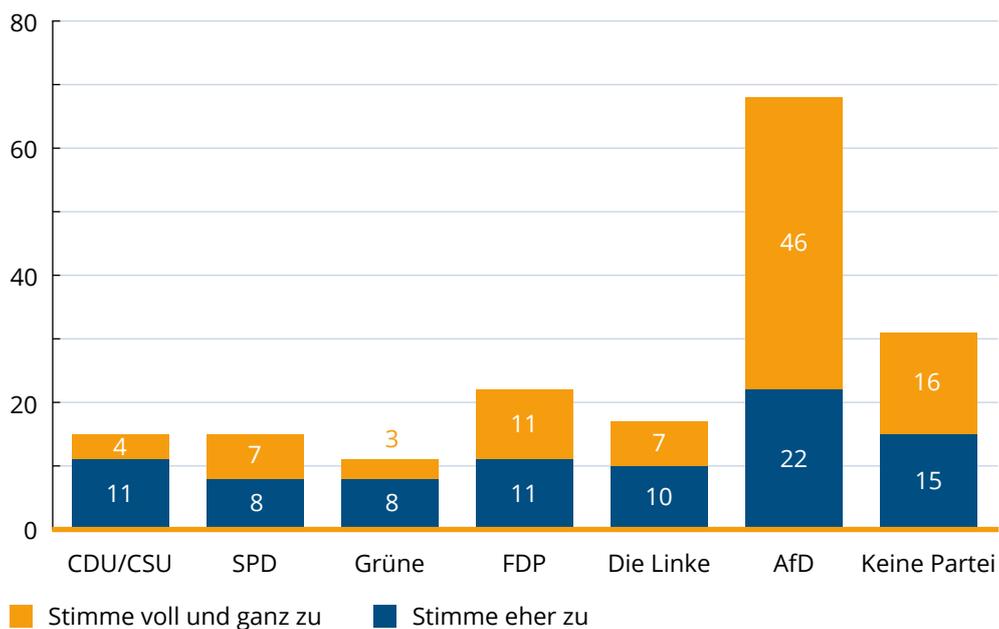
Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 39: „Als Deutscher hat man in Deutschland nichts mehr zu sagen.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 40: „Die eigentliche Meinung des Volkes wird unterdrückt.“

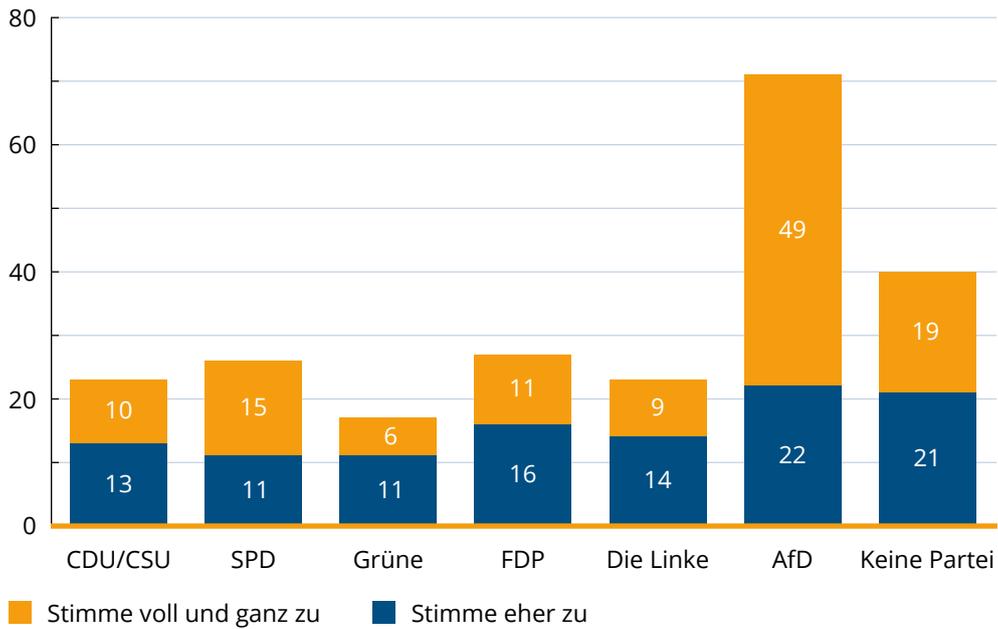


Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

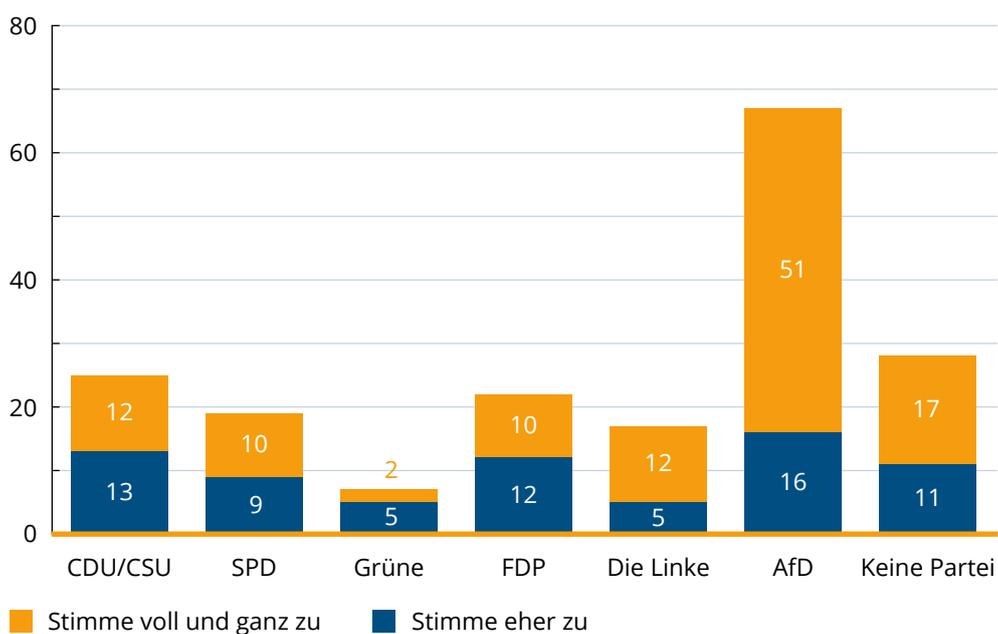
Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 41: „Die Medien bringen nur das, was die Herrschenden vorgeben.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Abbildung 42: „Die Zuwanderung führt zu einer gefährlichen Völkermischung.“

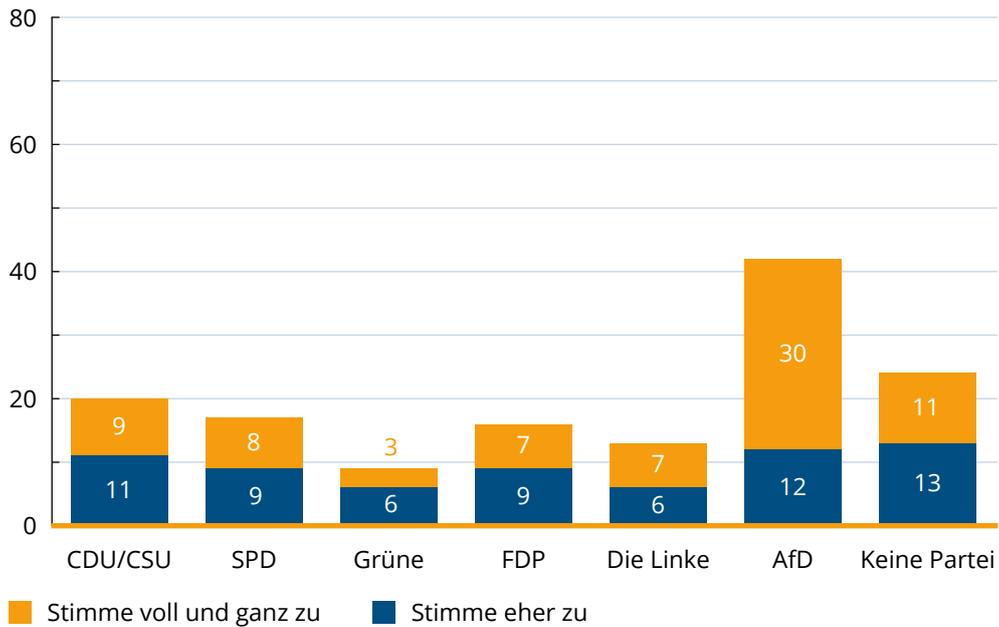


Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

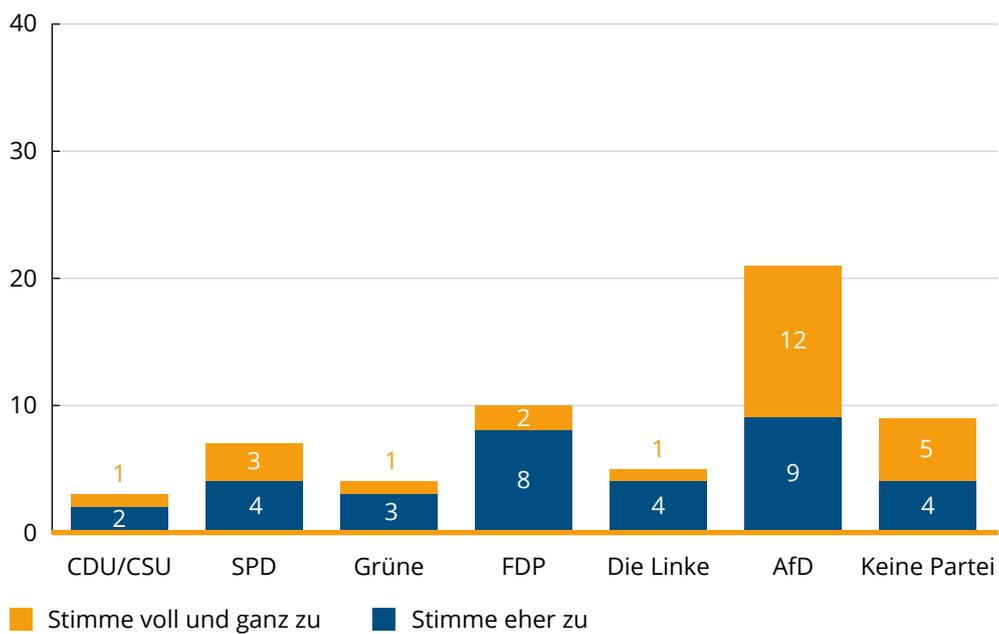
Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 43: „Zuwanderer können nie echte Deutsche werden.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

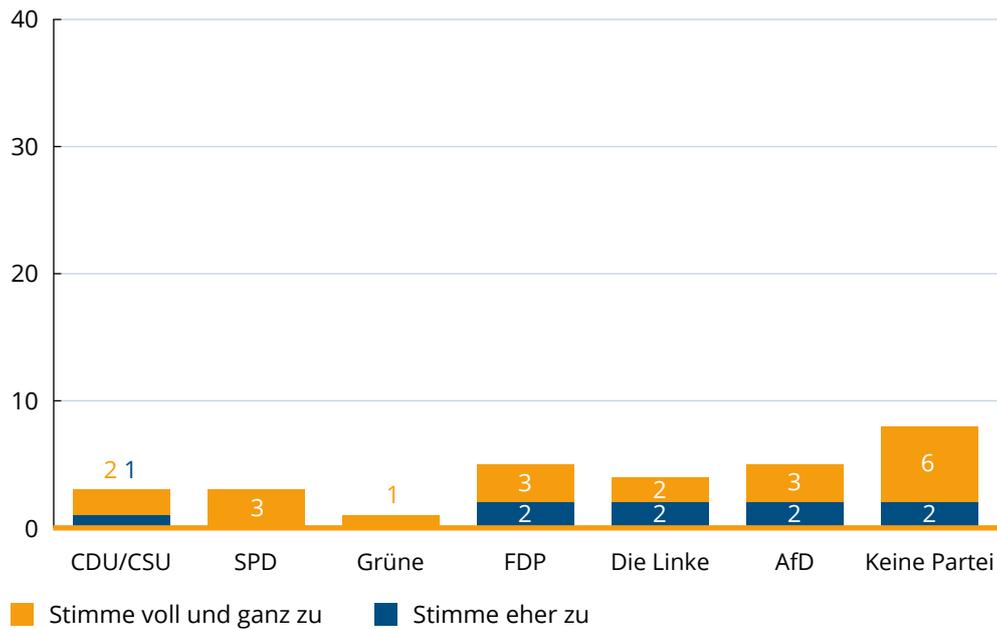
Abbildung 44: „Wahlergebnisse in Deutschland werden gefälscht.“



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Stimmungsbild: Politik und Zuwanderung nach Parteipräferenz

Bitte sagen Sie mir, ob Sie der jeweiligen Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils-teils, eher nicht oder überhaupt nicht zustimmen.

Abbildung 45: „Die Demokratie gehört eigentlich abgeschafft.“

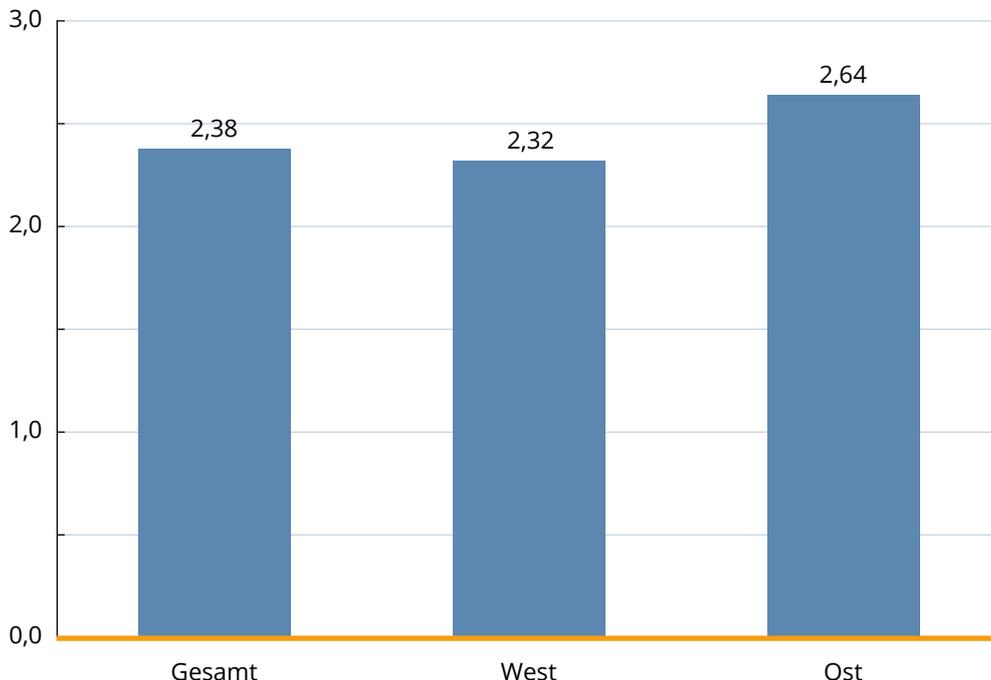
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

10.2 (Rechts-)Populismus als Gesamtphänomen

Für alle weiteren Analysen werden die Einzelaussagen zu einem (Rechts-)Populismus-Index¹ zusammengefasst und ausschließlich diese Indexwerte berichtet. Für einen Teil der Analysen werden Durchschnittswerte (Mittelwerte) auf einer Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu) berichtet. Ein Mittelwert von 3 bedeutet beispielsweise, dass im Mittel über alle elf Aussagen hinweg die Antwort „teils-teils“ gegeben wurde. Dieser Wert kann natürlich auch zustande kommen, indem jemand bei der einen Hälfte der Aussagen eher zustimmt und bei der anderen Hälfte eher nicht zustimmt. Im Durchschnitt ordnen wir ihn dennoch als unentschieden ein.

Insgesamt liegt der Mittelwert für Deutschland zwischen „stimme eher nicht zu“ und „teils-teils“ mit stärkerer Tendenz zur Nichtzustimmung. In Westdeutschland sind (rechts-)populistische Einstellungen im Mittel ähnlich weit verbreitet wie in der gesamten Republik. Wie anhand der Einzelaussagen schon zu erwarten war, sind (rechts-)populistische Einstellungen in Ostdeutschland durchschnittlich etwas weiter verbreitet als im Westen. Der ostdeutsche Durchschnitt liegt auch zwischen „stimme eher nicht zu“ und „teils-teils“, aber mit stärkerer Tendenz zur Unentschlossenheit.

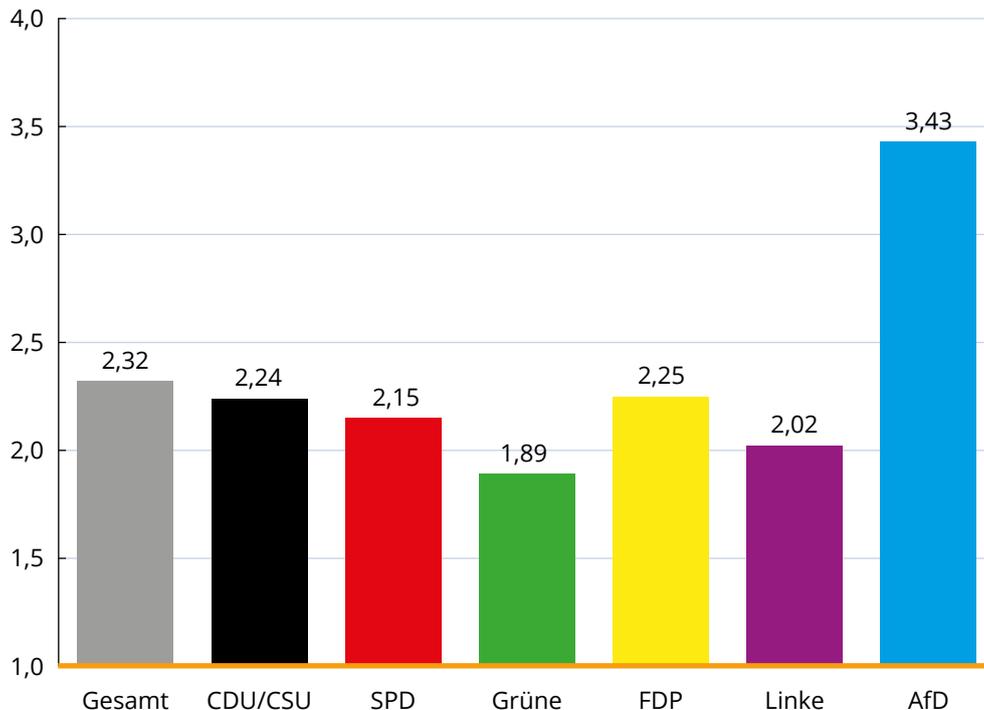
Abbildung 46: Durchschnittliche (rechts-)populistische Einstellung (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu)

Abbildung 47: Durchschnittliche (rechts-)populistische Einstellung nach Parteianhängern in Westdeutschland (Mittelwerte)



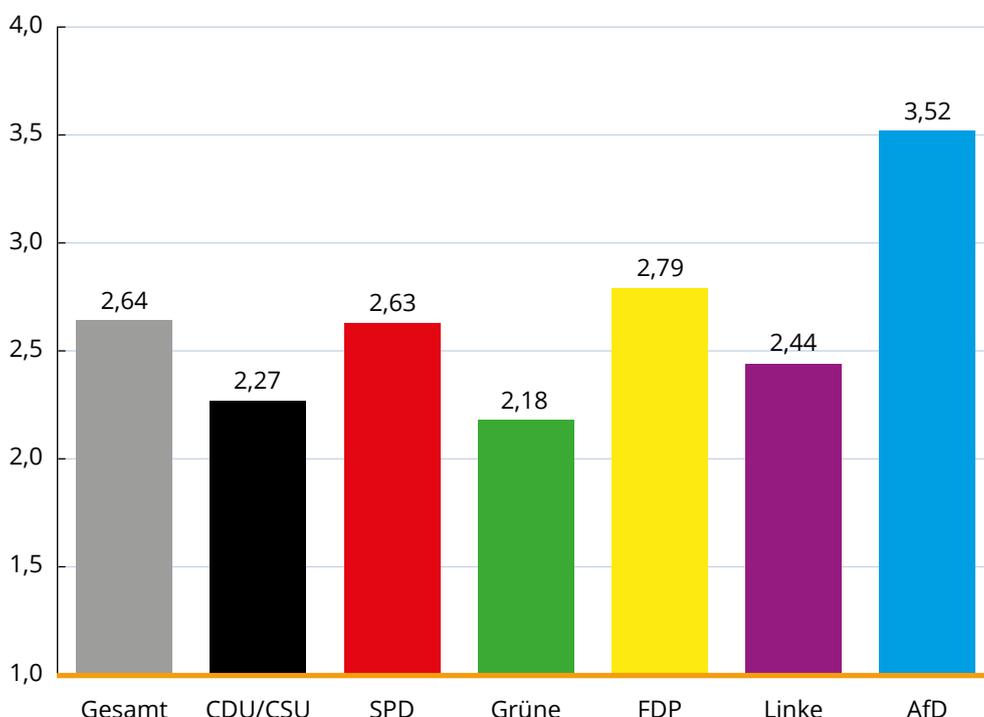
Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu)

Auch zwischen den Parteianhängern zeigen sich Unterschiede, die besonders deutlich werden bei den Anhängern der Grünen und der AfD. Die westdeutschen Grünen-Anhänger sind am wenigsten (rechts-)populistisch eingestellt, die westdeutschen Anhänger der AfD am stärksten. Die Anhänger der Grünen bewegen sich im Durchschnitt im Skalenbereich zwischen „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“ mit Tendenz zu „eher nicht“, also deutlich im ablehnenden Bereich. Die AfD-Anhänger dagegen befinden sich im Mittel im Skalenbereich zwischen „teils-teils“ und „stimme eher zu“ mit leichter Tendenz zu „teils-teils“. Damit sind in Westdeutschland unter den Anhängern der AfD (rechts-)populistische Einstellungen am weitesten verbreitet. Die anderen Parteianhänger bewegen sich im Durchschnitt zwischen „stimme eher nicht zu“ und „teils-teils“ mit Tendenz zur Ablehnung und unterscheiden sich nur leicht voneinander. Nach den Anhängern der Grünen sind in den westdeutschen Ländern die Anhänger der Linken am wenigsten (rechts-)populistisch eingestellt.

In Ostdeutschland verhält es sich sehr ähnlich. Zwar sind (rechts-)populistische Einstellungen bei allen Parteianhängern in Ostdeutschland etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland, aber die Anhänger der Grünen und der AfD bilden erneut die beiden äußeren Pole. Auch unter ostdeutschen Grünen-Wählern sind (rechts-)populistische Einstellungen am wenigsten verbreitet, am stärksten finden sie sich unter den Anhängern der AfD. Alle anderen Anhängerschaften liegen im Mittel dazwischen. Im

Abbildung 48: Durchschnittliche (rechts-)populistische Einstellung nach Parteianhängern in Ostdeutschland (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

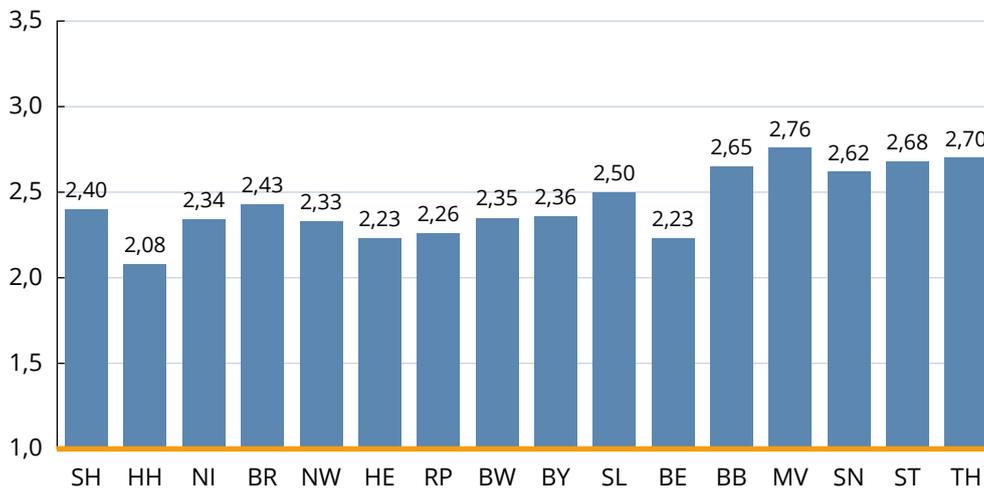
Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu)

Gegensatz zu Westdeutschland weisen im Osten die Anhänger der SPD und der FDP durchschnittlich mehr (rechts-)populistische Einstellungen auf als Wähler der Union und der Linken. In den ostdeutschen Bundesländern sind die Anhänger der Union nach denen der Grünen am wenigsten (rechts-)populistisch eingestellt.

(Rechts-)populistische Einstellungen sind auch in den verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich stark ausgeprägt (tabellarisch nicht ausgewiesen). Im Westen steigt die Populismusneigung mit zunehmendem Alter kontinuierlich an, bis sie in der Gruppe der 50- bis 59-jährigen ihren Höhepunkt erreicht. Bei den über 60-jährigen Westdeutschen sinkt der durchschnittliche (Rechts-)Populismus wieder leicht. In Ostdeutschland gibt es diesen Verlauf nicht. Die 30- bis 39-jährigen Ostdeutschen sind am wenigsten (rechts-)populistisch eingestellt, die 50- bis 59-jährigen am stärksten. Damit sind in dieser Gruppe sowohl in West- als auch in Ostdeutschland populistische Einstellungen am weitesten verbreitet. Die unter 30-jährigen neigen im Osten ähnlich stark zu (Rechts-)Populismus wie die 40- bis 49-jährigen und die über 60-jährigen.

Zwischen Männern und Frauen (tabellarisch nicht ausgewiesen) gibt es hingegen nur sehr geringe Unterschiede. In Westdeutschland weisen Frauen leicht weniger populistische Einstellungen auf als Männer (auf dem Fünf-Prozent-Niveau signifikant). In Ostdeutschland unterscheiden sich Männer und Frauen bei der Populismusneigung nicht voneinander.

Abbildung 49: Durchschnittliche (rechts-)populistische Einstellung nach Bundesländern (Mittelwerte)



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu)

Im Vergleich der Bundesländer zeigt sich, dass (rechts-)populistische Einstellungen in Hamburg am wenigsten verbreitet sind gefolgt von Hessen, Berlin und Rheinland-Pfalz. Am stärksten ausgeprägt sind (rechts-)populistische Haltungen in den ostdeutschen Bundesländern und hier vor allem in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt unterscheiden sich die ostdeutschen Bundesländer aber nicht sehr stark voneinander. Hamburg und Hessen gehörten schon zu den Bundesländern mit den meisten Optimisten und vielen zufriedenen Bürgern. Vor allem in Mecklenburg-Vorpommern hingegen leben besonders viele pessimistische und auf mehreren Ebenen unzufriedene Bürger.

Ein ähnliches Bild zeigt die kleinräumige regionale Verteilung. Hierfür werden die Prozentanteile (rechts-)populistisch eingestellter Personen farblich dargestellt. Als (rechts-)populistisch wird eingestuft, wer im Durchschnitt über alle elf Aussagen hinweg einen Skalenwert von 3,5 oder höher erreicht, im Mittel also mindestens zwischen „teils-teils“ und „stimme eher zu“ liegt (siehe Abbildung 50). Die Festsetzung des Grenzwertes ist eine normative Entscheidung, die auch anders getroffen werden kann. Bei einem höheren Grenzwert wären die Populismusanteile geringer ausgefallen. Genauso legitim wäre es gewesen, den Grenzwert niedriger, z. B. bei 3,0, festzulegen, wodurch sich die Populismusanteile erhöht hätten. Das sollte bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden.

Insgesamt kann man feststellen, dass die Anteile (rechts-)populistisch eingestellter Personen eher niedrig ausfallen. In weiten Teilen liegt das Niveau (rechts-)populistischer Einstellungen unter 15 Prozent. In einigen Regionen werden zwischen 15 und 30 Prozent als (rechts-)populistisch eingestuft. Es fällt auf, dass die Mehrheit dieser Regionen in den ostdeutschen Bundesländern liegt. Allerdings gibt es auch in den meisten westdeutschen Ländern Regionen mit einem ähnlich hohen (Rechts-)Populismusanteil.

Eine Region sticht jedoch heraus: der Norden Mecklenburg-Vorpommerns. Hier liegt der Anteil an (Rechts-)Populisten zwischen 30 und 45 Prozent. Ein Blick in die Daten zeigt, dass in dieser Region 37,7 Prozent – also mehr als ein Drittel – der Befragten anhand unserer Skala als (rechts-)populistisch eingestuft werden. Diese Region ist in den bisherigen Analysen durch einen geringen Anteil an Optimisten und eine geringe Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage aufgefallen. Im Vergleich zum Süden leben im Norden dieses Bundeslandes weniger Optimisten und die Bürger sind unzufriedener mit der Wirtschaftslage. Interessanterweise fiel bei der Demokratiezufriedenheit, der Lebenszufriedenheit und den positiven Emotionen jedoch der Süden Mecklenburg-Vorpommerns mit geringen Anteilen auf. Der Norden war im Gegensatz zum Süden des Landes zufriedener mit der Demokratie und dem eigenen Leben ... auch durchschnittlich emotional positiver gestimmt. Allein dieser Vergleich zeigt, dass monokausale Erklärungen für (Rechts-)Populismus zu kurz greifen und vermutlich eine Vielzahl von Gründen zusammenkommen. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass die einzelnen Kreise zu größeren Regionen zusammengefasst wurden, um in jeder Region ausreichend viele Befragte zu haben. Dadurch sind in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der geringen Einwohnerzahl lediglich zwei Regionen entstanden, eine nordöstliche und eine südwestliche Region. Eine kleinräumigere Analyse oder auch ein anderer Zuschnitt der Regionen würde vermutlich leicht andere Ergebnisse produzieren. Welche Faktoren tatsächlich populistische Einstellungen begünstigen, muss in komplexeren Analyseverfahren geklärt werden. Dies wird an späterer Stelle noch einmal aufgegriffen.

Neben den Personen, die als (rechts-)populistisch eingestuft werden, wurde noch ein Potential berechnet von Personen, die als anfällig für (Rechts-)Populismus klassifiziert werden. Darunter fallen alle Befragte, die im Durchschnitt der Populismusskala einen Wert zwischen 3,0 und 3,5 aufweisen, also mindestens im Mittel aller Aussagen mit „teils-teils“ antworten. Wenn man diese für Populismus anfälligen Personen zu denen, die als (rechts-)populistisch eingestuft werden, hinzurechnet, ergibt sich das (nach dieser Grenzwert-Festlegung) gesamte (Rechts-)Populismuspotential (siehe Abbildung 51). Einige Regionen weisen auch bei diesem niedrigeren Grenzwert Anteile von weniger als 15 Prozent Populismuspotential auf. Diese Regionen liegen allerdings ausnahmslos in den westdeutschen Bundesländern. Zusätzlich gibt es einige Regionen mit einem Populismuspotential zwischen 15 und 30 Prozent. Diese Regionen liegen größtenteils in den westdeutschen Ländern, es gibt aber auch zwei ostdeutsche Regionen mit diesem Potential: der Norden Brandenburgs plus Berlin sowie das südliche Sachsen. In weiten Teilen Ostdeutschlands findet sich ein Potential für (rechts-)populistische Einstellungen zwischen 30 und 45 Prozent. Allerdings finden sich solche Regionen auch in einigen westlichen Bundesländern. In Teilen Bayerns, Rheinland-Pfalzes, Niedersachsens und Schleswig-Holsteins werden ebenfalls 30 bis 45 Prozent der Befragten als (rechts-)populistisch oder populismusaffin eingestuft. Zwei Regionen weisen die höchsten Potentiale für (rechts-)populistische Einstellungen auf, wobei eine Region in den neuen und eine in den alten Ländern liegt: der Norden Mecklenburg-Vorpommerns (Stadt- sowie Landkreis Rostock, Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald) und der Norden Bayerns (Rhön-Grabfeld, Bad Kissingen, Haßberge, Stadt- sowie Landkreis Schweinfurt). In beiden Regionen findet sich ein Populismuspotential zwischen 45 und 60 Prozent. Genau gesagt findet sich im Norden Mecklenburg-Vorpommerns ein Populismuspotential von 49,2 Prozent und im nördlichen Bayern von 46,7 Prozent. In diesen beiden Regionen

wird also nahezu jeder Zweite als (rechts-)populistisch oder zumindest populismusaffin eingeschätzt. Die Region im Norden Bayerns ist schon bei der Lebenszufriedenheit aufgefallen, weil sie nach dem Süden (!) Mecklenburg-Vorpommerns² die zweitniedrigste Lebenszufriedenheit in Deutschland aufweist.

Zusätzlich wurden multivariate Analysen³ zur Erklärung (rechts-)populistischer Einstellungen durchgeführt. Für Westdeutschland zeigt sich, dass Menschen umso stärker zu (rechts-)populistischen Einstellungen neigen,

- › je weniger politisch interessiert sie sind.
- › je weniger zufrieden sie mit der Demokratie und der Wirtschaft sind.
- › je unsicherer sie sich in ihrer Wohngegend fühlen.
- › je negativer sie emotional gestimmt sind.
- › je pessimistischer sie in die gesellschaftliche Zukunft blicken.

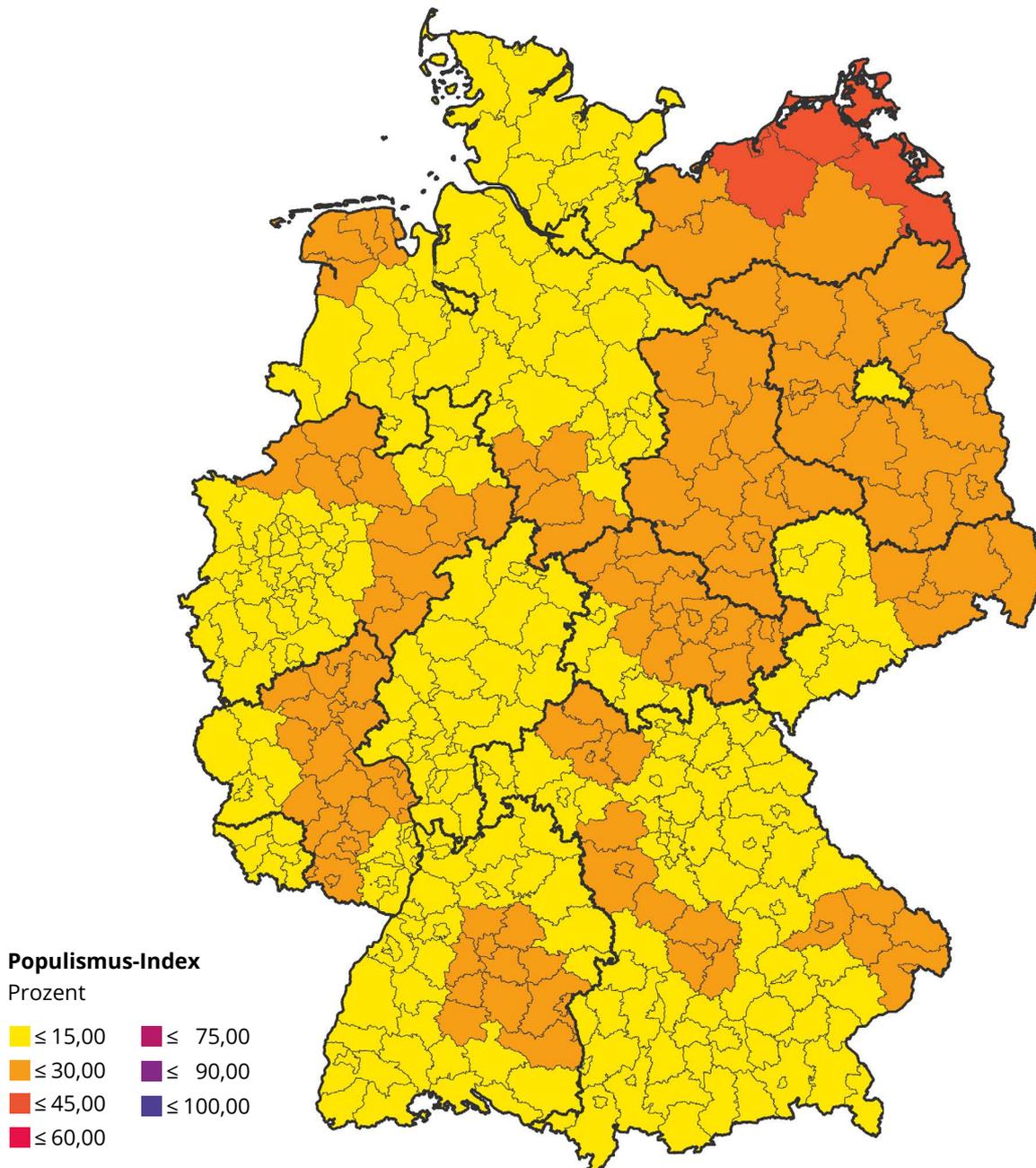
Zusätzlich neigen in Westdeutschland Männer, Personen über 30 Jahre, Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss und Bewohner von ländlichen Gebieten⁴ stärker zu (Rechts-)Populismus.

Für Ostdeutschland gilt, dass Menschen umso wahrscheinlicher (rechts-)populistische Einstellungen aufweisen,

- › je weniger politisch interessiert sie sind.
- › je weniger zufrieden sie mit der Demokratie und der Wirtschaft sind.
- › je unsicherer sie sich in ihrer Wohngegend fühlen.
- › je negativer sie emotional gestimmt sind.
- › je pessimistischer sie in die gesellschaftliche Zukunft blicken.
- › je zufriedener sie mit ihrem Leben sind.
- › je seltener sie in die Kirche gehen.

Zusätzlich neigen in Ostdeutschland Personen mit niedrigem oder mittlerem Bildungsabschluss und Bewohner von ländlichen Gebieten stärker zu (rechts-)populistischen Einstellungen. Dagegen haben im Osten weder das Alter noch das Geschlecht einen Einfluss auf die Neigung zu (Rechts-)Populismus.

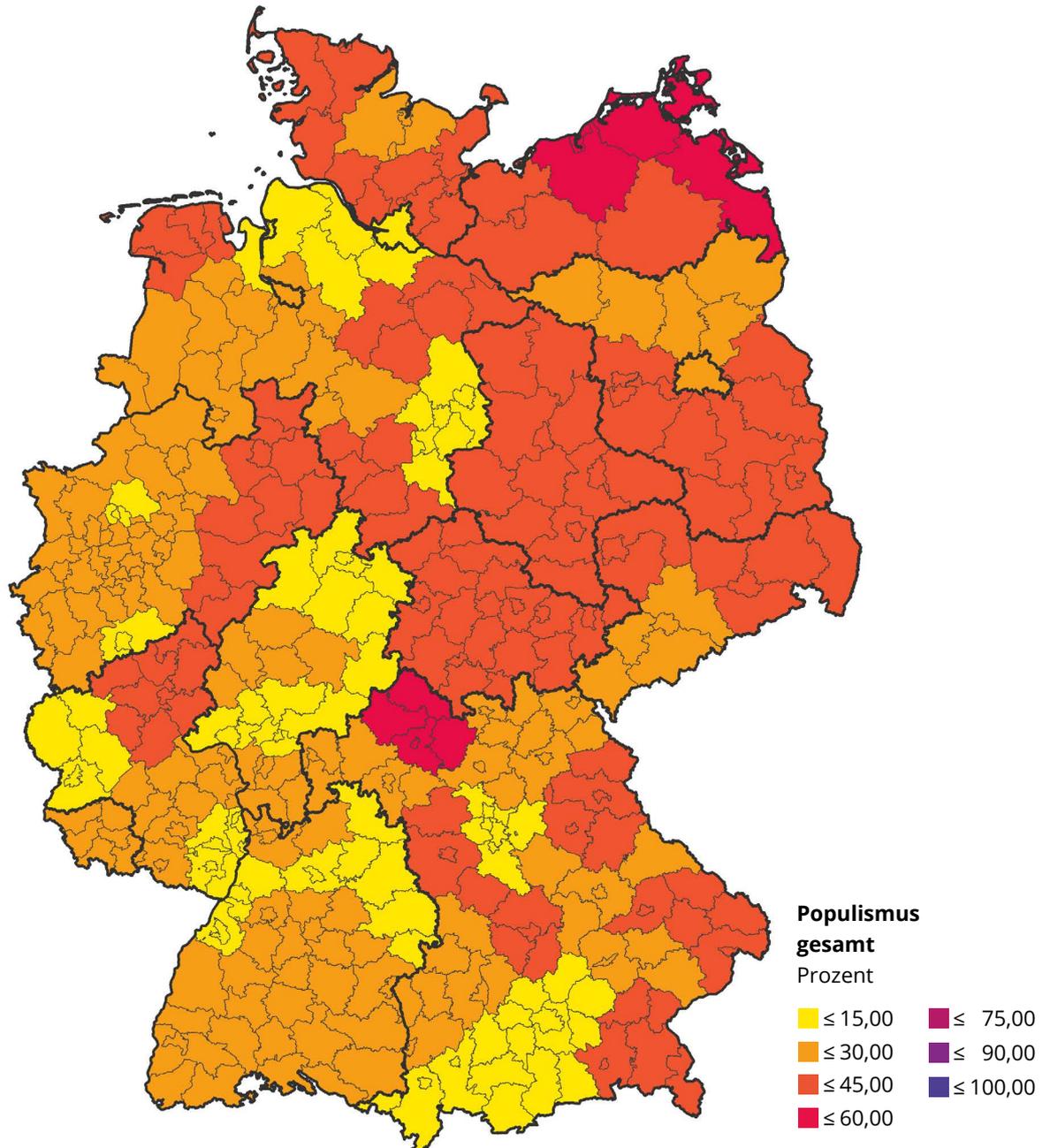
Abbildung 50: Anteil an (rechts-) populistisch eingestellten Personen in Prozent



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu); als populistisch wurde eingestuft, wer im Mittel einen Indexwert über 3,5 aufweist.

Abbildung 51: Anteil an gesamtem Populismuspotential in Prozent



Quelle: Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2018

Anmerkung: Mittelwertindex; Skala von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (stimme voll und ganz zu); zum gesamtem Populismuspotential wurden alle Personen eingestuft, die im Mittel einen Indexwert über 3,0 aufweisen.

-
- 1 Um zu erreichen, dass hohe Werte auf der Antwortskala einer Neigung zu Populismus entsprechen, wurde die Aussage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“ umkodiert. Cronbachs Alpha beträgt 0,88, die Skala ist also ausreichend reliabel. Zusätzlich ergab eine Faktorenanalyse, dass die Items auf einem Faktor laden, eine Indexbildung also empirisch abgesichert ist.
 - 2 In Mecklenburg-Vorpommern ist der Süden am wenigsten zufrieden mit dem eigenen Leben, der Norden aber weist eine deutlich höhere Populismusaffinität auf. Wie schon erwähnt, kann das an der (methodisch notwendigen, aber willkürlichen) Zusammenlegung der Raumordnungsregionen liegen.
 - 3 Hierzu wurden jeweils getrennt für Ost- und Westdeutschland lineare Regressionen mit dem (Rechts-) Populismus-Index als abhängiger Variable berechnet. Die detaillierten Ergebnisse können bei Interesse bei der Autorin angefragt werden.
 - 4 Als städtische Gebiete wurden in Anlehnung an Henger/Oberst (2019) alle kreisfreien Städte über 100.000 Einwohnern sowie die Städtereionen Hannover und Aachen und der Regionalverband Saarbrücken definiert. Alle anderen Land- und Stadtkreise wurden als ländliche Gebiete betrachtet.

11

Schlussbemerkung

Die Analysen haben regionale Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten gezeigt. Bei der Demokratiezufriedenheit, der Zufriedenheit mit der Wirtschaftslage und auch bei der Verbreitung (rechts-)populistischer Einstellungen werden noch immer Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sichtbar. Gleichzeitig kommen aber auch Unterschiede innerhalb dieser beiden Regionen zum Vorschein. Auch in Ostdeutschland gibt es Regionen mit höheren Anteilen an zufriedenen Menschen und mit geringerer Verbreitung von (rechts-)populistischen Einstellungen. Aber auch in Westdeutschland werden Regionen sichtbar mit geringerer Zufriedenheit und höheren (Rechts-)Populismuspotentialen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Lebenszufriedenheit, positive Gefühle, das Sicherheitsgefühl in der Wohngegend und der gesellschaftliche Optimismus sehr hoch ausgeprägt sind. Große Anteile der Bevölkerung sind mit ihrem Leben zufrieden, sind überwiegend positiv gestimmt, fühlen sich sicher in ihrer Wohnumgebung und blicken optimistisch auf die Entwicklung der Gesellschaft.

Als besonders zufriedene und optimistische Regionen fallen vor allem Hamburg und Hessen auf. Hier sind auch (rechts-)populistische Einstellungen sehr gering verbreitet. Umgekehrt verhält es sich in Mecklenburg-Vorpommern. Hier sind die Zufriedenheit mit der Demokratie, der Wirtschaft und dem eigenen Leben am geringsten ausgeprägt und (rechts-)populistische Einstellungen sind weiter verbreitet.¹

Bei den Unterschieden nach Parteianhängern zeigt sich, dass vor allem die Wähler der AfD auffallen. Sie sind unzufriedener mit der Demokratie, der Wirtschaftslage und dem eigenen Leben, fühlen sich nach Einbruch der Dunkelheit am wenigsten sicher in der eigenen Wohngegend, blicken pessimistischer auf die Gesellschaft, sind stärker (rechts-)populistisch eingestellt, interessieren sich aber gleichzeitig stärker für Politik. In multivariaten Analysen bestätigen sich diese Befunde im Großen und Ganzen.

Die Untersuchung macht deutlich, dass Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung ein regional vielfältiges Land ist. Zwar zeigen sich immer noch einige Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland, gleichzeitig gibt es aber auch viele Gemeinsamkeiten zwischen West und Ost und einige Unterschiede innerhalb dieser Regionen. Die regionale Vielfalt in Deutschland geht über eine reine West-Ost-Unterscheidung hinaus.

1 Um eine ausreichend große Zahl an Befragten in jeder Region zu gewährleisten, mussten teilweise mehrere Stadt- und Landkreise zusammengelegt werden. Dadurch war es leider nicht möglich, Unterschiede zwischen Städten und dem ländlichen Raum zu visualisieren und zu analysieren.

Literatur

- A** **Arzheimer, Kai, 2008:** Die Wähler der extremen Rechten 1980–2002. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- B** **Bornschieer, Simon, 2010:** Cleavage Politics and the Populist Right. The New Cultural Conflict in Western Europe. Temple University Press. Philadelphia.
- Belok, Felicitas und Rainer Faus, 2017:** Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Die wichtigsten Ergebnisse für Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung 8. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- D** **Davidov, Eldad und Pascal Siegers, 2010:** Comparing Basic Human Values in East and West Germany. In: Tilo Beckers et al. (Hrsg.), Komparative empirische Sozialforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Dülmer, Hermann und Dieter Ohr, 2008:** Rechtsextremistische Wahl und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland. In: Politische Vierteljahresschrift 49 (3), S. 491–517.
- F** **Faas, Thorsten, 2010:** Arbeitslosigkeit und Wählerverhalten. Direkte und indirekte Wirkungen auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen in Ost- und Westdeutschland. Nomos. Baden-Baden.
- Falter, Jürgen, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hrsg.), 2000:** Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Leske + Budrich. Opladen.
- Faus, Jana, Rainer Faus und Alexandra Gloger, 2015:** Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland. Empirische Sozialforschung 4. Berlin.
- Faus, Rainer und Simon Storks, 2019:** Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. OBS-Arbeitsheft 96. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt am Main.
- Förster, André und Malte Kaukal, 2016:** Unkonventionelle politische Partizipation in Deutschland: Haben Kontextfaktoren auf Kreisebene einen Einfluss? In: Politische Vierteljahresschrift 57 (3), S. 353–377.

- G** Grimm, Robert und Bernd Raffelhüschen, 2019: Deutsche Post Glücksatlas 2019. Penguin Verlag. Bonn und München.
- H** Henger, Ralph und Christian Oberst, 2019: Alterung der Gesellschaft im Stadt-Land-Vergleich. IW-Kurzbericht 16/2019. Institut der Deutschen Wirtschaft.
- M** Mudde, Cas, 2004: The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (4), S. 541–563.
- N** Neu, Viola, 2019: Niemand möchte die Demokratie abschaffen – Einstellungen zu Demokratie, Sozialstaat und Institutionen. Analysen und Argumente Nr. 351. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Berlin.
- P** Pokorny, Sabine, 2019: (Un-)Soziale Medien? Der Einfluss der Facebooknutzung auf die Sprach- und Streitkultur. Analysen und Argumente Nr. 356. Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Sankt Augustin/Berlin.
- Pokorny, Sabine, 2012: Regionale Kontexteinflüsse auf extremistisches Wählerverhalten in Deutschland. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Pokorny, Sabine, im Erscheinen: Einstellungswandel in der Wählerschaft. In: Robert Grünewald, Melanie Piepenschneider und Sandra Busch-Janser (Hrsg.), Politische Parteien in der modernen Demokratie. Schriftenreihe Politische Bildung. Band 5. Berlin.
- R** Rattinger, Hans, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter (Hrsg.), 2007: Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Baden-Baden.
- S** Schnell, Rainer, Paul B. Hill und Elke Esser, 2005: Methoden der empirischen Sozialforschung. 7., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Oldenbourg Verlag. München/Wien.
- Steenvoorden, Eefje und Eelco Hartefeld, 2018: The appeal of nostalgia: the influence of societal pessimism on support for populist radical right parties. In: West European Politics 41 (1), S. 28–52.

Die Autorin

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 ist sie zuständig für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung, seit 2020 in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Sabine Pokorny

Abteilung Wahl- und Sozialforschung
Hauptabteilung Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3544
sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin



Nach 30 Jahren Deutscher Einheit ist die Frage nach Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschland noch immer präsent. Die Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen haben die Präsenz des Themas noch verstärkt. Die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass es nicht nur Unterschiede zwischen Ost und West oder zwischen den Bundesländern gibt, sondern auch innerhalb der Bundesländer. Diese regionalen Vielfalten sind bislang noch nicht umfassend untersucht worden. Die Konrad-Adenauer-Stiftung geht deshalb der Frage nach, wie sich die regionale Vielfalt politischer Einstellungen in Deutsch-

land 30 Jahre nach der Wiedervereinigung darstellt. Untersucht werden die Zufriedenheit mit der Demokratie, mit der Wirtschaftslage in Deutschland und mit dem eigenen Leben. Dabei zeigt sich, dass alle drei sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Zusätzlich werden das Interesse an Politik, die Selbstverortung auf der Links-Rechts-Skala sowie die Beurteilung der Sicherheitslage in der eigenen Wohngegend analysiert. Des Weiteren werden die Ergebnisse für drei Einstellungsdimensionen vorgestellt: gesellschaftlicher Optimismus/Pessimismus, emotionale Gestimmtheit und (rechts-)populistische Einstellungen.